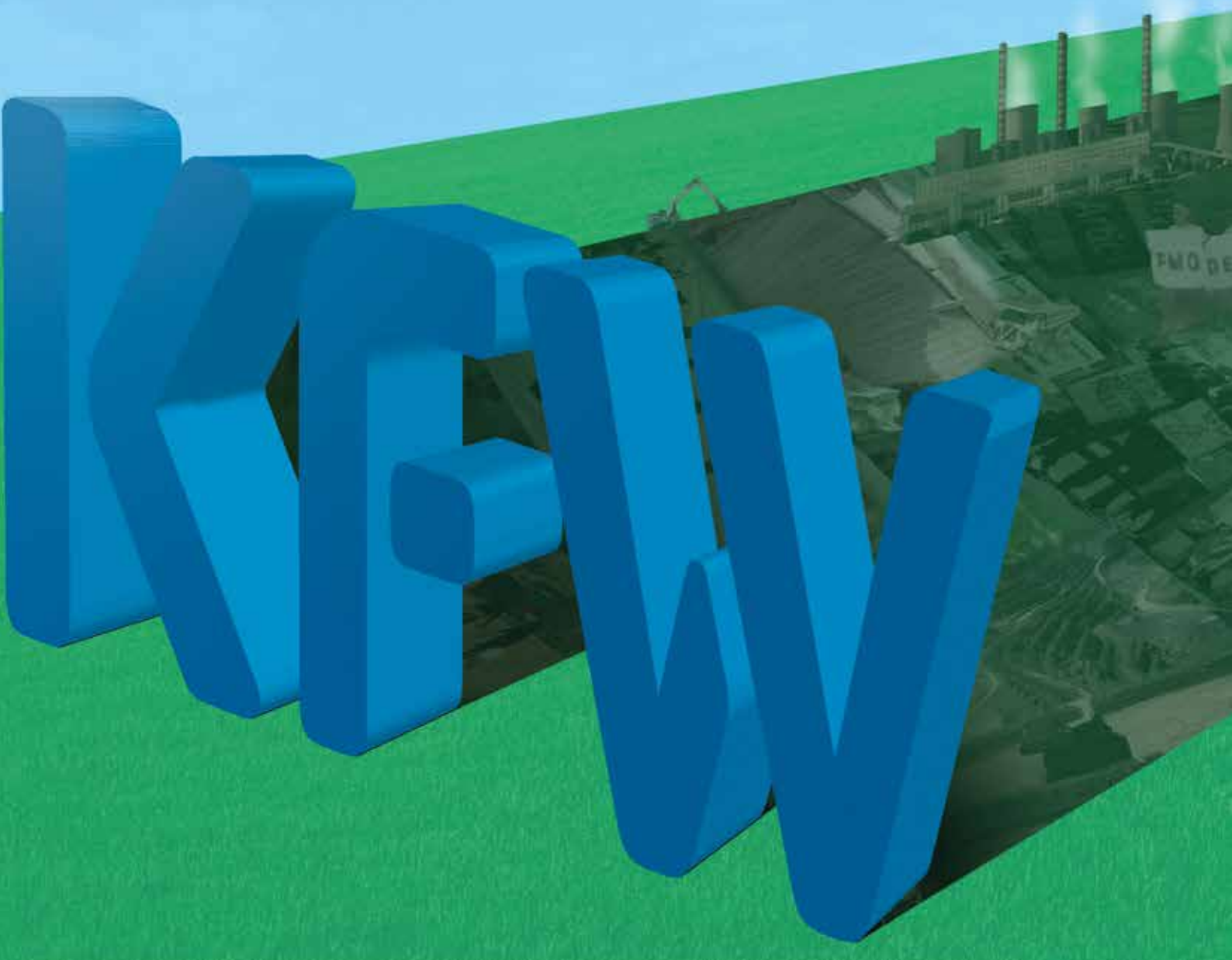


---

# DIE SCHATTENSEITE DER KfW

---

FINANZIERUNGEN ZU LASTEN VON MENSCH UND UMWELT





von Galen Straße 4

48336 Sassenberg

www.urgewald.org

Bei Anfragen:

Urgewald Büro Berlin

Marienstr. 19/20

10117 Berlin

Kathrin Petz: kathrin.petz@urgewald.org, 030- 28482271

**Autorin:** Kathrin Petz

**Redaktion:** Jutta Kill, Regine Richter, Barbara Happe

**Mit Texten von:** David Vollrath, Barbara Happe

**Design:** Vogel & Strauss

**Druck:** recyclingflyer.de

**Mit besonderem Dank an** Roman Herre (FIAN),

Heike Drillisch (Gegenströmung), Yvan Maillard Ardeni (Brot für Alle),

Guadalupe Rodríguez (Rettet den Regenwald),

Lucie Pinson (Friends of the Earth, France), Elisabeth Romano, Maike Schmoch

© urgewald, März 2015

Vi.S.d.P.: Kathrin Petz, urgewald, Von Galen Straße 4, 48336 Sassenberg

Diese Broschüre wurde auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

# INHALT

<b>I.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>03</b>
<b>II.</b>	<b>Die KfW und ihre internationalen Geschäfte – ein Überblick</b>	<b>05</b>
<b>III.</b>	<b>Umwelt- und Sozialmanagement „Unsere hohen Standards“?</b>	<b>08</b>
<b>IV.</b>	<b>Sektoren und Fallbeispiele</b>	<b>14</b>
	<b>IV.1. Blackbox „Umwelt- und Klimafinanzierung“</b>	<b>14</b>
	Gazprom: Profit auf Kosten der Arktis	17
	<b>IV.2. Kohlefinanzierungen einer „grünen Bank“</b>	<b>20</b>
	Die Klimakiller Medupi und Kusile	27
	<b>IV.3. Gute Miene zu böser Mine: KfW und Rohstoffe</b>	<b>30</b>
	Pueblo Viejo: Fluch der Karibik – Die KfW IPEX-Bank im Goldrausch	38
	<b>IV.4. Gift für lokale Landwirtschaft: KfW und Landgrabbing</b>	<b>42</b>
	Palmölplantagen von Okomu Oil, Nigeria	49
	<b>IV.5. Verdammte Dämme: KfW und Wasserkraft</b>	<b>52</b>
	Santa Rita: Wer sich wehrt, lebt verkehrt?	62
	<b>IV.6. Falsche Freunde: KfW und Rüstung</b>	<b>66</b>
<b>V.</b>	<b>Zusammenfassung und Forderungen</b>	<b>70</b>

## Glossar

AA	Auswärtiges Amt	ICIM	Independent Consultation and Investigation Mechanism (Beschwerdestelle der IDB)
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung	IDA	International Development Association
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	IDB	Inter-American Development Bank
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	IFC	International Finance Corporation
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	ILO	International Labour Organisation
BNDA	Banque Nationale de Développement Agricole (Mali)	IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
CAO	Compliance Advisor Ombudsman (Beschwerdestelle der IFC)	NGO	Non-governmental Organisation
CDM	Clean Development Mechanism	OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)	OPIC	Overseas Private Investment Corporation
EHS	Environmental, Health and Safety Guidelines (Weltbankgruppe)	UfK	Ungebundene Finanzkredite
EIB	European Investment Bank (Europäische Investitionsbank)	UNDP	United Nations Development Programm
FAO	Food and Agriculture Organisation of the United Nations	UNEP	United Nations Environment Programm
FSC	Forest Stewardship Council	USMP	Umwelt- und Sozialmanagementplan
FMO	Netherlands Development Finance Company	USVP	Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung
FPIC	Free Prior and Informed Consent		
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit		
IACHR	Inter-American Commission on Human Rights		
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development		





## I. EINLEITUNG

„Verantwortung übernehmen bedeutet Antworten geben“<sup>1)</sup>, schreibt die KfW einleitend in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 2013. Das stimmt – allerdings gibt gerade die KfW selbst nicht gerne Antworten, wenn es um kritische Fragen geht. Und verfehlt damit ihr eigenes Ziel, eine „Bank aus Verantwortung“ zu sein.

So stellt sie heraus, dass ein großer Teil ihres Portfolios Umwelt- und Klimafinanzierungen seien, ohne jedoch im Detail zu erklären, welche Finanzierungen sie dazuzählt. Sie lobt sich für ihre hohen Umwelt- und Sozialstandards, deckt aber einen Mantel des Schweigens darüber, wie sie diese anwendet, anders als ihre internationale Konkurrenz. Am wenigsten aber bekommt man eine Antwort auf die grundlegende Frage: was nämlich eigentlich überhaupt weltweit konkret finanziert wird.

Die KfW wird zudem im Rahmen der Entwicklungs- und Exportfinanzierung immer wieder dafür kritisiert, dass sie sich an Finanzierungen beteiligt, die die Umwelt schädigen oder grundlegende Menschenrechte verletzen. Regelmäßig sehen sich Menschen durch Vertreibung, Verschmutzung oder Zerstörung ihrer Lebensgrundlage von einem Projekt bedroht, das die KfW mitfinanziert. Dabei schreibt das Gesetz zur KfW vor, „im staatlichen Auftrag Fördermaßnahmen durchzuführen zum Wohle der Gesellschaft und zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen.“

Um wessen „Wohle“ es geht, bleibt offen. Die Förderung von Rohstoffen zum Wohle der deutschen Industrie? Der Export von Kohlekraftwerkstechnologien zum Erhalt der deutschen Hersteller? Das Klima und diejenigen, die die Auswirkungen zu tragen haben, sind nachrangig?

Durch ihre Finanzierungen trägt die KfW dazu bei, dass auch zerstörerische Projekte realisiert werden, sie trägt damit eine Verantwortung für die Probleme, die diese Projekte weltweit verursachen.

Öffentliche Banken haben eine Vorreiterrolle, an der andere Finanzinstitute gemessen werden. Das bietet die Chan-

ce, Maßstäbe zu setzen, hinter die auch andere nicht mehr zurück können. Seit unserem letzten Bericht aus dem Jahre 2004 hat sich bei der KfW einiges getan, aber immer noch zu wenig. Sie hat an ihrer Profilierung als grüne Bank gearbeitet und fokussiert sich auf die Finanzierung von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen. Zudem hat sie die Äquator-Prinzipien für ihr internationales Projektfinanzierungsgeschäft unterzeichnet.

Bei anderen Themen jedoch schaltet die KfW weiterhin auf stur: in Sachen Transparenz hinkt sie der internationalen Konkurrenz meilenweit hinterher. Echter Vorreiter in Sachen Klimaschutz mag sie auch nicht sein: Seit September 2014 darf die KfW im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit keine Kohlekraftwerke mehr finanzieren. Dies wurde ihr jedoch von der Regierung verordnet, während KfW-MitarbeiterInnen die Kohle-Finanzierung noch vehement verteidigten. Zudem gilt der Ausstieg nicht für ihren Exportarm KfW IPEX-Bank.

Der vorliegende Bericht zeigt anhand von Fallbeispielen die größten Schwächen im Umwelt- und Sozialmanagement der KfW auf. Er konzentriert sich dabei auf das internationale Geschäft der KfW. Es geht uns in „die Schattenseite der KfW“ nicht darum, die existierenden Verdienste der KfW schlecht zu machen. Stattdessen wollen wir Schwachstellen aufzeigen, damit die KfW zukünftig keine Projekte mehr finanziert, unter denen Mensch und Umwelt weltweit leiden.

◀ Protest der indigenen Gemeinschaft Ngäbe-Buglé gegen den Staudamm Barro Blanco in Panama. Die DEG ist an dessen Finanzierung beteiligt (siehe Seite 56). Bild: Rio Tabasara, Oscar Sogandares

1) KfW Geschäftsbericht 2013, S.6





## II. DIE KfW UND IHRE INTERNATIONALEN GESCHÄFTE – EIN ÜBERBLICK

### Die KfW Bankengruppe

Die KfW Bankengruppe ist keine Bank wie jede andere. Sie umfasst gleich mehrere Banken in einer und ist das zentrale öffentliche Kreditinstitut Deutschlands. Eigentümer der KfW sind der Bund zu 80 Prozent und die Bundesländer zu 20 Prozent. Die Aktivitäten der KfW teilen sich auf in die Förderung innerhalb Deutschlands und das internationale Geschäft. Rund ein Drittel der Neuzusagen fallen in den internationalen Geschäftsbereich, für den die KfW Entwicklungsbank sowie die 100-prozentigen Töchter Deutsche Entwicklungs- und Investitionsgesellschaft (DEG) und Internationale Projekt- und Exportfinanzierung (IPEX) zuständig sind.

### KfW Bankengruppe



Obwohl in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, ist die KfW Bankengruppe mit einer Bilanzsumme von 464,8 Milliarden Euro (2013) die drittgrößte Bank Deutschlands hinter der Deutschen Bank und der Commerzbank. 2013 hat sie mit 1,2 Milliarden Euro sogar mehr verdient als Deutsche Bank und Commerzbank zusammen. Um ihre Geschäfte zu finanzieren, nimmt sie jährlich 60 bis 80 Milliarden Euro am Kapitalmarkt auf.<sup>2</sup>

◀ Die Goldmine „Pueblo Viejo“ liegt inmitten der Bergregenwälder der Dominikanischen Republik. Die KfW IPEX-Bank ist mit einem Kredit an der Finanzierung der Mine beteiligt. Bild: Mimundo.org (S.38)

2) Dohms, Heinz-Roger (2013): KfW-Chef Ulrich Schröder: Der stille Aufstieg zum Banker der Nation. Cicero Online; <http://www.cicero.de/kapital/kfw-chef-Ulrich-Schroeder-banker-der-nation/56249> (Nov. 14)



## Das internationale Geschäftsfeld

Die Aufgabenbereiche des internationalen Geschäftsfeldes könnten unterschiedlicher nicht sein: Sie umfassen die klassische finanzielle Entwicklungszusammenarbeit der KfW Entwicklungsbank, die Förderung der Privatwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern durch die DEG sowie den Auftrag an die KfW IPEX-Bank, die heimische Exportwirtschaft zu fördern und Projekte zur Rohstoffsicherung für die deutschen Industrie zu finanzieren.

Die unterschiedlichen Aufgaben sind dabei teilweise schwer miteinander zu vereinbaren oder widersprechen sich gar: Die Förderung der deutschen (Export-) Wirtschaft etwa bedeutet, den Export von Kohlekraftwerken zu unterstützen, Rohstoffe für die heimische Industrie sichern heißt Bergbauprojekte zu finanzieren. Konflikte mit den Aufgabenbereichen „Armut mindern“ oder „Umwelt- und Ressourcenschutz“ sind vorprogrammiert.

Alle drei Banken im internationalen Geschäftsfeld treffen ihre Finanzierungsentscheidungen eigenverantwortlich und agieren unabhängig voneinander, mit unterschiedlichen Finanzinstrumenten und jeweils eigenen Grundsätzen und Richtlinien.

## A) Die KfW Entwicklungsbank

Die KfW Entwicklungsbank führt im Auftrag der Bundesregierung die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) durch. Ihr Ziel ist es, Partnerländer darin zu unterstützen, Armut zu bekämpfen, Frieden zu sichern, Umwelt und Klima zu schützen und die Globalisierung gerecht zu gestalten. Die Förderprojekte werden von den Partnerländern vorgeschlagen, auch die Verantwortung für Vorbereitung und Durchführung der Projekte bleibt formal bei den Partnerländern (meist Ministerien, Regierungsbehörden oder andere staatliche Stellen).<sup>3</sup> Die KfW Entwicklungsbank schließt die Verträge ab, vergibt Gelder und begleitet die Projekte über ihre gesamte Laufzeit. Hauptauftraggeber der FZ ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), daneben führt die KfW Entwicklungsbank Vorhaben im eigenen Auftrag sowie für andere Ministerien wie das Auswärtige Amt (AA), das Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) durch. Das Verhältnis von Bundeshaushaltsmitteln zu KfW-Eigenmitteln bei den Finanzierungen hängt vom Empfängerland und der Art der Finanzierung ab. Die KfW Entwicklungsbank fördert aktuell etwa 1900 Projekte in rund 100 Ländern.<sup>4</sup>

## B) Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG)

Der Auftrag der DEG ist es, ausschließlich private Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern. Die DEG ist eine 100-prozentige Tochter der KfW und mit der KfW Entwicklungsbank für die Förderung von Entwicklungs- und Schwellenländern zuständig. Die DEG setzt fast ausschließlich Eigenmittel, die sie auf dem Kapitalmarkt aufnimmt, zur Finanzierung der von ihr geförderten Projekte ein. Nur bei speziellen Förderprogrammen im Auftrag der Bundesregierung werden Bundeshaushaltsmittel verwendet (2013, rund 1,9 Prozent der Neuzusagen). Die DEG verfolgt laut Gesellschaftsvertrag ausschließlich gemeinnützige Zwecke, gleichzeitig gehört es zu ihrem Geschäftsmodell, dass die Finanzierungen profitabel sein müssen und „risikoangemessene Erträge“ erwirtschaften. 2013 finanzierte die DEG 109 Projekte in 49 Ländern. Zehn Prozent der Neuzusagen gingen an deutsche Unternehmen, die in Schwellen- und Entwicklungsländern investieren.<sup>5</sup> Der Jahresüberschuss der DEG lag 2013 bei 82 Millionen Euro.

## C) Internationale Projekt- und Exportfinanzierung (IPEX)

Die KfW IPEX-Bank ist der größte der drei KfW-Arme im internationalen Geschäft. Ihr Neuzusagenvolumen ist mehr als doppelt so hoch wie das von KfW Entwicklungsbank und DEG zusammen. Doch im Unterschied zu den beiden anderen Geschäftssparten verfügt die KfW IPEX-Bank über kein Entwicklungsmandat. Ihr Auftrag ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Unternehmen zu fördern sowie über Finanzierungen die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie zu sichern. Da dieser Geschäftsbereich in direkter Konkurrenz zu Privatbanken steht, wurde – nicht zuletzt auf Druck der Privatbanken – die KfW IPEX-Bank 2008 als eigenständige Tochter ausgegliedert und somit die kommerzielle Geschäftstätigkeit von den Förderaktivitäten abgetrennt. Im Gegensatz zu der restlichen KfW Bankengruppe unterliegt die KfW IPEX-Bank in vollem Umfang dem Kreditwesengesetz (KWG) und ist steuerpflichtig. Da sie keine Kundeneinlagen hat, leiht sie sich Geld für geplante Investitionen ihrer Kunden auf dem internationalen Kapitalmarkt, von Investoren weltweit. Das geht, weil sie als öffentliche Förderbank weiterhin auf die Garantie des Bundes zurückgreifen kann, was ihr eine hohe Bonität und beste Ratings beschert. Selber bezeichnet sich die KfW IPEX-Bank als Geschäftsbank mit gesetzlichem Auftrag. 2013 hat sie 437 Millionen Euro betriebswirtschaftlichen Gewinn gemacht, der an die KfW Bankengruppe zurückfließt.

3) KfW Entwicklungsbank „Unsere Arbeitsweise“: <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/%C3%9Cber-uns/Unsere-Arbeitsweise/> (Nov. 14)

4) KfW Entwicklungsbank „Unsere Arbeitsweise“: <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Aufgaben-und-Ziele/Unsere-Arbeitsweise/> (Nov. 14)

5) DEG Jahresbericht 2013

### III. UMWELT- UND SOZIALMANAGEMENT „UNSERE HOHEN STANDARDS“?



Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen (USVP) werden bei der KfW groß geschrieben. Art, Umfang und Tiefe der USVP unterscheiden sich und sind in den Nachhaltigkeitsrichtlinien<sup>6</sup> der einzelnen Geschäftsfelder festgelegt. In allen drei internationalen Geschäftsfeldern durchlaufen geplante Finanzierungen eine Art Screening. Dabei werden sie nach ihrem Umwelt- und Sozialrisiko den Kategorien A (hohes Risiko), B (mittleres Risiko) und C (kein Risiko) zugeordnet. Je nach Kategorie folgen dann zusätzliche Prüfungen und Maßnahmen. Projekte der Kategorie A erfordern in allen drei Geschäftsbereichen eine eigene Umweltverträglichkeitsstudie (USV-Studie) sowie einen Umwelt- und Sozialmanagementplan (USMP), bei Projekten der Kategorie B wird von Fall zu Fall entschieden, ob weitere Maßnahmen erforderlich sind. Die nötigen Studien muss in der Regel der Kreditnehmer erstellen.

In allen drei Geschäftsbereichen sollen die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen potenziell negative Auswirkungen weitestgehend verhindern, abschwächen oder ausgleichen. Sie dienen nicht dazu, Projekte abzulehnen, weil sie absehbar zu große ökologische und/ oder soziale Problemen verursachen werden. Ablehnungen von Projekten geschehen in der Regel in einem früheren Stadi-

Die selbsternannte „grünste“ Bank Deutschlands konterkariert ihr Klimaengagement, indem sie noch immer Kohleprojekte weltweit fördert. Bild: Peter Jelinek

um und nur in ganz seltenen Ausnahmen während der Umwelt- und Sozialprüfung. So werden so gut wie alle Projekte, die eine Umwelt- und Sozialprüfung durchlaufen, auch finanziert.<sup>7</sup>

#### „Das wichtigste Ergebnis der USVP sind konstruktive Verbesserungsmaßnahmen (...)“\*

#### Probleme im Umwelt- und Sozialmanagement

Die KfW präsentiert sich gerne als „Bank aus Verantwortung“ und betont ihr sozial-ökologisches Engagement. Überprüfen lassen sich diese Behauptungen jedoch nicht, denn in Sachen Transparenz hinkt die KfW anderen öffentlichen Banken weit hinterher. Gleiches gilt für Beschwerdemechanismen, obwohl die KfW sonst gerne hervorhebt, dass sie sich an international anerkannten Standards orientiert. Dass es auch transparenter geht, zeigt die Weltbanktoch-

ter IFC (International Finance Corporation), das multinationale Pendant zur DEG. Deren „Access to Information Policy“ erhellet das Vorgehen der Bank. Die Richtlinie verpflichtet die IFC, Projektunterlagen vor Bewilligung der Finanzierungszusage einschließlich der Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen zu veröffentlichen. Bei Projekten, die indigenes Land betreffen, muss zudem nachgewiesen werden, dass die Betroffenen dem Projekt zugestimmt haben. Dazu wird der Status des Konsultations- und Mitspracheprozesses bekannt gemacht. Ist ein Vorhaben bewilligt, werden zudem die Umwelt- und Sozialmanagementpläne veröffentlicht.<sup>8</sup>

#### A) Was Du nicht weißt, macht Dich nicht heiß – fehlende Transparenz

Im Gegensatz dazu steht die magere Informationspolitik der KfW Bankengruppe: Nach langen Zögern und auf Druck von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen veröffentlicht die KfW Entwicklungsbank seit 2013 systematisch einige Informationen zu bewilligten Finanzierungen. Auch die DEG hat angekündigt für die ab Januar 2015 getätigten Finanzierungen systematisch Informationen bereitzustellen. Informiert wird, jedoch erst nach Vertragsabschluss und ohne die Prüfberichte herauszugeben. Bei Finanzierungen über Finanzintermediäre fehlt zudem die Information, welche konkreten Projekte finanziert werden (siehe Kasten S.10). Abgesehen von Pressemitteilungen und sporadischen Artikeln zu Einzelvorhaben veröffentlicht die KfW IPEX-Bank hingegen keine vergleichbaren Projektinformationen.

Als besonders widersinnig erwies sich diese fehlende Transparenz im Fall der DEG: Seit Januar 2014 unterhält sie eine unabhängige Beschwerdestelle. Betroffene von DEG-Projekten können einen etwaigen Verstoß der geförderten Projekte gegen die Richtlinien der DEG prüfen lassen. Da die DEG bisher jedoch nicht darüber informiert hat, welche Projekte sie finanziert oder an welchen Unternehmen und Fonds sie Beteiligungen hält, blieb ein solcher Beschwerdemechanismus bisher relativ wirkungslos.

#### B) Keine unabhängigen Beschwerdemöglichkeiten

Dennoch ist die DEG mit ihrer Beschwerdestelle weiter

als die KfW Entwicklungsbank und die KfW IPEX-Bank. Denn dort haben Betroffene nach wie vor keine Möglichkeit Probleme vorzubringen. Weder Entwicklungsbank noch IPEX verfügen bisher über eigene unabhängige Beschwerdemechanismen.

#### „Es gilt das Gebot der Suche nach betriebswirtschaftlich tragbaren Lösungen für angemessene Schutzmaßnahmen (...)“\*

#### C) Lücken im System: Bisherige Prüfungen nicht ausreichend

Aufgrund der generellen Intransparenz ist es schwer, das Umwelt- und Sozialmanagement der KfW im internationalen Geschäft zu bewerten. Fest steht aber, dass es in der bisherigen Praxis der KfW immer wieder zu sozial und ökologisch bedenklichen Finanzierungen gekommen ist. Das kann an einer unzureichenden Implementierung der Standards liegen, daran, dass die Standards in einigen Bereichen nicht weitgehend genug sind, oder daran, dass sie bei politisch gewollten Projekten „großzügig“ ausgelegt werden. Nur so sind beispielsweise Kredite an Unternehmen wie den Energieriesen Gazprom zu erklären (siehe S. 17).

#### Im Folgenden werden in verschiedenen Sektoren die Schwachstellen des Umwelt- und Sozialmanagements der KfW anhand von Beispielen problematischer Finanzierungen der letzten Jahre identifiziert. Darüber hinaus werden Forderungen für notwendige Verbesserungen gestellt, um der sozialen und ökologischen Verantwortung einer öffentlichen Bank gerecht zu werden.

6) Die Nachhaltigkeitsrichtlinien für KfW Entwicklungsbank und KfW IPEX-Bank sind im Internet öffentlich zugänglich. Für die DEG sind keine Informationen verfügbar.  
7) Persönliches Gespräch.  
\*) Aus den Nachhaltigkeitsrichtlinien von KfW Entwicklungsbank und KfW IPEX-Bank  
8) International Finance Corporation (2012): Access to Information Policy. <http://www.ifc.org/wps/wcm/connect/98d8ae004997936f9b7bfb2b4b33c15/IFCPolicyDisclosureInformation.pdf?MOD=AJPERES> (Jan. 15)

## BLACK BOX FINANZINTERMEDIÄRE

Die KfW finanziert Infrastrukturvorhaben oder Unternehmen in anderen Ländern in Form von Globaldarlehen an so genannte Finanzintermediäre (FI). Dabei stellt sie Banken oder Fonds Geldmittel zur Verfügung, die diese dann weiterleiten oder investieren. Mit diesen Finanzierungen in den Finanzsektor beabsichtigen KfW Entwicklungsbank und DEG Finanzsysteme als Grundlage für Investitionen aufzubauen und zu stabilisieren. Aktuell macht die DEG 33 Prozent ihrer Neuzusagen im Finanzsektor, die KfW Entwicklungsbank 23 Prozent und die KfW IPEX-Bank 15 Prozent im Bereich Finanzinstitutionen und Handel.<sup>9</sup>

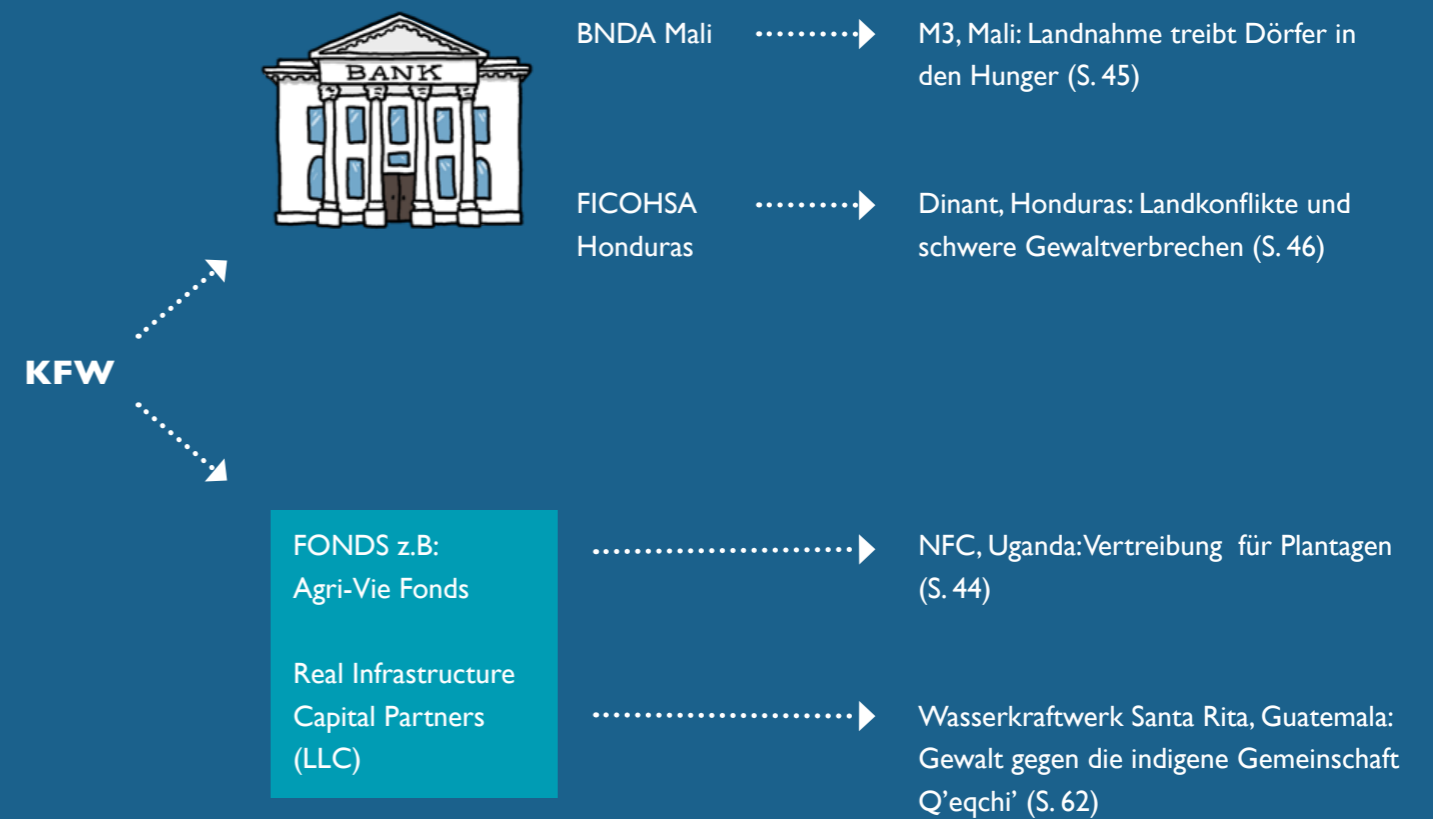
Beim Weiterleiten der Gelder fungieren die Finanzintermediäre als Vermittlungsinstanz zwischen Kapital und Realwirtschaft. Dieses Finanzierungsstruktur hat einen entscheidenden Haken: die KfW kann, durch die Zwischenschaltung eines weiteren Finanzinstitutes, wenig kontrollieren, ob die Gelder de facto entsprechend der eigenen Umwelt- und Sozialrichtlinien eingesetzt werden. Die öffentlich zugänglichen Nachhaltigkeitsrichtlinien der KfW verpflichten Finanzintermediäre nicht dazu, sich an die hauseigenen KfW-Regeln zu halten. Es wird lediglich festgehalten, dass Umwelt- und Sozialaspekte „in angemessener Weise“ berücksichtigt und nationale Gesetzesvorschriften beachtet werden müssen. Einzelfallprüfungen durch die KfW entfallen. Bei sensiblen Projekten wird lediglich zusätzlich geprüft, ob der Finanzintermediär über die „organisatorischen und personellen Kapazitäten“ verfügt, Investitionsvorhaben auf ihre Umwelt- und soziale Relevanz zu prüfen. Ebenso muss er in der Lage sein, zu untersuchen, ob das umwelt- und sozialrechtliche Regelwerk des jeweiligen Investitionslandes eingehalten wird. Die KfW Entwicklungsbank behält sich in kritischen Bereichen (Vorhaben der Kategorie A) allerdings eine Zustimmung zu den Endkrediten vor. Außerdem dürfen keine Projekte finanziert werden, die auf der IFC-Ausschlussliste stehen, wie zum Beispiel die Produktion oder der Handel von Tabak.

Wie riskant ein solches Finanzierungsstruktur für eine Bank sein kann, zeigt sich konkret am Beispiel des Staudamms Santa Rita in Guatemala. Die DEG hatte, vorliegenden Informationen zufolge, eine direkte Finanzierung wegen der enormen vorhersehbaren ökologischen und sozialen Risiken abgelehnt. Über ihre Beteiligung an einem Infrastrukturfonds ist sie nun allerdings indirekt trotzdem an dem Projekt beteiligt, da der Fonds für den Staudamm Santa Rita Gelder zur Verfügung stellt (siehe S. 62).

Weltweit gibt es einen Trend bei (multi-)nationalen Entwicklungsbanken, hin zu mehr Finanzierungen über Finanzintermediäre. Die IFC-Beschwerdestelle CAO (Compliance Advisor Ombudsman) stuft in einer umfassenden Untersuchung das Engagement der IFC bei Finanzintermediären als äußerst risikoreich ein. Durch den Verlust der Kontrolle laufe man Gefahr Projekte zu finanzieren, die zu ökologischen und sozialen Problemen führen.<sup>10</sup>

Mit der Finanzierung über Finanzintermediäre gibt die KfW Verantwortung ab. Zugleich läuft sie Gefahr, dass die von ihr weitergeleiteten Gelder gegen die eigenen Umwelt- und Sozialstandards verstoßen. Als „Bank aus Verantwortung“ sollte sie im Sinne der Kohärenz zumindest verlangen, dass die Finanzintermediäre strikt den KfW-Standards folgen.

## BEISPIELE VON KfW-FINANZIERUNGEN ÜBER FINANZINTERMEDIÄRE





**DIE KfW GESCHÄFTSBEREICHE IM INTERNATIONALEN GESCHÄFTSFELD UND DEREN UMWELT- UND SOZIALMANAGEMENT IM ÜBERBLICK<sup>11</sup>**

	KfW Entwicklungsbank	DEG	KfW IPEX-Bank
<b>Auftrag</b>	Durchführung der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ)	Förderung des Privatsektors in Entwicklungs- und Schwellenländern	Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft.
<b>Neuzusagen 2014 (2013)</b>	7,4 (5,3) Mrd. EUR (23% (35%) Bundeshaushaltsmittel)	1,5 (1,5) Mrd. EUR (1,9% (1,9%) Bundeshaushaltsmittel)	16,6 (13,7) Mrd. EUR
<b>Regionen 2013</b> (Anteil an Neuzusagen)	Asien/ Ozeanien (31,5%), Subsahara-Afrika (22,6%), Nordafrika/ Naher Osten (16,3%), Europa / Kaukasus (13,7%), Lateinamerika (12,6%), Überregional (3,3%)	Asien (33%), Lateinamerika (27%), Subsahara-Afrika (22,5%), Europa/ Kaukasus (11,8%), Überregional (4,2%)	Deutschland (20%), Europa ohne Deutschland (42%), Länder außerhalb Europas (38%), davon 30% in ‚aufstrebende Länder‘
<b>Sektoren 2013</b> (Anteil an Neuzusagen)	Nach OECD/ DAC Förderschwerpunkten: Wirtschaftliche Infrastruktur und Dienste (55,2%), soziale Infrastruktur und Dienste (30,6%), Sonstiges (11,2%), Produktionsbereiche (3,1%)	Finanzsektor (33%), Industrie (27,8%), Infrastruktur (21,7%), Agrar- und Ernährung (14,3%) und Dienstleistungen (3,2%)	Maritime Industrie (20%), Energie und Umwelt (18%), Finanzinstitutionen (15%), Grundstoffindustrie (15%), Industrie (13%), Luftfahrt und Schienenverkehr (12%), Transport und soziale Infrastruktur (7%)
<b>Finanzinstrumente</b> (Anteil 2013 an Neuzusagen)	<ul style="list-style-type: none"> <li>Förderkredite (40%)</li> <li>Zuschüsse (30%)</li> <li>Entwicklungskredite (19%)</li> <li>Mandate (8%)</li> <li>Kredite zu IDA und Standard-Konditionen (3%)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kredite (60%)</li> <li>Risikokapitalfinanzierungen (40%) (Beteiligungen an Unternehmen (10%), Beteiligungen an Fonds (10%), Mezzanine Finanzierungen (20%))</li> <li>Garantien (0%)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kredite<sup>12</sup> <ul style="list-style-type: none"> <li>Exportfinanzierungen</li> <li>Projektfinanzierungen</li> <li>Unternehmensfinanzierungen</li> <li>Ungebundene Finanzkredite (UFK)</li> <li>...</li> </ul> </li> </ul>
<b>Geltungsbereich Nachhaltigkeitsrichtlinie</b> (Welche Finanzierungen werden geprüft)	Alle Finanzierungen	Keine Angaben	Alle mittel- und langfristigen Finanzierungen. Art und Umfang der Prüfung hängt vom Projektland ab. Folgeprojekte ohne neue Auswirkungen werden nicht geprüft.
<b>Bewertungsmaßstab für die Beurteilung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit</b>	Grundlage sind die jeweiligen nationalen Umwelt- und Sozialstandards und die jeweiligen nationalen Gesetze. Zur Beurteilung, ob diese angemessen sind, orientiert sich die KfW Entwicklungsbank an internationalen Bewertungsmaßstäben. <sup>13</sup>	Grundlage sind die EHS Guidelines <sup>14</sup> , die IFC Performance Standards <sup>15</sup> sowie relevante Konventionen der ILO. <sup>16</sup>	Bei Investitionen in finanzstarke OECD Länder <sup>17</sup> sowie Länder, die nach den Äquator-Prinzipien <sup>18</sup> als Länder mit funktionierenden Umwelt- und Sozialstandards gelten <sup>19</sup> , wird deren Prüfmaßstab angelegt. Für alle anderen Länder gelten die IFC Performance Standards und EHS Guidelines.
<b>Information/ Beteiligung von Betroffenen</b>	Information und Anhörung von Betroffenen sind Teil der USV-Studie. Die Verantwortung liegt beim Projektträger.	Keine Angaben	Information und Anhörung von Betroffenen sind Teil der USV-Studie. Die Verantwortung liegt beim Projektträger.
<b>FPIC (Free Prior and Informed Consent (Konsultations- und Mitbestimmungsrechte von Betroffenen))</b>	Bei Finanzierungen im Auftrag des BMZ (Teil des Menschenrechtskonzepts). In der eigenen Nachhaltigkeitsrichtlinie wird FPIC nicht erwähnt.	Keine Angaben, FPIC ist Teil der IFC Performance Standards, auf die sich die DEG beruft. Ist dort jedoch nur für einen eingeschränkten Bereich an Kategorie A Projekten vorgeschrieben.	Projekte mit möglichen negativen Auswirkungen auf Indigene bedürfen deren Zustimmung nach FPIC.

	KfW Entwicklungsbank	DEG	KfW IPEX-Bank
<b>Transparenz</b> (Veröffentlichung projektspezifischer Daten und von Prüfberichten)	Seit Januar 2013 werden die Projekte nach Vertragsabschluss mit Kurzdarstellung und Kerndaten veröffentlicht. Prüfberichte sind nicht enthalten.	Die DEG hat angekündigt Projekte, die ab Januar 2015 zugesagt werden, nach Vertragsabschluss mit Kurzdarstellung zu veröffentlichen. Prüfberichte sind nicht enthalten	Die KfW IPEX-Bank selbst veröffentlicht weder systematisch Daten zu finanzierten Projekten noch Prüfberichte.
<b>Beschwerdeverfahren</b>	Die KfW Entwicklungsbank hat kein unabhängiges Beschwerdeverfahren.	Seit Januar 2014 verfügt die DEG über ein unabhängiges Beschwerdeverfahren.	Die KfW IPEX-Bank hat kein unabhängiges Beschwerdeverfahren.
<b>Menschenrechtliche Prüfung</b>	Bei Finanzierungen, bei denen BMZ-Mittel eingesetzt werden, muss eine Prüfung zur menschenrechtlichen Risikoabschätzung durchgeführt werden. Für Finanzierungen im eigenen Risiko gelten die Prüfungen als Richtschnur.	Gleiche Regelung wie bei der Entwicklungsbank, allerdings machen Projekte aus Bundesmitteln nur rund 2 % der Neuzusagen aus. Für den Großteil der DEG Finanzierungen findet keine eigene menschenrechtliche Prüfung statt.	Keine eigene menschenrechtliche Prüfung
<b>Ausschlüsse</b>	Neubau von Kohlekraftwerken <sup>20</sup>	Neubau von Kohlekraftwerken <sup>20</sup> Es gilt die EDFI Ausschlussliste (z.B. Projekte, die mit Zwangsarbeit oder Kinderarbeit in Zusammenhang stehen)	Keine
<b>Weitere Selbstverpflichtungen/ Sektorrichtlinien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>UNEP-Erklärung der Finanzinstitute zur Umwelt und zur nachhaltigen Entwicklung</li> <li>KfW Position zu Finanzierung von Kohlekraftwerken</li> <li>Menschenrechtserklärung der KfW Bankengruppe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Angaben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>seit 2008 den Äquator-Prinzipien angeschlossen</li> </ul>

11) Soweit die Informationen in den Geschäftsberichten der KfW und den Webseiten verfügbar sind. Die Nachhaltigkeitsrichtlinie der DEG ist nicht öffentlich.  
 12) Es liegen keine Informationen zu den Anteilen vor  
 13) Wie denen der Weltbankgruppe (EHS Guidelines, Safeguard Policies von IBRD/IDA, IFC Performance Standards) und den „UN Basic Principles and Guidelines on Development-based Evictions and Displacements“  
 14) Environmental, Health and Safety Guidelines: technisches Referenzdokument mit allgemeinen industriespezifischen Beispielen von bewährten Verfahren  
 15) Umwelt- und Sozialstandards der International Finance Corporation (IFC), Privatsektorarm der Weltbank  
 16) Internationale Arbeits- und Sozialstandards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)  
 17) Länder mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von mind. 12.746 US-Dollar  
 18) Äquator-Prinzipien (engl. Equator Principles) sind ein freiwilliges Regelwerk von Banken zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards bei Projektfinanzierung. Die KfW IPEX-Bank hat sich 2008 den Prinzipien angeschlossen.  
 19) Liste der Länder (Designated Countries): <http://www.equator-principles.com/index.php/designated-countries>  
 20) Ankündigung von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks auf dem Klimagipfel in New York September 2014: <http://www.bmub.bund.de/presse/pressemitteilungen/pm/artikel/hendricks-zieht-positive-bilanz-des-un-klimagipfels-in-new-york/> (Dez. 14)



## IV. SEKTOREN UND FALLBEISPIELE

### IV.1. BLACKBOX „UMWELT- UND KLIMAFINANZIERUNG“



Mehr als 30 Millionen Tonnen Braunkohle werden jährlich in Serbiens größter Braunkohlemine „Kolubara“ gefördert. Braunkohle hat einen Anteil von 70% am serbischen Energiemix. Bild David Hoffmann

Die KfW hat nach eigenen Aussagen 2013 insgesamt 27,8 Milliarden Euro für Projekte im Bereich Umwelt- und Klimafinanzierung ausgegeben. Das entsprach rund 38 Prozent ihrer Gesamtneuzusagen für das Jahr.

Auf den ersten Blick imponieren diese Zahlen, gerade im Vergleich zu anderen Banken. Stolz präsentiert sich die KfW Bankengruppe daher selbst als „führende Umwelt- und Klimabank“. Nur: den Beleg dafür bleibt sie schuldig. So erfährt man weder systematisch etwas über Kriterien, die Projekte erfüllen müssen, um bei der KfW als Umwelt- oder Klimafinanzierung klassifiziert zu werden. Des Weiteren veröffentlicht die KfW keine umfassenden Projektlisten. Nur vereinzelt lassen sich im Geschäftsbericht oder in Broschüren Verweise auf Projekte finden, die eingerechnet werden. So heißt es im Geschäftsbericht der KfW IPEX-Bank dazu: „Im Fokus standen 2013 Finanzierungen von regenerativen, daneben aber auch hocheffizienten konventionellen Energieprojekten“. Hinter letzterem könnte sogar die Finanzierung von Kohlekraftwerken stecken. Es gibt weitere Beispiele, die als Umwelt- und Klimafinanzierung gewertet werden, hinter denen jedoch ganz und gar nicht umweltfreundliche Projekte stecken.

Als „klimafreundliches Wirtschaften in Russland“ zählt die

KfW zum Beispiel die Umrüstung extrem verschmutzender und veralteter Alu- und Zementfabriken in Russland<sup>21</sup>, getreu dem Motto: je dreckiger die Ausgangssituation, umso größer der Umwelt- und Klimabeitrag. Ein anderes Beispiel ist ein Kredit der KfW Entwicklungsbank für Baggertechnik im Braunkohletagebau Kolubara in Serbien, der bei der KfW als „Maßnahme zum Schutze der Umwelt“ gehandelt wird, vor Ort aber zur Erweiterung des Braunkohletagebaus beiträgt (siehe S. 24). Dazu passt, dass die KfW Finanzierungen für neue Kohlekraftwerke in der Vergangenheit vehement als „bedeutenden Baustein für wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung“<sup>22</sup> verteidigt und die Bankengruppe bis vor kurzem komplett auf Ausschlusskriterien für besonders klimaschädigende Sektoren verzichtet hat.<sup>23</sup>

#### KfW: Grüne Bank mit dunklen Seiten

In der Tat steht die Bankengruppe vor dem Dilemma, über die KfW IPEX-Bank die Exportgeschäfte ihrer Kunden aus der Schwerindustrie im Ausland finanzieren und Rohstoff-

sicherung für die heimische Industrie betreiben zu sollen, gleichzeitig aber auch dem Umwelt- und Klimaschutz verpflichtet zu sein. Sie löst dieses Dilemma auf, indem sie sich „Umwelt- und Klimaschutz light“ verordnet: die Finanzierung CO<sub>2</sub>-intensiver Technologien und Anlagen ist für sie dann klima- und umweltverträglich, wenn die Projekte in irgendeiner Form zu Emissionsminderungen (im Vergleich zu aktuell üblichen Standards im Land) beitragen.<sup>24</sup> Durch diesen „Klima- und Umweltschutz light“ bleibt nicht aus, dass sich ihre Finanzierungen teilweise konterkarieren. So werden auf der einen Seite Projekte zur Anpassung an den Klimawandel finanziert und auf der anderen Seite weiter der Klimakiller Kohlekraftwerke gefördert.

Kurz: Auf Basis der aktuell vorliegenden Informationen und Berichte lassen sich keine soliden und belastbaren Aussagen über die Qualität der Umwelt- und Klimaperformance der KfW Bankengruppe treffen. Die wenigen verfügbaren Informationen legen aber den Verdacht nahe, dass sich die KfW vor allem nach außen als „führende Klimabank“ inszeniert. Aus der Nähe betrachtet zählt sie jedoch auch fragwürdige „Effizienzsteigerungsmaßnahmen“ als Klimaprojekte,

die tatsächlich langfristig einen hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß zementieren.

Wer sich als „grüne Bank“ profilieren will, sollte auf solche Finanzierungen verzichten und sich in die Karten schauen lassen. Konkret heißt das: transparent über die Methodik (was gilt warum als Umwelt- und Klimaprojekt) und geförderte Projekte zu informieren.

#### Klimaschutz light: Keine konkreten CO<sub>2</sub>-Einsparungsziele bei KfW-Finanzierungen

In Anbetracht des zu erwartenden Klimawandels und der damit verbundenen Risiken und Schäden für Gesellschaft und Umwelt entspricht das Portfolio der KfW derzeit nicht den Anforderungen an eine „führende Umwelt- und Klimabank“. Nach Studien des Weltklimarats IPCC müssen die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 um 40 bis 70 Prozent reduziert werden, um das Ziel zu erreichen, die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen. Die KfW gibt zwar an, aktuell 1/3 ihrer Finanzierungen im

Bereich „Umwelt- und Klimaschutz“ zu tätigen. Sie setzt sich jedoch keine konkreten Ziele zur Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, die durch ihre Finanzierungen verursacht werden.

Im Gegenteil: die KfW war in der Vergangenheit einer der größten öffentlichen Financier von Kohle weltweit und hat in den letzten acht Jahren Kohleprojekte mit mindestens 3,3 Milliarden Euro gefördert (siehe Kapitel IV Kohlefinanzierungen einer „grünen Bank“ S.20).

Andere Entwicklungsbanken und Finanzinstitutionen haben inzwischen auf die Klimakrise reagiert und zumindest die Finanzierung von Kohlekraftwerken ausgeschlossen oder drastisch eingeschränkt: etwa die Weltbank, die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). Teilweise haben sie darüber hinaus einen jährlichen Grenzwert sowie ein langfristiges Reduktionsziel für Treibhausgasemissionen für ihre Finanzierungen festgelegt, wie etwa die US Overseas Private Investment Corporation (OPIC).<sup>26</sup> Auf Beschluss der Bundesregierung von September 2014 dürfen auch KfW Entwicklungsbank und DEG in Zukunft keinen

Kohlekraftwerksneubauten mehr finanzieren. Die KfW IPEX-Bank, die rund zwei Drittel der Kohleprojekte in der Vergangenheit finanziert hat, darf auch in Zukunft ohne nennenswerte Einschränkungen weiter Kohlekraftwerke finanzieren.

Neben eindeutigen Definitionen, verbindlichen Reduktionszielen für finanzierte CO<sub>2</sub>-Emissionen und Ausschlusslisten für aus klimapolitischen Erwägungen nicht-finanzierungsfähige Sektoren fehlt es der KfW an Ausschlusslisten für Unternehmen, mit denen man als Umwelt- und Klimabank keine Geschäfte machen sollte.

Auf eine solche Liste gehörte zum Beispiel Gazprom, weltweit fünftgrößter Emittent von klimaschädlichen Treibhausgasen. Gazprom ist zudem weltweit das erste Unternehmen, das kommerziell Öl in der Arktis fördert. Experten warnen, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis es dabei zu einer großen Umweltkatastrophe kommt. Was jedoch für die „führende Umwelt- und Klimabank“ kein Problem zu sein scheint (siehe S.17).

#### „Gerade die Staatsbank muss sich beim Umweltschutz noch mehr anstrengen“

Laura da le Motte, Handelsblatt, Juni 2014<sup>25</sup>

21) Rzepka, G. (2012): Klimaschutz „Made in Germany“. IN Akzente 03/2012, S. 42- 43.  
22) Pötter, Bernhard, taz 10.04.2014: Keine Staatshilfen für Klimakiller: <http://www.taz.de/!136483/> (Jan. 15)

23) Bundesumweltministerin Barbara Hendricks kündigte auf dem Klimagipfel in New York September 2014 an, dass über die klima- und entwicklungspolitische Finanzierung keine neuen Kohlekraftwerke mehr finanziert werden sollen: <http://www.bmub.bund.de/presse/pressemitteilungen/pm/artikel/hendricks-zieht-positive-bilanz-des-um-klimagipfels-in-new-york/> (Dez. 14)

24) Trotz scheinbar großzügiger Auslegung dessen, was als Umwelt- und Klimafinanzierung deklariert werden kann, liegt der Anteil an Umwelt- und Klimafinanzierung bei der IPEX-Bank gerade mal bei 18% - bei der KfW Entwicklungsbank sind es 50% der Neuzusagen. Handelsblatt Nr. 121 vom 27.06.2014 Seite 016  
25) OPIC Sustainability Plan: [http://www.opic.gov/sites/default/files/docs/opic\\_sustainability\\_plan\\_2010.pdf](http://www.opic.gov/sites/default/files/docs/opic_sustainability_plan_2010.pdf) (Jan. 14)

# FORDERUNGEN AN EINE FÜHRENDE UMWELT- UND KLIMABANK

Wenn die KfW eine führende Umwelt- und Klimabank werden will, muss sie:

- aus der Finanzierung von fossilen Energien aussteigen
- die Finanzierung von Projekten und Unternehmen ausschließen, die besonders umwelt- und klimaschädliche Abbaumethoden und -techniken<sup>27</sup> verwenden
- aus der Finanzierung von Unternehmen aussteigen, die zu den größten CO<sub>2</sub>-Emittenten weltweit gehören
- sich klare Reduktionsziele setzen, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, die aus finanzierten Projekten resultieren
- transparent werden und umfassend über ihre Umwelt- und Klimafinanzierungen informieren; konkret muss sie Kriterien für die Kategorisierung dieser Finanzierungen veröffentlichen sowie die projektspezifischen Daten
- umfassend Auskunft über Finanzmittel erteilen, die in die Förderung, Verbrennung und Aufbereitung von fossilen Brennstoffen fließen (inkl. Unternehmenskredite und Finanzierungen über Finanzintermediäre).

27) Darunter fallen z.B. Ölbohrungen in der Arktis, 'Fracking', 'Mountain Top Removal' oder 'Tar Sands'.  
28) Earth Focus Carbon 2013: Private Sector Carbon Emissions Report: <https://earthfocuscarbon.files.wordpress.com/2013/02/earth-focus-private-sector-carbon-emissions-report4.pdf> (Jan. 15)  
29) Heede, R. (2013): Tracing anthropogenic carbon dioxide and methane emissions to fossil fuel and cement producers, 1854–2010. IN Climate Change November 2013.  
30) USGS (2011): An Evaluation of the Science Needs to Inform Decisions on Outer Continental Shelf Energy Development in the Chukchi and Beaufort Seas, Alaska

## GAZPROM: PROFIT AUF KOSTEN DER ARKTIS

Deutschlands größte Umwelt- und Klimabank scheut nicht davor zurück, auch Geschäfte mit einem der weltweit größten Umweltverschmutzer zu machen. Nach Berechnungen der Schweizer NGO Earth Focus Foundation belief sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des russischen Staatsunternehmens im Jahr 2010 auf über 130 Millionen Tonnen, so viel wie der gesamte deutsche Autoverkehr aktuell pro Jahr an Abgasen produziert. Auch über einen längeren Zeitraum betrachtet gehört Gazprom weltweit zu den Top-Treibhausgas-Emittenten. Nach Berechnungen des Climate Accountability Institutes haben nur vier andere Unternehmen weltweit zwischen 1854 und 2010 mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen produziert als Gazprom.<sup>28 29</sup>



Zwei Drittel des Jahres ist die Gazprom-Plattform Priarazlomnaya von arktischem Eis umschlossen. Bisher gibt es noch kein Verfahren, wie bei einem Unfall auslaufendes Öl geborgen werden kann. Bild: Gazprom

Darüber hinaus hat Gazprom als erstes Unternehmen eines der letzten Tabus in der Ölbranche gebrochen: Seit Dezember 2013 fördert Gazprom Öl aus dem Meeresboden des arktischen Ozeans. Bis dahin war die Arktis eine der wenigen von Ölförderung verschont gebliebenen Regionen der Welt. Doch unter den Eismassen werden lukrative Ölvorkommen vermutet. Dem abschmelzenden Eis folgend, dringen Ölkonzerne immer weiter nach Norden vor, um Öl zu fördern. Dabei ist es Experten zufolge nur eine Frage der Zeit, bis es zu einer großen Umweltkatastrophe kommt. Seit Jahren warnen sie, dass es bisher keine technischen Möglichkeiten gibt, einen Ölunfall unter den extremen Bedingungen der Arktis einzudämmen. Es fehlen erprobte Verfahren, mit denen Öl, das unter die Eisdecke läuft, geborgen werden kann. Hinzu kommen extreme Wetterbedingungen und die Dunkelheit über die Hälfte des Jahres, die den Zugang zu einer Unfallstelle auf Monate verhindern können. Die amerikanische Behörde für Rohstoffe schätzt, dass es bei einem Unfall lediglich möglich ist, 1-20 Prozent des Öls aus den arktischen Gewässern zu beseitigen.<sup>30</sup> Dabei ist die Arktis verwundbarer gegen Ölschäden als andere Regionen – und die Schäden unabsehbarer. Niedrige Temperaturen, Eisbedeckung und lange Perioden ohne Sonnenlicht sorgen dafür, dass das Öl sehr lange im Ökosystem verbleibt und es schädigt. Für Eisbären, Walrosse, Wale, zahlreiche



Vogelarten und Kleintiere ist jedoch eine intakte Arktis überlebenswichtig. Auch für die rund 4 Millionen Menschen, die in der Arktis zu Hause sind<sup>31</sup>, hätte ein Ölunfall weitreichende Konsequenzen. Ihre Existenz hängt von einer intakten Natur ab.



Die Pflanzen und Tiere der Arktis, wie der Eisbär, sind aufgrund der extremen Bedingungen besonders verwundbar gegen Ölschäden. Bild: Mike Schmidt/Greenpeace

**„Das Hauptrisiko sind Unfälle, bei denen tonnenweise Öl und Chemikalien austreten können. Sie würden irreparablen Schaden an einem hochsensiblen Ökosystem anrichten, das in seiner Unberührtheit auf der Erde einzigartig ist. Und es gibt kein Gerät, das nach einem Ölleck im Treibeis den hochgiftigen Rohstoff absaugen könnte.“**

Clemens Booth, Mitglied des Vorstands der Allianz SE zu Ölbohrungen in der Arktis<sup>32</sup>

Eine veraltete Plattform in einem der sensibelsten Ökosysteme der Welt

Die Voraussetzungen auf der Gazprom-Plattform Prirazlomnaya, von der aus das erste arktische Öl gefördert wird, sind besonders schlecht: Die Plattform gilt als technisch veraltet, obwohl sie gerade erst in Betrieb genommen wurde. Der Bau hat aufgrund technischer Probleme über 15 Jahre gedauert. Es wurden unter anderem Teile einer ausrangierten Plattform aus der Nordsee verwendet. Zudem sind die Sicherheitsvorkehrungen alarmierend. Zuerst weigerte sich Gazprom, den Notfallplan öffentlich zu machen. Die nach internationalem Druck doch veröffentlichte Zusammenfassung offenbart laut Greenpeace „große Sicherheitslücken“. Der Notfallplan stützt sich weitgehend auf herkömmliche Maßnahmen bei Unfällen auf Ölplattformen, die in einem vereisten Umfeld jedoch nicht funktionieren.<sup>33</sup> Gazprom plant zudem, mit der Plattform das ganze Jahr über Öl zu fördern. Zwei Drittel der Zeit wird die Plattform dabei komplett von Eis eingeschlossen sein, mit Temperaturen von mitunter bis zu minus 50°C.<sup>34</sup> Auch für eine solche Ausnahmesituation scheint der Notfallplan nicht angemessen.

**„Der aktuelle Notfallplan von Gazprom Neft Schelf sieht zur Beseitigung möglicher Umweltschäden drei Äxte, 25 Eimer, 15 Schaufeln, 15 Rechen und zwei Geländefahrzeuge vor. Die Versicherung der Bohrsinsel gegen Umweltschäden beläuft sich auf lächerliche 180 000 Euro.“**

Bidder et al., Der Spiegel<sup>35</sup>

Die Plattform Prirazlomnaya ist zudem erst der Anfang von Gazproms Arktis-Ölförderplänen. Der Konzern hat bereits weitere Probebohrungen angekündigt. Nach Angaben der Research- und Consulting-Agentur Reprisk ist Gazprom eines der fünf Unternehmen, die in der Arktis nach Öl bohren und die Arktis-Ölförderung maßgeblich vorantreiben.<sup>36</sup> Doch nicht nur wegen der Arktisbohrungen steht Gazprom in der öffentlichen Kritik. Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen kritisieren das Unternehmen für weitere ökologische und soziale Probleme, außerdem für Korruption und wettbewerbswidriges Verhalten.<sup>37</sup>

Gazprom zählt zu den Kunden der KfW IPEX-Bank, die 2011 einen Unternehmenskredit an den Konzern vergab.<sup>38</sup> Für die Vergabe von Unternehmenskrediten sieht die Nachhaltigkeitsrichtlinie der KfW IPEX-Bank vor, dass das Umwelt- und Sozialmanagement des Unternehmens, sein Portfolio sowie sein bisheriges Verhalten in Umwelt- und Sozialbelangen geprüft werden. Wie eine solche Prüfung bei Gazprom zu einem positiven Ergebnis führen konnte, bleibt das Geheimnis der KfW. Die Prüfberichte sind nicht öffentlich.

Banken wie die französische Bank Crédit Agricole oder die niederländische Bank ABN AMRO haben Ölbohrungen in der Arktis von der Finanzierung ausgeschlossen. Will die KfW ihrem Anspruch als „führende Umwelt- und Klimabank“ gerecht werden, muss sie diesem Beispiel folgen. Das darf dann nicht nur Projektfinanzierungen umfassen, sondern muss auch für Unternehmen gelten, die in der Arktis Öl fördern wollen. Neben Gazprom sind dies zur Zeit Royal Dutch Shell, Cairn Energy, Exxon Mobil und Statoil.<sup>39</sup>

- 31) UNEP: Vital Arctic Graphics. People and global heritage on our last wild shores: <http://www.grida.no/files/publications/vitalarcticgraphics.pdf> (Dez. 14)
- 32) Booth, Clement (2013): Rettet die Arktis. Die Rohstoffausbeutung muss ein Ende haben. IN Die Zeit 29.05.2013
- 33) Greenpeace Mediabriefing 2013: Northern Exposure Gazprom and oil exploration in the Russian Arctic: <http://www.greenpeace.org/international/Global/international/briefings/climate/Gazprom-Media-Briefing-Sep-2013-final.pdf> (Dez. 14)
- 34) Offshore technology: Prirazlomnoye Oilfield -, Russia: <http://www.offshore-technology.com/projects/Prirazlomnoye/> (Dez. 14)
- 35) Bidder, B., Schepp, M., Traufetter, G (2012): Arktisches Roulette. IN Der Spiegel 34/2012, S. 114.
- 36) Reprisk (2013): Special Report Arctic Drilling: <http://www.reprisk.com/downloads/specialreports/32/Arctic%20Drilling%20Special%20Report.pdf> (Dez. 14)
- 37) Reprisk (2012): BRIC Report. The Most Controversial Companies in Brazil, Russia, India and China: [www.reprisk.com/downloads/mccreports/27/MCC%20BRIC%20Report%20FINAL.pdf](http://www.reprisk.com/downloads/mccreports/27/MCC%20BRIC%20Report%20FINAL.pdf), Facing Finance (2013): Dirty Profits 2. Report on Companies and Financial Institutions Benefiting from Violations of Human Rights
- 38) Dirty Profits 2. Report on Companies and Financial Institutions Benefiting from Violations of Human Rights
- 39) Reprisk (2013): Special Report Arctic Drilling: <http://www.reprisk.com/downloads/specialreports/32/Arctic%20Drilling%20Special%20Report.pdf> (Dez. 14)

## IV.2. KOHLEFINANZIERUNGEN EINER „GRÜNEN BANK“



Protest in Pretoria gegen die KfW-Finanzierung der Kohlekraftwerke Medupi und Kusile in Südafrika, August 2013, Bild: Jan Schwarz

Im Jahr 2013 haben einige öffentliche Banken (Weltbank, EBRD, EIB) beschlossen, aus der Kohlekraftwerksfinanzierung auszusteigen oder sie zumindest drastisch einzuschränken. Die USA beendeten zudem die Kohlekraftwerksförderung durch Exportkreditagenturen. Damit geriet die bis dahin kaum eingeschränkte Kohle-Förderpolitik der KfW national und international massiv unter Druck.

Die Finanzierung von Kohlekraftwerken und deren Infrastruktur steht nicht nur im Widerspruch zur eigenen Wahrnehmung der KfW als „Klimabank“, sondern auch zu den umwelt- und klimapolitischen Zielen der Bundesregierung. Kohle ist der CO<sub>2</sub>-intensivste fossile Energieträger und ihre Verbrennung damit einer der Hauptverursacher des Klimawandels. Die KfW argumentiert, dass durch den Bau neuer, effizienter Kohlekraftwerke oder die Moderni-

sierung bestehender Anlagen CO<sub>2</sub> eingespart wird. Doch selbst die effizientesten Kohlekraftwerke stoßen noch zu viel CO<sub>2</sub> aus und gefährden so das Klima.

Der diesjährige Bericht des Weltklimarats IPCC warnt, dass der Neubau von Kohlekraftwerken und Modernisierungen, die zu einer Laufzeitverlängerung führen, nicht mit dem vereinbarten Ziel der internationalen Staatengemeinschaft vereinbar sind, die globale Klimaerwärmung auf einen Temperaturanstieg von maximal 2° C zu begrenzen.



Zwischen 2006 und 2013 hat die KfW international Kohleprojekte in Höhe von rund 3,3 Milliarden Euro finanziert. Sie hat damit in dieser Zeit weltweit zur Realisierung von mindestens 13 Kohlekraftwerken, mehreren Modernisierungen, zwei Kohleminen und zwei Kohlehäfen beigetragen.

KOHLEKRAFTWERK MODERNISIERUNG MINE KOHLEHAFFEN

### Der Großteil der KfW-Kohlefinanzierung wird nicht eingeschränkt

Im Mai 2014 kündigte die Bundesregierung eine Überprüfung der KfW-Kohlefinanzierung an. Im September 2014 beim Klimagipfel in New York verkündete daraufhin Bundesumweltministerin Barbara Hendricks einen „kleinen Kohleausstieg“ für rund ein Drittel der bisherigen Auslands-Kohlefinanzierungen der KfW: im Rahmen der klima- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sollen in Zukunft keine neuen Kohlekraftwerke mehr durch KfW Entwicklungsbank und DEG finanziert werden. Modernisierungen von Kohlekraftwerken können nur noch stark eingeschränkt finanziert werden.

Nach fast achtmonatiger Prüfphase verkündete die Bundesregierung im Dezember 2014, dass der Großteil der KfW Kohlefinanzierungen, nämlich die Exportkredite der KfW IPEX-Bank, weiter laufen wie bisher. Zwar wurde der

Mindesteffizienzwert um einen Prozentpunkt erhöht auf 43 Prozent für Braunkohlekraftwerke und auf 44 Prozent für Steinkohlekraftwerke. Praktisch bedeutet dies jedoch keine Einschränkung, da weniger effiziente Kohlekraftwerke ohnehin nicht mehr exportiert werden.<sup>40</sup> Außerdem sollen die Kraftwerke in der Lage sein, Carbon Capture and Storage<sup>41</sup> zu nutzen, sollte diese Technologie einsetzbar sein. Zukünftig sollen Kohlekraftwerke nur noch in Länder exportiert werden können, die eine Klimaschutzpolitik haben und die Kohlekraftwerke müssen mit dieser Politik kohärent sein. Ob diese Einschränkung einen einzigen zukünftigen Export verhindern wird, muss sich zeigen. Die Bundesregierung gibt damit den Forderungen aus der Industrie nach. Da es in Deutschland keinen Markt mehr für den Bau von Kohlekraftwerken gibt, setzen die Anlagengbauer auf den Export, statt die Zeichen der Zeit zu

40) Mihm Andreas, FAZ 23.12.14: Deutsche Kohlekraftwerke für die Welt: <http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/energiepolitik-deutsche-kohlekraftwerke-fuer-die-welt-13339542.html> (Jan. 15)

41) Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub>.



erkennen und konsequent auf zukunftsfähige Technologien umzubauen. Für das Auslandsgeschäft sind sie nach eigenen Aussagen auf Exportbürgschaften und zinsgünstige KfW IPEX-Bank Kredite angewiesen.

Von einem der jüngsten Kredite der IPEX für ein Kohlekraftwerk profitiert der fossile Kraftwerksbauer Hitachi Power Europe mit Sitz in Duisburg. Für den Bau des Braunkohlekraftwerks Ptolemaida 5 in Griechenland hat die IPEX die Betreibergesellschaft PPC bei der Finanzierung beraten, die Hermesbürgschaft arrangiert und einen Exportkredit über 200 Millionen Euro gewährt.<sup>42</sup> Bisher ist sie der einzige Investor, die EIB, die anfangs auch für eine Finanzierung in Frage kam, verfolgt das Projekt nicht weiter, weil ihre Energiepolitik seit 2013 die Finanzierung von Kohlekraftwerken ausschließt.<sup>43</sup> Das Kraftwerk mit einer geplanten Leistung von 660 Megawatt soll 2018 ans Netz gehen.

Mit der Finanzierung von Ptolemaida 5 trägt die IPEX dazu bei, den ambitionierten Ausbau von erneuerbaren Energien in Griechenland zu blockieren und sie zementiert den Braunkohlekurs des Landes auf Jahrzehnte. Mit einer angenommenen Laufzeit von 40 Jahren wird das Kraftwerk bis 2058 jährlich 4,6 Millionen Tonnen klimaschädliches CO<sub>2</sub> in die Luft blasen.



Die bestehenden Kohlekraftwerke Ptolemaida I-IV sollen um einen weiteren Block Ptolemaida V (660MW) erweitert werden. Die KfW IPEX-Bank ist momentan noch der einzige Investor für den Neubau, Bild: PattyK.

Auch der Kohlebergbau führt zu schweren Umweltkatastrophen in Indien. Der Großteil der Kohle wird in der Jharia Region in Zentralindien abgebaut. Ein besonderes Problem sind dort unkontrollierbare, unterirdische Kohlebrände. Die Menschen leben mitten dazwischen und atmen täglich giftige Gase ein. Viele sind dadurch gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Das passt den Bergbauunternehmen gut, denn so müssen sie für neue Minen die Menschen nicht mehr umsiedeln. Dies ist ein Grund, warum sie wenig Anstrengungen unternehmen,

**„Es ist doch schizophren, im eigenen Land die Energiewende zu fördern und gleichzeitig für die Standortsicherung Kohlekraftwerke zu exportieren. Als sei der Klimawandel ein nationales Problem.“**

Michalis Prodromou Klimacampaigner  
WWF Griechenland, April 2013<sup>44</sup>

### Indien: Leben im Kohle-Inferno

Doch Kohle ist nicht nur ein Problem für das Klima, sie führt zu jedem Zeitpunkt ihres Lebenszyklus zu schwerwiegenden sozialen und ökologischen Problemen. Am stärksten sind davon die Menschen vor Ort betroffen, die neben Kohlekraftwerken oder in Kohlebergbaugebieten leben.

Besonders gravierend ist die Situation in Indien. Dort ist in den letzten Jahren die Kohleenergie massiv ausgebaut worden. Kohlekraftwerke setzen bei der Verbrennung Schadstoffe wie Quecksilber und Arsen frei. Quecksilber

ist ein starkes Nervengift, das, aufgenommen über die Luft, besonders Lunge und das Zentrale Nervensystem schädigt. In einem Bericht beschreibt der Journalist Priyadarshini Sen, wie in der indischen Region Sonbhadra die Vergiftungserscheinungen bereits sichtbare Auswirkungen auf die Bevölkerung haben: Menschen mit leeren Blicken, deren Motorik gestört ist und die von einem unkontrollierten Zittern heimgesucht werden, sind dort ein alltägliches Bild.<sup>45</sup> Die Region ist durchsetzt von Kohlekraftwerken und Kohleminen, darunter auch Kohlekraftwerke der Firma NTPC, die in den vergangenen Jahren mehrere Firmenkredite von der KfW erhalten hat.

die Brände einzudämmen.<sup>46</sup>

Die KfW ist zur Zeit an der Finanzierung von mindestens sechs Kohlekraftwerken in Indien beteiligt. Die Finanzierung von Kohlekraftwerken führt in Indien wie auch weltweit dazu, dass mehr Kohle benötigt wird und immer neue Kohleminen erschlossen werden, mit massiven negativen Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt vor Ort.

**„Die Regierung möchte mehr Kohle, aber sie wirft dabei ihre eigene Bevölkerung weg.“**

Ashok Agarwal, Mitglied der Bürgergruppe Save Jharia Coal Field Committee in Indien<sup>49</sup>

42) Mr.Arthouros Zervos, President und CEO der Betreibergesellschaft PPC während einer Projektpräsentation im griechischen Parlament im März 2012.  
43) WWF Griechenland: <http://www.wwf.gr/en/campaigns/ptolemaida5-en> (Jan. 15)

44) Urgewald (2013): KfW und Kohlefinanzierung – klimaschädliche Geschäfte einer „grünen“ Staatsbank  
45) Priyadarshini Sen (2014): „Accursed Country“, Outlook India, 10.11.2014  
46) The New York Times International Weekly (28.11.14): India's Ruinous Pursuit of Coal. S. 1  
47) The New York Times International Weekly (28.11.14): India's Ruinous Pursuit of Coal. S. 1



Bisher schließt noch keine der KfW Geschäftssparten die Finanzierung des Kohlebergbaus aus. Im Entwicklungsbereich ist nach Aussagen der Bundesregierung das weitere Vorgehen im Bereich Kohleinfrastruktur noch nicht abschließend geklärt.<sup>50</sup> Dass Projekte einfach umbenannt werden können und dann nicht mehr in die Kategorie „Kohleinfrastruktur“ fallen, zeigt ein Kredit der KfW-Entwicklungsbank von 2012 für die Braunkohlemine Kolubara in Serbien.

### **Braunkohlemine Kolubara: „Maßnahme zum Schutze der Umwelt“**

## **„Die deutsche entwicklungs- politische Zusammenarbeit unterstützt im Zusammenhang mit der Kohlemine Kolubara in Serbien nur Maßnahmen zum Schutze der Umwelt.“**

BMUB<sup>49</sup>

Mit 74 Millionen Euro unterstützt die KfW Entwicklungsbank im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit ein modernes System zum Kohlequalitätsmanagement im Braunkohletagebau Kolubara.<sup>50</sup> Dabei wird Kohle unterschiedlicher Qualität gemischt und so der Heizwert homogenisiert, so dass bei der Verbrennung im Kraftwerk deutlich weniger Schweröl zugesetzt werden muss. Weil dadurch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringert wird, gilt das Projekt nicht als „Kohlebergbau-Finanzierung“, sondern als „Maßnahme zum Schutze der Umwelt“.

**„Es ist kaum zu glauben, dass in Deutschland tatsächlich versucht wird, den Kredit als reine Umweltschutzmaßnahme zu verkaufen. Der Betreiber EPS erklärt ganz klar, dass Dank dieser Technik neue Braunkohlefelder erschlossen werden können. Die werden dann genutzt, um neue Kraftwerke zu füttern.“** Zvezdan Kalmar, Klimacampaigner der serbischen NGO CEKOR

So lautet zumindest die deutsche Erklärung zur finanzierten Technik. Der Betreiber EPS jedoch verfolgt noch andere Pläne. Das neue System ermöglicht es ihm, Koh-

lefelder zu erschließen, die vorher aufgrund der schlechten Qualität der Kohle nicht wirtschaftlich nutzbar waren, deren Abbau sich dank der neuen Anlage nun aber lohnt. Die Verbrennung der neu erschlossenen Kohle stellt die CO<sub>2</sub>-Einsparungen durch die neue Anlage in den Schatten. Gerade weil die Finanzierung zur Erschließung neuer Braunkohlefelder führt, darf die KfW Entwicklungsbank nicht die Augen vor den massiven Umsiedlungsproblemen der Kolubara Mine verschließen.

Seit 2007 kämpfen die 1180 betroffenen Haushalte der Gemeinde Vreoci für die Anerkennung ihrer Rechte, während der Tagebau immer näher an ihre Häuser rückt. Schon längst hätten die Menschen umgesiedelt werden müssen. Die EinwohnerInnen von Vreoci sind rund um die Uhr den Emissionen des Kohleabbaus ausgesetzt. Der Kohlestaub setzt sich in den Atemwegen ab und verursacht Asthma sowie andere Krankheiten. Einige BewohnerInnen wurden bereits umgesiedelt. Andere warten seit Jahren darauf und wissen nicht, wie und wann es weitergeht.

Die KfW-Finanzierung unterstützt den Braunkohlekurs Serbiens, wo 70 Prozent der Energie aus Braunkohle stammt. Davon profitiert v.a. die Firma EPS - ein Unternehmen, das nach Aussage serbischer Umweltorganisationen einer der Hauptblockierer des Ausbaus erneuerbarer Energien ist, unter Korruptionsverdacht steht und verantwortungslos mit den Menschen vor Ort umgeht.



Die Schule von Vreoci ist 400 Meter von der Tagebau-Kante entfernt. Viele SchülerInnen klagen über Atemwegsprobleme.  
Bild: David Hoffmann, CEE Bankwatch Network



Der Braunkohltagebau Kolubara erstreckt sich auf einer Fläche von 1200 km<sup>2</sup>. Durch Oxidationsprozesse entstehen „spontane Kohlebrände“, deren Gase zu massiven Gesundheitsproblemen bei den Menschen in den angrenzenden Gemeinden führen.  
Bild: David Hoffmann, CEE Bankwatch Network

### **Socar STAR Raffinerie: versteckte Kohlefinanzierung**

Der aserbaidjanische Ölkonzern SOCAR plant in der Nähe der türkischen Stadt Izmir den Bau einer Ölraffinerie mit angeschlossenem Kohlekraftwerk. Die KfW IPEX-Bank unterstützt dieses Projekt mit einem Kredit über 148 Millionen US-Dollar.<sup>51</sup> Obwohl das Kohlekraftwerk Teil der Anlage ist und den überschüssigen Strom nach außen verkaufen will, wird es in der Umwelt- und Sozialprüfungsstudie der Raffinerie nicht erwähnt.<sup>52</sup>

In zwei separaten Boilern soll im Kraftwerk sowohl Kohle als auch Petrolkoks verbrannt werden. Petrolkoks ist ein Brennstoff, der aus schweren Ölen gewonnen wird, die als Nebenprodukt im Raffinerieprozess anfallen. Ähnlich wie die Kohle besteht Petrolkoks im wesentlichen aus Kohlenstoff, setzt jedoch bei der Verbrennung mehr Schadstoffe frei.

Die KfW finanziert mit der Raffinerie aber nicht nur ein besonders schmutziges Kohlekraftwerk. Durch ihre Finanzierung trägt sie dazu bei, dass auf der gleichen Fläche ein geplantes Geothermiekraftwerk nicht gebaut werden kann. Tatsächlich existierte auf dem Areal der Raffinerie nämlich schon eine Lizenz: 13 Monate vor dem Antrag für die Raffinerie hatte die Firma Buhar Enerji eine Lizenz für 30 Jahre erhalten, um vorhandene Heißwasserquellen für ein Geothermiekraftwerk zu nutzen. Doch Socar STAR hat großes politisches Gewicht und das Interesse an der Raffinerie ist groß. Dementsprechend wurde im Februar 2014 im türkischen Parlament ein Gesetz erlassen, nach dem Geothermie-Lizenzen bestimmten anderen Investitionsvorhaben künftig nicht mehr entgegenstehen dürfen.<sup>53</sup> Somit landet nicht nur KfW-Geld statt in sauberer in extrem verschmutzender Energie, sondern zusätzlich wird damit noch der Ausbau sauberer Energie aktiv behindert.

48) Das Parlament Nr. 42, 13. Oktober 2014  
49) Das Parlament Nr. 42, 13. Oktober 2014  
50) KfW-Position zur Förderung von Kohlekraft in Serbien: <https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Pressematerial/Themen-kompakt/Serbien/> (Dez. 14)

51) KfW IPEX-Bank (2014): Finanzierungen im Nahen und Mittleren Osten. Präsentation: [http://www.numov.org/de/wirtschaftsforum-nah-und-mittelost/doc\\_view/1411-finanzierungen-im-nahen-und-mittleren-osten](http://www.numov.org/de/wirtschaftsforum-nah-und-mittelost/doc_view/1411-finanzierungen-im-nahen-und-mittleren-osten) (Feb. 15)  
52) Banktrack dodgy deal: [http://www.banktrack.org/show/dodgydeals/socar\\_aegean\\_refi-](http://www.banktrack.org/show/dodgydeals/socar_aegean_refi-)

53) <http://www.welt.de/wirtschaft/article124982294/Die-deutschen-Handlanger-des-Oel-Despoten.html>  
nery#tab\_dodgydeals\_basics (Feb. 15)



# FORDERUNGEN ZU KOHLE

Um das globale Ziel zu unterstützen, die Klimaerwärmung auf maximal 2°C zu begrenzen, um gesundheitliche Schäden durch Kohleverbrennung zu vermeiden und den sozial und ökologisch zerstörerischen Kohlebergbau zu beenden, muss sich die gesamte KfW Bankengruppe konsequent aus der Kohlefinanzierung verabschieden. Dies beinhaltet den Ausschluss:

- der Finanzierung von Kohlekraftwerken: sowohl für den Neubau als auch für die Modernisierung bestehender Anlagen
- der Finanzierung von Kohlebergbau und dafür benötigte Maschinen und Technik
- der Finanzierung von Kohleinfrastruktur, wie etwa Häfen oder Bahnlinien, die dem Transport der Kohle dienen
- der Finanzierung von Unternehmen, die Techniken nutzen, um aus Kohle Gas (coal-to-gas) oder Öl (coal-to-liquids) zu gewinnen
- der größten Kohleunternehmen weltweit.

Um den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern, muss die KfW mögliche Mehrkosten, die dafür anfallen, mitfinanzieren können und von der Bundesregierung mit dafür notwendigen Mitteln ausgestattet werden.

Solange die KfW Bankengruppe noch Kohlekraftwerke finanziert, muss sie sich mit der Herkunft der Kohle und den Bedingungen des Abbaus auseinandersetzen.

## DIE KLIMAKILLER MEDUPI UND KUSILE



Die Kohlekraftwerke Medupi (in Lephalale) und Kusile (bei Witbank) befinden sich momentan noch im Bau. Nach einem Bericht des Sierra Club von 2011 schätzen die Berater von Eskom, dass 35 neue Kohleminen notwendig sein werden, um beide Kohlekraftwerke zu versorgen.  
Bild 1: Lucie Pinson, Friends of the Earth France, Bild 2: Agnes Nygren, Africa Groups of Sweden

Die KfW IPEX-Bank ist an der Finanzierung der baugleichen Kohlekraftwerke Medupi und Kusile in Südafrika beteiligt. Mit einer geplanten Leistung von jeweils 4800 Megawatt gehören beide Kraftwerke zu den größten weltweit. Betreiber ist der staatseigene Konzern Eskom, der 95 Prozent des Stroms in Südafrika generiert, 93 Prozent davon aus Kohle.<sup>54</sup> Eskom steht damit unter den Energiefirmen weltweit auf Platz fünf der größten CO<sub>2</sub>-Emittenten.<sup>55</sup>

Die IPEX-Bank ist 2008/2009 mit rund einer halben Milliarde Euro in die Finanzierung der beiden Kraftwerke eingestiegen. Zentrale Begründung für die Finanzierung war, dass die Kraftwerke dringend benötigt würden, „um den Zugang auch ärmerer Bevölkerungsschichten zu Energie zu verbessern und ständig wiederkehrende Versorgungsunterbrechungen zu verhindern“.<sup>56</sup>

54) Eskom electricity generation mix 2012: [http://financialresults.co.za/2012/eskom\\_ar2012/fact-sheets/013.php](http://financialresults.co.za/2012/eskom_ar2012/fact-sheets/013.php) (Jan 15)

55) CARMA Database: <http://carma.org/company>

56) Deutscher Bundestag 17.11.11: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen, Nov. 2011, Drucksache 17/7757

Doch Kohlestrom eignet sich nicht, um den Energiezugang für Menschen, die in Armut leben, zu verbessern. Zu diesem Schluss kommt unter anderem eine Studie der Nicht-Regierungsorganisation Oil Change International, die zeigt, dass keines der im Zeitraum zwischen 2008 und 2010 von der Weltbank finanzierten Kohlekraftwerke den Energiezugang für Einkommensschwache verbessert hat.<sup>57</sup> Auch die kirchlichen Entwicklungsorganisationen Brot für die Welt und Misereor bestreiten den nachhaltigen Entwicklungseffekt von Kohlekraftwerken. Die meisten Menschen, die keinen Strom haben, leben in ländlichen Gebieten, wohin Kohlestrom nur mit einem massiven Ausbau der Netze transportiert werden kann. „Selbst wenn der dafür notwendige politische Wille der jeweiligen Regierungen vorhanden wäre, wäre dies in vielen Fällen nicht wirtschaftlich, insbesondere angesichts der vorhandenen Alternativen, wie zum Beispiel Photovoltaik“, so die Organisationen.<sup>58</sup>

Besonders in Südafrika kommt der günstige Strom nicht den ärmeren Bevölkerungsschichten zugute. Im Gegenteil, denn dort profitiert die Industrie von speziellen Preisabkommen, während die Stromkosten für private Haushalte jährlich steigen.<sup>59</sup> Seit Baubeginn der Kraftwerke Medupi und Kusile müssen die Menschen vor Ort rund ein Drittel mehr für den Strom zahlen. Selbst unter Menschen mit Zugang zum Stromnetz, steigt damit die Energiearmut, weil sie sich die Stromkosten nicht mehr leisten können. Die Einführung von sogenannten Prepaid-Stromzählern führt bei unzähligen Haushalten zu automatischen Stromabklemmungen, weil der Energiebedarf mit dem vorhandenen Guthaben nicht gedeckt werden kann.

---

**„Die neuen Kohlekraftwerke werden auf Kosten der Armen gebaut. Sie verschärfen die Energieungerechtigkeit, denn die hohen Preise zwingen viele arme Haushalte dazu, ihren Energieverbrauch zu beschränken oder gänzlich auf Strom zu verzichten.“**

---

Sunita Dubey von der südafrikanischen Organisation GroundWork, April 2013

Kaum gestiegen sind demgegenüber die Stromkosten für energieintensive Unternehmen. Für sie sind die Stromkosten in Südafrika noch die niedrigsten weltweit.<sup>60</sup> „Günstige Energie in Massen“ ist seit Jahrzehnten Südafrikas wirtschaftliche Strategie, den Standort attraktiv zu machen. Äußerst erfolgreich hat Südafrika damit vor allem energieintensive Industrien wie Eisen-, Stahl- und Aluminiumproduktion und Petrochemie angelockt. Da die Hauptenergiequelle in Südafrika Kohle ist, gehört das Land nicht nur zu den größten CO<sub>2</sub>-Emittenten, sondern auch zu den Ländern mit der schlechtesten Luftqualität. Der Schadstoffgehalt der Luft ist an manchen Orten so schlecht, dass sie zu sogenannten „pollution hotspots“ ernannt wurden: Orte mit der weltweit schlechtesten Luftqualität. Etwa 2007 die Region Mpumalanga Highveld, die, auf einer Fläche kleiner als Baden-Württemberg, elf der 14 Eskom-Kohlekraftwerke beheimatet und das Zentrum des südafrikanischen Kohleabbaus ist. Das Kraftwerk Kusile wird in genau dieser Region gebaut. Atemwegs- und Herz-Kreislaufkrankungen sind bei den Menschen vor Ort alltäglich. Ein Gesundheitsbericht, den Eskom selbst in Auftrag gegeben hat, bestätigt, dass die Kraftwerke in der Highveld Region pro Jahr für 17 Todesfälle und rund 661 Krankenhausaufenthalte wegen Atemwegsproblemen verantwortlich sind.<sup>61</sup>

Ein weiteres großes Problem ist das Wasser; denn sowohl die Kohlekraftwerke als auch die Kohleminen benötigen große Mengen des kostbaren Gutes. Wasser ist knapp in Südafrika, Regenfälle sind selten und ungleich verteilt. Viele Dörfer sind nicht an sauberes Trinkwasser angeschlossen. Die beiden Kraftwerke sollen zwar wassersparende Technik verwenden, dennoch ist der Wasserverbrauch für die Kraftwerkskühlung und den Antrieb der Turbinen für ein Land mit Wasserknappheit zu hoch. Allein für Kusile werden am Tag 71 Millionen Liter gebraucht.<sup>62</sup> Zusätzlich verbrauchen die Kohleminen, die die Kraftwerke füttern, große Mengen Wasser zur Staubbildung und zum Waschen der Kohle und verschmutzen die Gewässer in der Umgebung mit Minenabraum.



Die Region Mpumalanga Highveld ist durchsetzt von Kohleminen. Die Menschen leben in ihrer unmittelbaren Nähe. Atemwegserkrankungen sind an der Tagesordnung. Bilder: Agnes Nygren, Africa Groups of Sweden

Um Medupi, in der Provinz Lephale und die dazugehörigen Kohleminen<sup>63</sup> mit Wasser zu versorgen, sollen verschiedene Flüsse in der Gauteng Region nach Lephale geleitet werden.<sup>64</sup> Da das Wasser aus Gegenden kommt, die mit saurem Grubenwasser kontaminiert sind<sup>65</sup>, befürchten die Menschen in der Medupi Region eine großflächige Verseuchung der Flüsse.

Während Milliarden für die Wasserversorgung der Minen und der Kraftwerke ausgegeben werden, gibt es keine Pläne oder Gelder, um die Menschen in der Region und in den ländlichen Gebieten mit sauberem Trinkwasser zu versorgen.

Mit Medupi und Kusile finanziert die KfW nicht nur den Klimawandel. Sie trägt auch bei zur Verschlechterung der Luftqualität, zu ökologischen und sozialen Problemen um die Kohleminen und zu einer Verschärfung der Wasserkrise.

57) Mainhardt-Gibbs, Bast Elizabeth 2010: World Bank Group Energy Financing: Energy for the poor? Oil Change International: [http://priceofoil.org/content/uploads/2010/10/ociwb\\_energyaccessfin.pdf](http://priceofoil.org/content/uploads/2010/10/ociwb_energyaccessfin.pdf) (Jan. 15)

58) Brot für die Welt, Misereor (2014): Energiearmut nachhaltig überwinden – Keine Entwicklungsfinanzierung für Kohlekraft.

59) <http://www.bdlive.co.za/business/energy/2014/10/03/electricity-prices-to-rise-13-to-offset-eskom-costs>

60) GroundWork (2014): Slow Poison: Air Pollution, Public Health and Failing Governance: <http://www.groundwork.org.za/specialreports/Slow%20Poison%20%282014%29%20groundWork.pdf> (Jan. 2015)

61) Sourced TV (2014): <http://www.goldmanprize.org/blog/south-africa%E2%80%99s-killer-coal> (Jan. 15)

62) Groenewald, Yolandi (Greenpeace), Juni 2012: Coal's hidden water cost to South Africa.

63) Die Kohle für das Kohlekraftwerk Medupi wird vor allem aus der Grootegeluk Mine in der Provinz Limpopo kommen, die dafür erweitert wurde. Eskom hat mit den Minenbetreiber Exxaro Energy eine jährliche Abnahme von 14,6 Millionen Tonnen Kohle über die nächsten 40 Jahre vereinbart: <http://www.exxaro.com/index.php/exxaros-grootege-luk-medupi-expansion-project-breaks-ground-in-lephalale/> (Jan. 15)

64) Business Day online (Oktober 14): Lephale water project awaits Treasury guarantees: <http://www.bdlive.co.za/national/science/2014/10/16/lephale-water-project-awaits-treasury-guarantees> (Jan. 15)

65) Mail and Guardian Oktober 2014: Alarm over plan to pump acid mine drainage into the Vaal: <http://mg.co.za/article/2012-10-14-alarm-over-plan-to-pump-acid-mine-drainage-into-the-vaal> (Jan. 15), Department Water and Sanitation South Africa: <https://www.dwa.gov.za/Projects/crocodilemaintenance/default.aspx> (Jan. 15)



## IV.3. GUTE MIENE ZU BÖSER MINE: KfW UND ROHSTOFFE

Der Rohstoffsektor spielt insbesondere für die KfW IPEX-Bank in mehrfacher Hinsicht eine große Rolle. Es ist Teil ihres gesetzlichen Auftrags, durch Finanzierungen zur Rohstoffsicherung für die deutsche Industrie beizutragen. Außerdem ist Bergbau ein bedeutender Sektor für den Export deutscher Maschinenteknologie.

Rund 2 Milliarden Euro, etwa 15 Prozent ihres Kreditportfolios, investierte die IPEX-Bank 2013 in den Bereich Grundstoffindustrie mit Schwerpunkt Rohstoffsicherung.<sup>66</sup> Auch KfW Entwicklungsbank und DEG finanzieren Rohstoffprojekte, jedoch in deutlich geringerem Maße: Bei der DEG lag 2013 der Anteil mit rund 10 Millionen Euro bei 0,7 Prozent ihrer Neuzusagen<sup>67</sup> und die KfW Entwicklungsbank hat, ihrer Projektdatenbank zufolge, 2013 kein Projekt im Bereich Bergbau finanziert. Finanzierungen über Finanzintermediäre, die über Kredite für Banken oder Beteiligungen an Fonds in den Bereich Bergbau fließen, sind in diesen Zahlen nicht eingerechnet.

Ein grundlegendes Problem bei Finanzierungen im Rohstoffsektor ist, dass wichtige Rohstoffvorkommen in Ländern liegen, die schwere Menschenrechtsprobleme haben sowie eine lückenhafte Umweltgesetzgebung und schwache Umweltbehörden. So nutzt z.B. der Schweizer Rohstoffgigant und KfW IPEX-Bank-Kunde Glencore in der DR Kongo schwache Umweltbehörden und -gesetze. Das Konzessionsgebiet für die von Glencore mitbetriebene Mutando Kupfermine befindet sich mitten in einem Wildschutzgebiet. Das kongolesische Bergbaugesetz verbietet jede menschliche Aktivität in derartigen Schutzgebieten, so dass die Lizenz niemals hätte erteilt werden dürfen. Trotzdem kann das Unternehmen dort ungehindert Kupfer fördern, ohne sich um den Schutz bedrohter Wildtiere kümmern zu müssen.<sup>68</sup>

### Bergbau ist ein schmutziges Geschäft

Der Abbau von Rohstoffen geht mit sozialen und ökologischen Problemen einher: Schadstoffemissionen in Luft, Wasser und Boden, Entwaldung, Landverlust, Umsiedlung oder die Zunahme von Gewalt und sexueller Ausbeutung sind häufig beobachtete Folgen des Bergbaus. Oft kommt es zudem zu groben Verletzungen von Arbeits- und Menschenrechten der in den Minen beschäftigten ArbeiterInnen.

Eine typische Folge des Bergbaus ist, dass Gewässer und Böden um die Minen durch Auswaschungen aus den abgebagerten Bodenschichten oder durch die verwendeten, hochgiftigen Chemikalien schwer kontaminiert sind. Ein Beispiel dafür ist die von der KfW in den 80er Jahren mitfinanzierte Grasberg Mine in Indonesien. Die Mine ist eine der weltweit größten Gold- und Kupferminen und vor allem eine der „schmutzigsten Minen der Welt“.<sup>69</sup> Seit mehreren Jahrzehnten werden dort täglich 238.000 Tonnen Giftstoffe in einen nahegelegenen Fluss „entsorgt“. Die KfW verweist bei Kritik an diesem Projekt darauf, wie lange die Finanzierung zurückliege. Die Umweltprobleme vor Ort bleiben jedoch bestehen und werden immer größer.

Aber auch neuere Projekte verursachen große Probleme. So hat beispielsweise der Viehzüchter Paco Abreu, der in der Nähe der von der IPEX-Bank mitfinanzierten (2010) Pueblo Viejo Mine in der Dominikanischen Republik lebt, 400 Kühe verloren, weil sie kontaminiertes Flusswasser getrunken hatten. Den Landwirten der nahen Kakao-Kooperative verfaulen die Früchte an den Bäumen. Die Minenbetreiber versuchen das Problem zu lösen, indem sie den Familien der angrenzenden Dörfer alle drei Tage 20 Flaschen Wasser zur Verfügung stellen. Doch die Landwirtschaft rettet das nicht, die Böden der ehemals fruchtbaren Region sind kontaminiert und die Kleinbauern verlieren ihre Ernährungs- und Einkommensgrundlagen (siehe S. 38).

### Rohstoffreichtum – für viele mehr Fluch als Segen

Für die Ausbeutung der Rohstoffe zahlen die Menschen in den Bergbauregionen der Welt einen hohen Preis: oftmals nimmt die Verelendung der Region durch den Bergbau mit den damit einhergehenden Umwelt- und Gewässerverschmutzungen massiv zu.

Zudem lockern einige Länder ihre Gesetze, um internationale Konzerne anzulocken oder befreien sie von den geltenden (Steuer-)Gesetzen. So hat zum Beispiel der amerikanische Bergbaugigant Newmont Mining in Indonesien spezielle Ausnahmen vom Bergbaugesetz ausgehandelt. Diese erlauben ihm, Rohstoffe und – größtenteils – auch Gewinne außer Landes zu leiten, ohne die im Bergbaugesetz festgeschriebenen Abgaben dafür zu zahlen.<sup>70</sup> Wenn es keine so expliziten Abmachungen gibt, finden multinationale Konzerne andere Wege, um das Zahlen von Abgaben und Steuern zu umgehen. Eine Möglichkeit dafür sind konzerninterne Gewinnverlagerungen, wie sie etwa Glencore in Sambia betrieben hat. Zu erwarten ist dies zudem im Fall der Kupfer- und Goldmine Oyu Tolgoi in der Mongolei, an deren Finanzierung die KfW IPEX-Bank beteiligt ist.<sup>71</sup>

### Oyu Tolgoi: Kupfer und Gold im Gobi-Sand

Oyu Tolgoi ist die größte ausländische Einzelinvestition in der Mongolei. Es wird dort eines der größten unerschlossenen Kupfervorkommen der Welt vermutet. Die Kosten für die Erschließung der Mine wurden 2012 mit 13,2 Milliarden US-Dollar veranschlagt. Wenn der Abbau in die kommerzielle Phase geht, soll dies das mongolische Brutto sozialprodukt um bis zu 30 Prozent steigern.

Ob sich diese Erwartung jedoch erfüllt, ist fraglich, denn die Minenbetreiber haben einen Weg gefunden, einen Teil ihrer Gewinne an der Steuer vorbei zu schleusen. 2009 wurde von den Minenbetreibern eine kleine Firma, Turquoise Hill Netherlands, mit drei Mitarbeitern in Amsterdam gegründet. Fünf Jahre vorher hatten die Mongolei und die Niederlande ein Steuerabkommen abgeschlossen. Dieser Vertrag gegen Doppelbesteuerung erlaubt es Firmen, die in den Niederlanden registriert sind, Einkommen aus den in der Mongolei verdienten Dividenden, Nut-

zungsgebühren und Zinsen ohne Kapitalertragssteuer in die Niederlande zu leiten.

Im Fall Turquoise Hill Netherlands profitiert der Bergbaukonzern Rio Tinto von dem holländisch-mongolischen Abkommen. Denn Turquoise Hill Netherlands ist eine Tochter der kanadischen Turquoise Hill Resources, die zu 51 Prozent Rio Tinto gehört. Turquoise Hill Resources besitzt zwei Drittel der Oyu Tolgoi Mine, ein Drittel gehört dem mongolischen Staatskonzern Erdenes Oyu Tolgoi. Doch bis der Anteil der Regierung realen Gewinn abwirft, wird es wohl noch 20-30 Jahre dauern. Ein zwischen den Minenbetreibern und der mongolischen Regierung 2009 abgeschlossenes Investitionsabkommen sieht vor, dass kein Gewinn ausgeschüttet wird, bis die Schulden des Projektes abgezahlt sind. Das Abkommen friert zudem alle Gesetze auf dem Stand von 2009 ein, was heißt, dass eventuelle Gesetzesänderungen im Bereich Steuern, Umwelt, Menschenrechte nicht für Oyu Tolgoi gelten. Da der mongolischen Regierung inzwischen aufgegangen ist, auf was für schlechte Bedingungen sie sich eingelassen hat, verhandelt sie mit Rio Tinto nach. Dieser Prozess dauert nun schon viele Monate, ohne dass sich die Parteien bisher hätten einigen können.<sup>72</sup>

### Problematische Geschäftspartner

In kaum einem anderen Sektor tummeln sich so viele Unternehmen, die in Verbindung mit Menschenrechtsverletzungen stehen wie im Bergbau. Auf einer Rohstoffkonferenz präsentierte die KfW IPEX-Bank eine Liste ihrer Rohstoff-Kunden.<sup>73</sup> Ein Who-is-Who der größten und umstrittensten Bergbaukonzerne der Welt (siehe folgende Grafik).

66) KfW IPEX-Bank (2014): Geschäftsbericht 2013: <https://www.kfw-ipex-bank.de/PDF/Presse/Download-Center/2014-05-06-KfW-IPEX-Bank-Gesch%C3%A4ftsbericht-2013.pdf> (Okt. 14)

67) KfW Bankengruppe (2014): Geschäftsbericht 2013: [https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Finanzpublikationen/PDF-Dokumente-Berichte-etc./1\\_Gesch%C3%A4ftsberichte/Gesch%C3%A4ftsbericht\\_2013.pdf](https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Finanzpublikationen/PDF-Dokumente-Berichte-etc./1_Gesch%C3%A4ftsberichte/Gesch%C3%A4ftsbericht_2013.pdf) (Okt. 14)

68) Brot für Alle, Fastenopfer (2014): Glencore im Kongo: ungelöste Problem: [http://www.brotfueralle.ch/fileadmin/deutsch/2\\_Entwicklungspolitik\\_allgemein/C\\_Wirtschaft%20und%20MR/Landgrab/2014\\_Glencore/Executive\\_summary\\_final\\_d.pdf](http://www.brotfueralle.ch/fileadmin/deutsch/2_Entwicklungspolitik_allgemein/C_Wirtschaft%20und%20MR/Landgrab/2014_Glencore/Executive_summary_final_d.pdf) (Nov. 14)

69) Nestler, Franz (2013): Größte Mine der Welt geschlossen. IN FAZ online: <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/devisen-rohstoffe/indonesien-groesste-mine-der-welt-geschlossen-12213483.html> (Okt. 14)

70) Pas van der, H., Damanik, R. (2014): The case of Newmont Mining vs Indonesia: <http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/newmont-indonesia-case-4.pdf> (Jan. 2015)

71) <http://www.reuters.com/article/2013/05/03/riotinto-oyutolgoi-idUSL3N0DK1720130503> (Dez. 14); Weiterer Hinweis, dass die KfW IPEX-Bank an der Finanzierung beteiligt ist, gibt ein Brief an das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“: [http://www.ivanhoecapital.com/pdf/Der\\_Spiegel\\_response\\_August\\_15\\_2013.pdf](http://www.ivanhoecapital.com/pdf/Der_Spiegel_response_August_15_2013.pdf) (Nov. 14)

72) Financial Times 05.11.14: Mongolia prime minister ousted as economy reels: <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/30c1ff42-64d6-11e4-bb43-00144feabdc0.html> (Jan. 14)

73) KfW IPEX (2013): Finanzierung von Rohstoffprojekten – Herangehensweise einer Bank, insbes. Nutzung von sog. UFK-Deckungen BGR-Rohstoffkonferenz 2013: [http://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DERA/DE/Downloads/Apel\\_BGR-Rohstoffkonfe-](http://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DERA/DE/Downloads/Apel_BGR-Rohstoffkonfe-)

# ROHSTOFF-KUNDEN DER KFW IPEX-BANK

## goldcorp

**Goldcorp:** Das kanadische Bergbauunternehmen betreibt 16 Goldminen von Kanada bis Südamerika. Goldcorp wird immer wieder für massive Schwermetallbelastungen im Umfeld seiner Minen kritisiert. Rund um die Marlin Goldmine in Guatemala ist das Trinkwasser so stark mit Schwermetallen kontaminiert, dass im Blut der AnwohnerInnen erhöhte Konzentrationen an Blei, Quecksilber und Arsen nachgewiesen wurden.

## BARRICK

**Barrick:** Mit 27 laufenden Minen ist Barrick der weltweit größte Goldproduzent. Die massive Wasser-, Luft-, und Bodenverschmutzung durch das Pascua Lama Gold Projekt an der chilenisch-argentinischen Grenze bescherte Barrick 2011 eine OECD Beschwerde. Auch die AnwohnerInnen um die Pueblo Viejo Mine im Bergregenwald der Dominikanischen Republik leiden unter hochgradig kontaminierten Böden (siehe S. 38). Aufgrund häufiger Umweltverstöße wird Barrick von zehn institutionellen Anlegern ausgeschlossen. Unter anderem vom norwegischen Pensionsfonds, der NORGES Bank und der norwegischen KLP.

## GLENCORE INTERNATIONAL AG

**Glencore:** Willkürliche Festnahmen, Vertreibung und die Missachtung des Rechts der indigenen Bevölkerung auf angemessene Mitbestimmung (FPIC) bei der Kupfer- und Goldmine Tampakan auf den Philippinen führten im August 2014 zu einer Anklage Glencores vor dem UN-Menschenrechtsrat. Die Europäische Investitionsbank hat 2011 sämtliche Kredite für den Konzern wegen schlechter Unternehmensführung auf Eis gelegt.



**Antofagasta:** Das chilenische Unternehmen gehört zu den größten Kupferproduzenten weltweit. Um den Abraum der Mine Los Pelambres zu lagern, errichtete Antofagasta einen der größten Abraumdämme der Welt. Und obwohl das Gebiet besonders erdbebengefährdet ist, ist der Damm nicht für starke Beben ausgelegt. Für die darunterliegenden Dörfer mit seinen 17,000 EinwohnerInnen ist der Damm eine tickende Zeitbombe.

**Vale:** Das brasilianische Bergbauunternehmen Vale blickt auf eine 70-jährige Firmengeschichte aus Menschenrechtsverstößen, unmenschlichen Arbeitsbedingungen und rücksichtsloser Naturausbeutung zurück. Für die Moatize Kohlemine in Mosambik etwa wurden mehr als 1,360 Familien zwangsumgesiedelt, haben dabei ihr Einkommen verloren und leiden nun unter extremer Armut. Proteste gegen die unzureichenden Kompensationen werden mit Gewalt unterdrückt.

**ThyssenKrupp:** Das ThyssenKrupp Stahlwerk in Brasilien steht für Missmanagement und Umweltverschmutzung par excellence. Seit Jahren häufen sich Klagen und Strafen wegen anhaltender Umweltbelastungen und gesundheitlicher Risiken für die Anwohner durch den toxisch belasteten Stahlwerksstaub. Auch im Rüstungssektor scheut Konzerntochter TKMS (ThyssenKrupp Marine Systems) nicht vor der Lieferung von U-Booten und Fregatten in menschenrechtlich brisante Länder wie Singapur, Ägypten oder Algerien zurück.

## RioTinto

**Rio Tinto:** Im Mai 2013 kamen beim Einsturz eines Bergwerkstunnels bei der Grasberg Mine in Indonesien 28 Menschen ums Leben. Streiks sind seither an der Tagesordnung – bisher jedoch ohne großen Erfolg. Wegen seiner kontroversen Geschäftspraktiken steht Rio Tinto seit Jahren auf der Ausschlussliste des norwegischen Pensionsfonds, der NORGES Bank und der norwegischen KLP.



## Glencore: Wir pfeifen auf die Umwelt

Dem Schweizer Rohstoffhändler und Bergbauriesen Glencore wird vorgeworfen, in zahlreichen Ländern Menschenrechte zu verletzen, Umweltverschmutzung billigend in Kauf zu nehmen und einen aggressiven Steuerkurs zu fahren.

In Kolumbien ist Glencore wichtiger Anteilseigner der Cerrejón Mine. Zahlreiche Gemeinden mussten den Tagebauen weichen, ohne angemessen umgesiedelt oder entschädigt worden zu sein. Des Weiteren besitzt Glencore in der Region Cesar das Unternehmen Prodeco. Diesem wird vorgeworfen, über viele Jahre mit paramilitärischen Einheiten kooperiert und diese finanziert zu haben. Nach Aussagen ehemaliger Paramilitärs war die Finanzierung durch Prodeco und den US-Konzern Drummond eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau der paramilitärischen Einheiten im Cesar. Den finanzierten Einheiten werden mehr als 3.000 Morde und über 50.000 Vertreibungen vorgeworfen.<sup>74</sup>

Geschätzt befinden sich 70 Prozent der Glencore-Produktionsstätten in politisch brisanten Ländern wie Kolumbien, Kasachstan, Äquatorialguinea oder in der DR Kongo.<sup>75</sup> Neben sozialen und ökologischen Problemen rund um die Minen wird Glencore wegen massiver Steuervermeidung kritisiert. Es ist Glencore zudem ein besonderer Dorn im Auge, wenn seine ArbeiterInnen sich organisieren. In Süd-

afrika entließ Glencore im Juni 2013 1000 MinenarbeiterInnen nach einem Streik in einer Chrommine.<sup>76</sup>

Die Europäische Investitionsbank hat 2011 bis auf weiteres alle neuen Kredite an Glencore eingefroren. Der Grund dafür sind Zweifel an der Unternehmensführung, insbesondere wegen Vorwürfen der Steuervermeidung und gravierender Umweltprobleme bei der Mopani Kupfermine in Sambia. Nach einem Inspektionsbericht der sambischen Umweltbehörde ZEMA hat die Anlage, die das Kupfererz verarbeitet noch 2013 Emissionswerte für Schwefeldioxid und andere Schwermetalle massiv überschritten – zum Teil bis zu 200-fach über dem gesetzlichen Grenzwert.<sup>77</sup> Aktuell muss sich das Unternehmen für den Tod einer Lokalpolitikerin vor Gericht verantworten, die an akutem Atemversagen verstarb, ausgelöst durch das „Einatmen giftiger Dämpfe“. Bauern aus der Umgebung, die wegen der hohen Schwefeldioxid-Ausstöße aus der Fabrik unter Ernteaufällen litten, hat Glencore inzwischen eine minimale Entschädigung zukommen lassen, allerdings nicht als Schuldeingeständnis, sondern lediglich als „Geste des guten Willens“.<sup>78</sup>

Obwohl all diese Probleme wohl dokumentiert und bekannt sind, gewährte die KfW IPEX-Bank Glencore in den letzten Jahren Kredite in einer Gesamthöhe von knapp 400 Millionen Euro.



Die Mine El Cerrejón erstreckt sich über 69.000 Hektar. Sie ist eine der größten Steinkohleminen weltweit. Bilder: Sebastian Rötters, PowerShift

74) Pax (2014): The dark side of coal. Paramilitary violence in the region of Cesar, Colombia.

75) Erklärung von Bern (2011): Rohstoff.

76) Reuters (2013): Glencore fires 1,000 workers over wildcat strikes in S.Africa: <http://www.reuters.com/article/2013/06/03/sfrica-strikes-chrome-idUSL5N0EF0WG20130603> (Okt. 14).



### INITIATIVE FOR RESPONSIBLE MINING ASSURANCE (IRMA)

Nach Beratungen mit der Weltbank, Industrie, Regierungen, Indigenen, lokalen Gemeinden und Nicht-regierungsorganisationen (NRO) hat ein Expertengremium im Jahr 2004 die so genannte Extractive Industries Review (EIR) vorgelegt. Dabei handelt es sich um einen von der Weltbank in Auftrag gegebenen Bericht, der die Rohstoffprojekte der Weltbank kritisch auf ihre Wirkung zur Armutsbekämpfung überprüft und darauf aufbauend Reformempfehlungen für zukünftige Finanzierungen der Weltbank formuliert hat.

Diese Empfehlungen umfassen die Forderung nach verbesserter Regierungsführung und transparentem Ertragsmanagement. Letzteres beinhaltet eine gerechte Verteilung der Rohstoffeinkünfte zwischen lokaler, regionaler und nationaler Ebene, so dass auch die armen Teile der Gesellschaft von Rohstoffprojekten profitieren können. Der Schutz indigener Rechte wird ebenfalls angemahnt wie auch ein besserer Schutz vor Menschenrechtsverletzungen. Darüber hinaus empfahl das Expertengremium der Weltbank, aus der Förderung fossiler Energien auszusteigen. Die Weltbank hat diese Forderungen bisher wenig beherzigt.

Über die EIR-Empfehlungen hinaus gibt es im Bergbausektor eine ganze Reihe freiwilliger Initiativen und Standards, die einzelne Rohstoffe oder spezielle Bergbautechniken regeln.

Am umfassendsten gilt aktuell die IRMA-Initiative (Initiative for Responsible Mining Assurance). Die konkreten Richtlinien befinden sich noch in der Kommentierungsphase, eine Veröffentlichung ist erst für Ende 2015 geplant. Der Erarbeitung der Richtlinien ist ein sechsjähriger Multistakeholder-Dialog vorausgegangen, an dem auch vom Bergbau betroffene Gemeinschaften sowie indigene Gruppen beteiligt waren. Die Initiative habe zumindest das Potenzial, ein zivilgesellschaftlich legitimerer breiter Ansatz für umfassende Sektorrichtlinien zu werden, heißt es aus Beteiligten-Kreisen. Nach bisherigem Stand sind etwa bei der Beteiligung und Mitbestimmung von indigenen Völkern Vorgaben strenger und besser ausformuliert und lassen weniger Gestaltungsspielraum als andere Richtlinien (etwa die IFC Performance Standards) zu.

77) Im Juni 2014 hat Glencore endlich die seit langem versprochene Filteranlage in Betrieb genommen. Aber auch seitdem läuft es nicht reibungslos. Im August entwichen aus einem Leck in der Anlage wieder massiv Schwefeldioxid-Dämpfe. Mehrere Bewohner der angrenzenden Wohnsiedlung mussten ärztlich behandelt werden.

78) Gehriger, R., SRF online 22.10.14: Asthma-Tote in Sambia: Angehörige ziehen Glencore vor Gericht: <http://www.srf.ch/news/international/asthma-tote-in-sambia-angehoerige-ziehen-glencore-vor-gericht> (Nov. 14).



**„BERGBAU IST EIN SCHMUTZIGES GESCHÄFT.  
UND TROTZDEM FINANZIERT DIE DEG IN BRASILIEN EINEN  
MINENBETREIBER. MIT GUTEM GEWISSEN.“<sup>79</sup>**

... schreibt die DEG in ihrem Jubiläumsmagazin zu der Finanzierung einer Quarz- und Dolomitmine in Brasilien. „Bergbau ist eine Branche, wo man genauer hinschauen muss“, schildert der DEG Mitarbeiter und Projektbeauftragte Bertram Dreyer die Schwierigkeit, Bergbauprojekte zu finden, die mit den Umwelt- und Sozialstandards der DEG vereinbar sind. Weiter heißt es in dem Artikel, dass Bergbau dreckig ist, Land und Energie frisst und nichts für Entwicklungshilferomantiker sei. Während Auftrag und Anspruch es für die DEG schwierig machen, geeignete Bergbauprojekte zu finden, die entwicklungsfördernd wirken, ist die KfW IPEX-Bank an der Finanzierung mehrerer umstrittener Firmen und Projekte beteiligt. Die Förderung der deutschen Wirtschaft steht für die KfW IPEX-Bank dabei im Mittelpunkt, ökologische und soziale Belange scheinen dem zentralen Interesse der Wirtschaftsförderung nachgestellt zu sein und sich auf Schadensbegrenzung zu beschränken.



Die Mine El Cerrejón erstreckt sich über 69.000 Hektar. Sie ist eine der größten Steinkohleminen weltweit. Bilder: Sebastian Rötters, PowerShift

## FORDERUNGEN ZU BERGBAU

**Der Sektor der Rohstoffgewinnung birgt zahlreiche menschenrechtliche, soziale und ökologische Risiken. Um sich vor ökologischen und sozialen „Fehlinvestitionen“ in diesem Sektor zu schützen, muss die KfW Bankengruppe:**

- besonders schädliche Bergbautechniken ausschließen, wie zum Beispiel Mountaintop Removal, Ölsandabbau oder die Verklappung von Minen-Abraum in Gewässer**
- komplett aus dem klimaschädigenden Kohlebergbau aussteigen (vgl. Kap. IV.2)**
- konsequent die vom BMZ-Menschenrechtskonzept benannten Risiken im Bergbaubereich beachten und das eigene Vorgehen transparent machen**
- „good governance“ (verantwortungsvolle Regierungsführung) sowie ein transparentes und gerechtes Ertragsmanagement bei ihren Finanzierungen garantieren**
- Investitionsschutzabkommen bei Bergbauprojekten kritisch darauf prüfen, ob sie Gesetze einfrieren oder die Rohstoffstaaten benachteiligen sowie die Veröffentlichung der Abkommen verlangen**
- für ein Mehr an verbindlichen Standards streiten und den Prozess der oben genannten IRMA-Initiative begleiten und nach Veröffentlichung sofern sie über die bisherigen Standards hinausgeht für alle ihre Geschäftsbereiche verbindlich machen.**

79) Die DEG über ein Bergbauprojekt in Brasilien IN: DEG (2012): Magazin 50 Jahre DEG.



## PUEBLO VIEJO: FLUCH DER KARIBIK – DIE KfW IPEX-BANK IM GOLDDRAUSCH

von David Vollrath

Die weltgrößten Goldkonzerne Barrick und Goldcorp betreiben in der Dominikanischen Republik die Mine „Pueblo Viejo“. Wegen erheblicher Umweltrisiken ist die Mine sehr umstritten. Die KfW IPEX-Bank unterstützt das Projekt dennoch mit einem Kredit von 60 Millionen US-Dollar.



Die Goldmine Pueblo Viejo liegt direkt über dem Dorf La Cerca. Die Böden und Flüsse in der Umgebung der Mine sind erheblich mit Schwermetallen belastet. Bild: Mimundo.org

Inmitten der Bergregenwälder der Dominikanischen Republik wird seit Anfang 2013 Gold, Silber, Kupfer und Zink gefördert.

Gemeinsam mit anderen Banken war die KfW IPEX-Bank 2010 als Konsortialführer für die Zusammenstellung des 1,035 Milliarden US-Dollar-Kredites zur Realisierung der Mine Pueblo Viejo verantwortlich.<sup>80</sup> Sie tat dies, obwohl die enormen ökologischen und sozialen Risiken des Projektes bekannt waren. Andere Finanzinstitute, etwa die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), lehnten eine Finanzierung der Mine wegen „erheblicher ökologischer und sozialer Risiken“ ab. Die länderspezifische Umweltanalyse der IDB stellt dazu fest, dass durch den Bergbau im dominikanischen Hochland „Bodenerosion, Entwaldung, Wasserverschmutzung, unzureichende Beseitigung von Giftmüll, (...), Zerstörung von Wasserquellen und Verdrängung der lokalen Bevölkerung und Landwirtschaft“ droht.<sup>81</sup>

Die Mine Pueblo Viejo ist mit Gesamtinvestitionen von 3,7 Milliarden US-Dollar nicht nur die größte Auslandsinvestition in der Geschichte der Dominikanischen Republik – sondern vor allem die umstrittenste.

### Ungerechte Verträge

Im November 2012 organisierte eine Koalition aus mehr als 100 Organisationen einen 48 -stündigen Streik in mehreren Städten der Dominikanischen Republik. Gewerkschaften, Kirchen, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen verlangten eine Revision des Investitionsvertrages zwischen der Regierung und dem Minenbetreiber Barrick, verbindliche Umweltauflagen und eine Entschädigung für die umgesiedelte Bevölkerung.

Die im September 2013 erfolgte Vertragsrevision führte zu einigen geringfügigen Kurskorrekturen. Sie sichert dem Staat nun einen Anteil von 11,6 Milliarden US-Dollar in den 25 Jahren Laufzeit der Mine zu. Allerdings nur, wenn der Goldpreis im Durchschnitt über 1.600 US-Dollar liegt.<sup>82</sup> Derzeit kostet die Feinunze Gold 1.280 US-Dollar.<sup>83</sup> „Der Staat wird nicht bekommen, was er sich erhofft. Wenn der Goldpreis weiter fällt, bleibt es nur bei den 3,2 Prozent Gewinnbeteiligung“, kommentiert der ehemalige dominikanische Arbeits- und Umweltminister, Max Puig, den nachgebesserten Vertrag.<sup>84</sup> Die strittigen Fragen zu Umwelt- und Landrechten blieben bei der Vertragsrevision komplett ausgespart. Erneute Proteste der Bevölkerung gegen Barrick ließ die Regierung mit Gewalt auflösen. Dabei gab es in der Hauptstadt Santo Domingo Tote und Verletzte.<sup>85</sup>

### Umweltrisiken

„Es ist ein Selbstmord auf Raten“, erklärt der international renommierte Geologe und Höhlenforscher Domingo Abreu und meint den Einsatz von Zyanid und anderen hochgiftigen Chemikalien beim Goldbergbau. Der Wissenschaftler warnt: „Eine Insel ist noch anfälliger für die Umweltauswirkungen des Bergbaus als das Festland. Zumal wir in einer Region leben, die regelmäßig von tropischen Wirbelstürmen und Erdbeben heimgesucht wird“. Das ökologische Gleichgewicht im Hochland der Cordillera Central ist überlebenswichtig für die gesamte Insel Hispaniola, auf der die Dominikanische Republik und Haiti liegen. „Dort entspringen die Gewässer, die wir überall auf der Insel benötigen, in Haiti und in Dominicana“, schreibt Abreu.<sup>86</sup> Weil der industrielle Goldbergbau große Mengen Wasser verbraucht, stehen die Konzerne mit den Gemeinden in Konkurrenz um das vorhandene Wasser.

Barrick und Goldcorp versuchen dieses Problem auf ihre Art zu lösen. Sie stellen den Familien der an Pueblo Viejo angrenzenden Dörfer alle drei Tage 20 Flaschen Wasser zur Verfügung. Denn die Flüsse der Umgebung sind so erheblich belastet, dass deren Wasser nicht mehr für den Konsum geeignet ist.

Die Testergebnisse der dominikanischen Behörden für Gesundheit und Umwelt belegen dies anschaulich. Im April 2013 untersuchte ein Team des Gesundheitsministeriums die Gewässer der Region und stellte fest, dass die Flüsse Rio Sin, Rio Yuna und Rio Margajita erheblich mit Schwermetallen belastet sind. Vor allem im Rio Margajita liegen die Werte wesentlich höher als vor dem Operationsbeginn der Pueblo Viejo Mine. Der Anteil an Zink im Wasser sei um 2.800 Prozent, der an Kupfer um 1.800 Prozent und der an Blei um 950 Prozent gestiegen.<sup>87</sup> Der PH-Wert lag an einigen Stellen bei 4,4 – das Wasser der Flüsse ist sauer. Das bedeutet nicht nur eine Gefahr für die knapp 100.000 Menschen, die an den Flüssen zwischen den beiden Städten Maimón und Cotuí leben. Weil die Böden der ehemals fruchtbaren Region erodieren und kontaminiert sind, verlieren die Kleinbauern ihre Ernährungs- und Einkommensgrundlagen.<sup>88</sup> Den Landwirten der Kakao-Kooperative der Region Sánchez Ramírez beispielsweise verfaulen die Kakaofrüchte an den Bäumen, weil die Böden versauern.

80) Infrastructure Journal and Project Finance Magazine 21.06.10: <http://www.ijonline.com/pf-archive/article/2619408/mining-and-metals> (Dez. 14)  
81) IDB (2012), Dominican Republic, Environmental and Social Safeguards Issues Paper: Upstreaming Environmental and Social Risk Management.  
82) Williams, S., BNamericas 09.09.13: Changes to Barrick's Pueblo Viejo contract „minor and palatable“- analyst: <http://www.bnamericas.com/news/mining/changes-to-barricks-pueblo-viejo-contract-minor-and-palatable-analyst> (Nov. 14)  
83) Goldpreis Chart, Stand 3.04.2014.

84) Torres, A., 7dias.com 14.08.13: Max Puig: „El gobierno no recibirá ingresos anunciados en renegociación con la Barrick Gold“: [http://www.7dias.com.do/el-pais/2013/08/14/i146251\\_max-puig-gobierno-recibira-ingresos-anunciados-renegociacion-con-barrick-gold.html#\\_U-9ghZZAy4](http://www.7dias.com.do/el-pais/2013/08/14/i146251_max-puig-gobierno-recibira-ingresos-anunciados-renegociacion-con-barrick-gold.html#_U-9ghZZAy4) (Nov. 14)  
85) Dos muertos y varios heridos violentas protestas contra Barrick Gold: <http://www.barrigaverde.net/?q=node/31762> (Nov. 14)  
86) Email von Domingo Abreu, vom 22.10.2012.



**„In diesem Jahr habe ich mehr als 400 Kühe verloren,  
weil sie Flusswasser tranken. Das ist unsere einzige Quelle.“**

Viehzüchter Paco Abreu aus der Gemeinde Colorado<sup>89</sup>

Das Dorf La Piñata liegt in direkter Nachbarschaft zur größten Mine der Karibik. Die Menschen dort hätten gerne darauf verzichtet: „Barrick bringt uns keine Vorteile. Einigen von uns wurde Arbeit gegeben – aber nur für vier Monate. Und nun sind wir genauso arm wie vorher und krank dazu“, berichtet die Dorfbewohnerin Joanna García der dominikanischen Zeitung 7días.<sup>90</sup>

Aufgrund der hydrologischen Bedingungen droht eine überregionale Vergiftung von Menschen, Tieren und Natur. Die kontaminierten Flüsse stehen in Verbindung mit dem Stausee Hatillo. Der See ist der größte Süßwasserspeicher im geographischen Zentrum der Dominikanischen Republik und versorgt die Stadt Cotuí und andere Regionen mit Wasser.

Die Provinzhauptstadt von Sánchez Ramírez ist auch das Zentrum des Widerstandes. Regelmäßig protestieren BewohnerInnen, Bauern und Bäuerinnen sowie ViehzüchterInnen gegen die Umweltverschmutzungen und den Landraub durch die Bergbaukonzerne. Offiziell sprechen die Minenbetreiber von einer guten Beziehung zur lokalen Bevölkerung. Ende 2013 erhöhten sie dennoch massiv die Sicherheitsmaßnahmen rund um die Mine.

Auf Anfrage bestätigte die KfW IPEX-Bank, dass sie die sozialen Proteste um die von ihr finanziell unterstützte Pueblo Viejo Mine kennt. „Die Kritikpunkte der Zivilgesellschaft sind bekannt, sie werden sehr ernst genommen und kontinuierlich von kritischer Seite beleuchtet“, teilte die Pressestelle schriftlich mit. Konkrete Maßnahmen hat die Bank bisher allerdings nicht ergriffen.



87) Mármol, N., 7días.com 09.10.13: Explicaciones de Barrick Gold sobre contaminación no convencen a todos: [http://www.7días.com.do/portada/2013/10/09/i149527\\_explicaciones-barrick-gold-sobre-contaminacion-convencen-todos.html#\\_U\\_t\\_FyBZZAy6](http://www.7días.com.do/portada/2013/10/09/i149527_explicaciones-barrick-gold-sobre-contaminacion-convencen-todos.html#_U_t_FyBZZAy6) (Nov. 14)  
88) Dokumentierter Augenzeugenberichte aus La Ceiba vom 18.2.2013: <http://www.mimundo.org/2012/07/30/accumulation-by-dispossession-barrick-goldcorp-s-pueblo-viejo-gold-mine-in-the-dominican-republic/>, Foto 17,18,19 (Dez. 14)  
89) <http://www.youtube.com/watch?v=DK2oxTNP45s#t=44> (Nov. 14)  
90) Mármol, N., 7días.com 27.08.13: Alerta: en Cotuí se respira muerte: [http://www.7días.com.do/el-pais/2013/08/27/i146864\\_alerta-cotui-respira-muerte.html#\\_U0U8hBaptWQ](http://www.7días.com.do/el-pais/2013/08/27/i146864_alerta-cotui-respira-muerte.html#_U0U8hBaptWQ) (Nov. 2014)

Ludovino Fernández aus La Cerca hält verfaulte Kakaofrüchte in der Hand. Die Schwermetallbelastung des Bodens führt dazu, dass die Kakaofrüchte bevor sie reifen an den Bäumen verfaulen. Bild: Mimundo.org



## IV.4. GIFT FÜR LOKALE LANDWIRTSCHAFT: KFW UND LANDGRABBING

Nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO sind Investitionen in die Landwirtschaft das effektivste Mittel um Armut zu reduzieren, Hunger zu bekämpfen und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.<sup>91</sup> Dieser Ansicht schließt sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an und rückt die Landwirtschaftsförderung ins Zentrum ihrer Entwicklungsstrategien. Neben den positiven Effekten einer Förderung der Landwirtschaft besteht jedoch die Gefahr, dass Investitionen im Agrarbereich begleitet oder gar konterkariert werden. Zum Beispiel, wenn die Investitionen zu einseitigem Anbau und Ausrichtung auf Exportprodukte oder zu Landgrabbing führen.

Zu Landgrabbing kommt es, wenn Land gekauft oder langjährig gepachtet wird, die Rechte und Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerungsgruppen, die das Land bearbeitet und davon gelebt haben, aber ignoriert werden. Beteiligt am Landgrabbing sind oft ökonomisch einflussreiche Akteure wie international tätige Agrarkonzerne. Globale Schätzungen gehen von 39 Millionen Hektar Land aus, die seit dem Jahr 2000 von diesem sogenannten Landraub betroffen sind.<sup>92</sup> Da in diesem Bereich große Intransparenz herrscht, wird die Dunkelziffer jedoch deutlich höher geschätzt. Zum Vergleich: in Deutschland werden etwa 16,7 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzt.<sup>93</sup> Mit Abstand am stärksten von Landgrabbing betroffen sind afrikanische Länder, gefolgt von Asien sowie Mittel- und Südamerika.<sup>94</sup>

Eine Studie der Schweizer Organisationen Brot für alle und Fastenopfer von 2012 zeigt, dass es immer häufiger vorkommt, dass auch Entwicklungsbanken landwirtschaftliche Projekte finanzieren, die im Zusammenhang mit Landgrabbing stehen.<sup>95</sup>

Im Jahr 2013 sagte die DEG 208 Millionen Euro für den Agrarsektor zu. Die Zusagen der KfW Entwicklungsbank lagen im gleichen Jahr bei 160 Millionen Euro. Für die KfW IPEX-Bank liegen keine Zahlen vor. Zusätzlich zu

den Richtlinien des Menschenrechtskonzepts, die für alle Projekte, die im direkten Auftrag des BMZ durchgeführt werden, verbindlich sind, hat das BMZ für den Bereich Landwirtschaft sechs Prinzipien aufgestellt, um Landgrabbing vorzubeugen.<sup>96</sup> Die Prinzipien reichen von ‚Partizipation‘ und ‚Transparenz‘, über die ‚Anerkennung bestehender Rechte‘ bis zur ‚gerechten Teilhabe am Nutzen der Investitionen‘. Sie bleiben jedoch in der Formulierung vage. Für Investitionen, die die KfW Entwicklungsbank und die DEG im eigenen Auftrag durchführen (ca. 98 Prozent der DEG- und 41 Prozent der KfW Entwicklungsbank -Finanzierungen), gelten die Prinzipien und das Menschenrechtskonzept lediglich als Richtschnur.<sup>97</sup> Darüber hinaus gibt es innerhalb der KfW Bankengruppe keine speziellen Richtlinien für den Agrarsektor.

Dass die angewendeten Prüfungen zumindest bei der DEG nicht ausreichen, Landgrabbing zu verhindern, zeigt die wachsende Kritik von Nichtregierungsorganisationen und Betroffenen an einzelnen Geschäftspartnern und Projekten der DEG.

### Sierra Leone: Landnahme für europäischen Sprit

Mitverantwortlich für den Wettlauf um Ackerland ist der Anbau von Biokraftstoffen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Leibniz-Institutes für Globale und Regionale Studien (GIGA), nach der rund 23 Prozent der bekannten, von Landgrabbing betroffenen Fläche für den Anbau von Pflanzen zur Biokraftstoffproduktion genutzt wird.<sup>98</sup>

Darunter fällt das von der DEG mitfinanzierte Projekt des Unternehmens Addax Bioenergy in Sierra Leone, einem der ärmsten Länder der Welt. Addax Bioenergy, eine Tochtergesellschaft des Schweizer Energiekonzerns Addax, hat 2010 im Norden von Sierra Leone 57.000 Hektar Land für 50 Jahre von Kleinbauern vor Ort gepachtet. Auf den Flächen wird Zuckerrohr, hauptsächlich für den Export von Bioethanol für den EU-Markt, angebaut.

Addax Bioenergy versprach Arbeitsplätze, Gesundheits- und die Menschen vor Ort sind in ihrer Existenz auf den einrichtungen, Schulen, Straßen und Berufsausbildungen, woraufhin sich die Menschen vor Ort gerne bereit erklärten, Teile ihres Landes aufzugeben. An den Verhandlungen über die Pachtverträge war die lokale Bevölkerung allerdings nicht beteiligt. Diese fanden zwischen Addax Bioenergy und den Behörden statt, die als Verwalter der Böden agierten.<sup>99</sup> Das Ergebnis entsprach dementsprechend nicht den Vorstellungen der BewohnerInnen. Neben fruchtbarem und gut bewässertem Land, welches die LandbesitzerInnen nie abgeben wollten, beinhalten die Pachtverträge auch Gemeinschaftsflächen, wie Wälder und ganze Dörfer, inklusive der Wohnflächen. Den BewohnerInnen wurde vorher versichert, dass nur degradiertes und schlecht erschlossenes Land genutzt werden sollte. Jetzt wächst Zuckerrohr auch dort, wo vorher Grundnahrungsmittel angebaut wurden. Die Verträge sichern Addax Bioenergy des Weiteren für die gepachteten Flächen das exklusive Recht über „Dörfer, Flüsse und Wälder und alle anderen Formen der Umwelt“ zu.<sup>100</sup> Nach Aussagen von Addax Bioenergy wurde bei den Verhandlungen das Beteiligungsverfahren FPIC eingehalten, wonach die Betroffenen im Vorhinein fundiert informiert und den Plänen dann freiwillig zustimmen müssen. Die BewohnerInnen sehen das jedoch anders und fühlen sich dem Unternehmen ausgeliefert.

**„Es war nie die Absicht der Bauern, ihr gesamtes Gemeindeland an Addax zu verpachten. Nun aber sind wir dem Unternehmen ausgeliefert, da es bestimmen kann, welchen Boden es besetzen will.“**

Saida Fullah, ein Landbesitzer in Mamarria<sup>101</sup>

guten Willen von Addax Bioenergy angewiesen.

Hinzu kommt, dass das Land Sierra Leone kaum von den Gewinnen von Addax Bioenergy



Arbeiter beim Versprühen von Pestiziden auf den Plantagen von Addax Bioenergy  
Bild: Yvan Maillard Ardent, Brot für alle

91) FAO (2012): The state of food and agriculture. Investing in agriculture for a better future. Zahl von [www.landmatrix.org](http://www.landmatrix.org)  
92) Statistisches Bundesamt: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/LandForstwirtschaftFischerei/FeldfruechteGruenland/Aktuell/Feldfruechte1.html> (Jan. 15)  
93) Oxfam (2011): FAQ Landgrabbing: [http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/faq-Landgrabbing\\_oxfam.pdf](http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/faq-Landgrabbing_oxfam.pdf) (Nov. 2011).  
94) Zimmerle, Birgit 2012: When development cooperation becomes Landgrabbing: the role of Development Finance Institutions.  
95) BMZ Strategiepapier (2012): Investitionen in Land und das Phänomen des ‚Landgrabbing‘.

97) BMZ Strategiepapier (2011): Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik.  
98) Nolte, K, Ostermeier, M., Schultze, K. (2014): Food or Fuel – The Role of Agrofuels in the Rush for Land. IN: GIGA Focus No.5.  
99) Brot für alle, Fastenopfer (2013): Dossier: Entwicklungsbanken und Landgrabbing – Wie öffentliche Gelder Lebensgrundlagen zerstören.  
100) SiLNoRF (2014): Annual Monitoring Report: [http://www.brotfueralle.ch/fileadmin/deutsch/2\\_Entwicklungspolitik\\_allgemein/C\\_Wirtschaft%20und%20MR/Landgrab/2014\\_Addax/20140612\\_Addax\\_Monitoring\\_Report\\_2014.pdf](http://www.brotfueralle.ch/fileadmin/deutsch/2_Entwicklungspolitik_allgemein/C_Wirtschaft%20und%20MR/Landgrab/2014_Addax/20140612_Addax_Monitoring_Report_2014.pdf) (Dez. 14)



profitiert, da es dem Unternehmen großzügige Steuererleichterungen gewährt hat. Brot für alle und SiLNoRF haben ausgerechnet, dass die Erleichterungen sich für die Jahre 2009-2022 auf insgesamt 135 Millionen US-Dollar belaufen.

Die Kosten des Projekts liegen bei rund 400 Millionen Euro.<sup>102</sup> 133 Millionen Euro werden von sieben europäischen und afrikanischen Entwicklungsinstitutionen gestellt, unter ihnen die DEG. Das Projekt wird von Addax Bioenergy als „integriertes Projekt für erneuerbare Energien und Landwirtschaft“ vermarktet.<sup>103</sup>

**„There is no question that Africa needs investment – private and public – in agriculture. What Africa does not need, and cannot afford, is policies that transfer land to investors motivated principally by a concern to feed populations in other countries, supply bio-fuel markets across the globe, or to secure speculative profit.“**

Africa Progress Report 2012<sup>104</sup>



Ein Rechtsanwalt erklärt den Landbesitzern die Klauseln des Pachtvertrags  
Bild: Yvan Maillard Ardenti, Brot für alle

## Uganda: Von Kleinbauern und -bäuerinnen zu illegalen LandbesetzerInnen

Nach Angaben der IFC-Beschwerdestelle CAO treten Landrechtsverletzungen vermehrt auf, wenn Entwicklungsbanken über Finanzintermediäre (siehe S.10), also über Dritte, an der Projektfinanzierung beteiligt sind und somit weniger Einfluss auf die einzelnen Unternehmen und Projekte haben.<sup>105</sup>

**„These cases highlight the challenges for the CAO in addressing large-scale evictions as a result of government allocation of land for private sector investment. These challenges are more pronounced in projects where IFC is acting through a financial intermediary, and may have less leverage to ensure positive development outcomes on the ground.“**

CAO<sup>109</sup>

Auch die DEG ist durch einen Private Equity Anlagefonds, den Agri-Vie Fonds, an einem Projekt beteiligt, das in Zusammenhang mit Landgrabbing steht. Der Agri-Vie Fonds

finanziert Unternehmen in der Nahrungs- und Agrarindustrie in Afrika-Subsahara. Unter den Unternehmen, die Geld aus diesem Fonds erhalten haben, befindet sich das britische Unternehmen New Forest Company (NFC). NFC ist ein in Großbritannien registriertes Holzwirtschaftsunternehmen mit Plantagen in Uganda, Mosambik, Tansania und Ruanda. Zwar lobt sich das Unternehmen für seine hohen Umwelt- und Sozialstandards, zwei der Plantagen in Uganda sind auch FSC zertifiziert, dennoch wurden für die Plantagen in Uganda, in den Distrikten Kiboga und Mubende zwischen 2006 und 2010 mehr als 22.500 Menschen, zum Teil mit Gewalt, von gemeinschaftlich genutztem Land vertrieben.<sup>107</sup> Obwohl manche EinwohnerInnen vorher das Land von der Regierung zugewiesen bekommen hatten, beanspruchte der ugandische Staat die Landrechte für sich. So degradierte er die Gemeinschaften, die über Generationen die Ländereien genutzt hatten, zu illegalen BesetzerInnen. Sie wurden, ohne Konsultationen und Entschädigungen, von Soldaten, Polizisten und MitarbeiterInnen von NFC von ihrem Land verjagt. Viele haben damit ihre Lebensgrundlage verloren.

**„People from New Forests came with other security forces and started destroying crops and demolishing houses and they ordered us to leave. They beat people up, especially those who could not run. We ran in a group, my children, my grandchildren, my wife and me. It was such a painful time because the eviction was so forceful and violent.“**

Lokuda Losil, betroffener Bauer, Juli 2011<sup>108</sup>

Die Betroffenen legten im Dezember 2011 zusammen mit Oxfam und der Uganda Land Alliance Beschwerde gegen die Zwangsumsiedlungen bei der unabhängigen Beschwerdestelle CAO der International Finance Corporation (IFC) ein. Denn auch IFC ist an dem Fonds beteiligt.

Nach 15 Monaten Verhandlung und Mediation zwischen den Betroffenen und NFC, geleitet von der CAO, wurde im Juli 2013 eine Vereinbarung zwischen NFC und der Mubende-Gemeinschaft getroffen. Knapp ein Jahr später folgte die Kiboga-Gemeinschaft. Teil der Vereinbarung mit der Mubende-Gemeinschaft ist, dass NFC eine gemeinschaftliche Kooperative der Gemeinschaft finanziell unterstützen und Entwicklungsprojekte initiieren wird. Mittlerweile hat die Kooperative Land zum Wohnen und für die Landwirtschaft erworben, eine wichtige Voraussetzung für die Menschen vor Ort, ihre Lebensgrundlage wieder aufzubauen.<sup>109</sup>

## Mali: Landnahme treibt Dörfer in den Hunger



Bild: Afrique-Europe-Interact

Über die malische Bank ‚Banque Nationale de Développement Agricole (BNDA)‘ als Finanzintermediär, ist die DEG an der Finanzierung des Agrarunternehmens Moulins Modernes du Mali (M3) beteiligt. M3 ist verantwortlich für Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen und Zerstörung von Äckern in Mali.<sup>110</sup>

Im Mai 2010 hat M3 mit der malischen Regierung Pachtverträge über 7.400 Hektar und Pachtoptionen über weitere 20.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche in der Region Segou abgeschlossen. Betroffen davon sind auch die Äcker der Dörfer Sanamadougou und Sahou. Beide Dörfer haben das Land bereits in vorkolonialer Zeit und damit vor der offiziellen Registrierung des Bodens durch staatliche Stellen bewirtschaftet.<sup>111</sup>

101) Brot für alle, Fastenopfer (2013): Dossier: Entwicklungsbanken und Landgrabbing – Wie öffentliche Gelder Lebensgrundlagen zerstören  
102) <http://www.addaxbioenergy.com/fr/le-projet-makeni/faits-et-chiffres.php>  
103) <http://www.businesswire.com/news/home/20110617005705/de/#.VII4klj5iU> (Dez. 14)  
104) Africa Progress Report (2012): Jobs, Justice and Equity. Seizing opportunities in times of global change.  
105) Compliance Advisor Ombudsman (CAO) (2013): Annual Report 2012.  
106) CAO (2013): Annual Report 2013, S.39  
107) Matt Grainger and Kate Geary, The New Forests Company (NFC) and its Uganda Plantations, Oxfam International, September 2011: <http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/cs-new-forest-company-uganda-plantations-220911-en.pdf> (Nov. 14)

108) Matt Grainger and Kate Geary, The New Forests Company (NFC) and its Uganda Plantations, Oxfam International, September 2011: [http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file\\_attachments/cs-new-forest-company-uganda-plantations-220911-en\\_4.pdf](http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/cs-new-forest-company-uganda-plantations-220911-en_4.pdf) (Nov. 14)  
109) Oxfam (2014): Mubende community in Uganda moves forward with implementation of agreement with New Forests Company: <http://www.oxfam.org.uk/get-involved/campaign-with-us/latest-campaign-news/2014/04/mubende-community-moves-forward> (Jan. 15)  
110) FIAN Deutschland (2014): <http://www.fian.de/artikelansicht/2014-02-11-bundestagspetition-1400-stimmen-fuer-mehr-transparenz-bei-der-deg/> (Feb. 15)



Nach Informationen des Netzwerkes Afrique-Europe-Interact wurde den Bäuerinnen und Bauern unmittelbar nach Vertragsunterzeichnung verboten ihre Felder zu betreten. Auf den Protest der BewohnerInnen reagierte M3 mit massiven Repressionen. Als M3 in Sanamadougou ohne jede Ankündigung zahlreiche Bäume fällen lies, rückten sie direkt mit 70 Polizisten an. Diese gingen mit aller Gewalt gegen die protestierenden Menschen vor: Rund 40 Personen wurden dabei verhaftet (8 Personen wurden bis zu 6 Monate gefangen gehalten).

Es folgten nächtliche Überfälle in Sanamadougou und Sahou durch Polizei und Militär – einschließlich gezielter Vergewaltigungen. Eine Frau wurde zu Tode geprügelt.

Durch den Verlust der Felder hat sich die Ernährungssituation, vor allem in Sanamadougou enorm verschlechtert. Erhalten die BewohnerInnen nicht bald ihr Land zurück sind sie gezwungen ihr Dorf zu verlassen.<sup>112</sup>

Die DEG ist mit 21,4 Prozent an BNDA beteiligt.<sup>113</sup> BNDA hat nach Aussagen der Bundesregierung vom August 2014 in den letzten Jahren zwei Kreditlinien an M3 vergeben.

**„Trotz der fast vollständigen Enteignung unserer Felder bleiben wir dabei, den Erhalt unserer Dörfer einzufordern, unserer Felder, unserer fruchtbarsten Bäume, unserer historischen und kulturellen Stätten, die unsere Werte und Orientierungspunkte verkörpern – gestern, heute und morgen“**

aus einem Brief der Dorfcheads von Sanamadougou und Sahou an den Premierminister von Mali im Juli 2014

## DEG-Projekte in Nigeria, Sambia, Paraguay und Honduras

In einem weiteren Fall, bei dem sich die DEG an den Palmölproduzenten Okomu Oil in Nigeria beteiligt, weigerten sich BewohnerInnen ihr Dorf zu verlassen und wurden daraufhin massiven Repressionen bis hin zu Morddrohungen ausgesetzt (siehe S. 49).

Und es gibt weitere Fälle, in denen der Verdacht besteht, dass DEG-Finanzierungen zu Landgrabbing führen: Das Food First Informations- und Aktionsnetzwerk (FIAN) befürchtet, dass die DEG durch ihre Beteiligung an der Paraguay Agricultural Corporation (eines der größten Agrarunternehmen in Paraguay), die ungleiche Verteilung von Land und somit Landkonflikte vor Ort befördert. Gleiches gilt für die DEG-Finanzierung der Zambeef Products PLC, die in Sambia über 100.000 Hektar Land verfügt.<sup>114</sup> In Honduras beendete die DEG zwar 2011 ihre direkten Geschäftsbeziehungen zum Palmölproduzenten Corporación Dinant, nachdem dessen Verwicklung in Landkonflikte und schwere Gewaltverbrechen mit mehreren Toten im Bajo Aguan-Tal nachgewiesen wurden.<sup>115</sup> Jedoch bleibt sie durch ihre Beteiligung an der honduranischen Bank Ficohsa indirekt weiter an dessen Finanzierung beteiligt. Dinant ist einer der größten Kreditnehmer von Ficohsa.<sup>116</sup>

- 111) Afrique-Europe-interact (2014): Sanamadougou und Sahou müssen bleiben: Landraub stoppen- in Mali und überall sonst: <http://afrique-europe-interact.net/1202-0-Appell-Sanamadougou.html> (Feb. 15)
- 112) Afrique-Europe-interact (2014): Sanamadougou und Sahou müssen bleiben: Landraub stoppen- in Mali und überall sonst: <http://afrique-europe-interact.net/1202-0-Appell-Sanamadougou.html>
- 113) DEG Geschäftsbericht 2013
- 114) Herre, Roman 2013: Agribusiness- Expansion, Landgrabbing und die Rolle europäischer privater und öffentlicher Gelder in Sambia. Eine Bewertung basierend auf dem Recht auf Nahrung.
- 115) FIAN Deutschland (2014): <http://www.fian.de/artikelansicht/2014-02-11-bundestagspetition-1400-stimmen-fuer-mehr-transparenz-bei-der-deg/> (Feb. 15)
- 116) CAO Ombudsman (2013): [http://www.cao-ombudsman.org/cases/case\\_detail.aspx?id=209](http://www.cao-ombudsman.org/cases/case_detail.aspx?id=209) (Feb. 15)
- 117) FAO (2012): Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security.
- 118) FIAN (2014): Rolle & Arbeitsweise der DEG im Bereich Agrarwirtschaftsförderung (Stellungnahme im AWZ).
- 119) FIAN (2014): Rolle & Arbeitsweise der DEG im Bereich Agrarwirtschaftsförderung (Stellungnahme im AWZ).
- 120) FAO (2012): The state of food and agriculture. Investing in agriculture for a better future.

## DIE FAO-RICHTLINIEN ZUR GEWÄHRLEISTUNG DES ZUGANGS ZU LAND

Die weitreichendsten internationalen Richtlinien, beim Versuch Landgrabbing zu verhindern, sind zur Zeit die „Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure Land, Fisheries and Forests“ der FAO. Die Richtlinien sollen helfen, eine verantwortungsvolle Verwaltung und Nutzung von Land, Fischgründen und Wäldern sicherzustellen. Dabei stellen die Richtlinien großflächige Landtransfers grundlegend in Frage und fordern u.a. umverteilende Landreformen und Investitionen in die Ernährungssicherheit der Menschen vor Ort. Die freiwilligen Richtlinien sind in einem langjährigen Prozess unter Beteiligung und Konsolidierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und betroffenen Gruppen entstanden.<sup>117</sup> Die erarbeiteten Richtlinien gelten als vielversprechend, sind jedoch lediglich freiwillig. Erste Erfahrungen zeigen, dass um Landgrabbing sicher vorzubeugen, Transparenz sowie ein kontinuierliches und kompetentes Monitoring (beides Teil der Richtlinien) unabdingbar sind.

## Die DEG im Agrarsektor: Vorfahrt für nationale und regionale Marktführer

Landwirtschaft und der Agrarbereich sind besonders sensible Bereiche, in denen es – wie die oben genannten Beispiele zeigen – schnell passieren kann, dass Finanzierungen nicht nur den eigentlichen Entwicklungsauftrag konterkarieren, sondern auch zu Menschenrechtsverletzungen führen.

Die DEG-Finanzierungen zielen vor allem auf nationale und regionale Marktführer. Vor allem im Agrarbereich ist die Förderung von dominanten Akteuren aus menschenrechtlicher Sicht jedoch sehr problematisch, da sie oft mit der Verdrängung kleinbäuerlicher Strukturen einhergeht. Im Menschenrechtsleitfaden des BMZ werden neben Vertreibungen und Verletzung von Arbeitsrechten weitere konkrete Risiken für den Agrarbereich identifiziert. Sie treten oft in Zusammenhang mit der Förderung dominanter Marktakteure auf. Unter „Sicherung der Ernährung, Landwirtschaft“ warnt der Leitfaden vor „Verlust der relativen Wettbewerbsfähigkeit und verschärfte Armut von

Pastoralisten/ innen, Klein- und Subsistenzbauern/ -bäuerinnen, Verschlechterung der Ernährungssituation durch Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion für den lokalen Konsum“. Unter „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“ nennt der Leitfaden das menschenrechtliche Risiko „Verdrängung lokaler (Kleinst-, Klein- und mittlerer) Unternehmen“.<sup>118</sup> FIAN fordert deshalb, dass diese Risiken in den DEG-Finanzierungen berücksichtigt werden müssen.

**„Wenn diese vom BMZ identifizierten menschenrechtlichen Risiken keine Berücksichtigung beim Handeln der DEG finden, muss ein Engagement der DEG im menschenrechtlich hoch sensiblen Agrarsektor grundsätzlich in Frage gestellt werden.“**

FIAN<sup>119</sup>

Nach Angaben der FAO sorgen in Entwicklungsländern kleinbäuerliche Strukturen für den Großteil der Nahrungsmittelproduktion.<sup>120</sup> Vor diesem Hintergrund ist das DEG-Konzept, Unternehmen zu fördern, die nationale oder regionale Marktführer sind, äußerst fragwürdig. Entwicklungspolitisch sinnvoll wäre eine Förderung, die darauf abzielt, die regionalen und kleinbäuerlichen Strukturen zu stärken. Zudem scheint die Auslegung der DEG von ‚Privatsektor‘ auf ‚private Unternehmen‘ beschränkt zu sein und nicht alternative, gemeinschaftlich organisierte Formen wie Kooperativen und Genossenschaften einzuschließen.

# FORDERUNGEN ZU LANDGRABBING

Um im Landwirtschaftssektor zu verhindern, dass geförderte Projekte zu Landgrabbing führen, muss die KfW Bankengruppe:

- die vom BMZ im Menschenrechtskonzept identifizierten menschenrechtlichen Risiken im Agrarbereich berücksichtigen und ihr Vorgehen transparent machen
- sicherstellen, dass das Recht auf Land sowie das Recht auf Nahrung und Ernährungssicherheit der Menschen vor Ort gewährleistet werden
- bei Finanzierungen, die mit großflächigen Landkäufen oder Pacht verbunden sind, die Informationen zum Ausmaß der Fläche und der geplanten Nutzung öffentlich zugänglich machen
- einen Fokus auf alternative und kleinteilige Strukturen wie bäuerliche Kleinbetriebe, gemeinschaftlich organisierte Betriebe und Kooperativen sowie auf die heimische Nahrungsmittelproduktion setzen, um nicht nur Ernährungssicherheit, sondern auch Ernährungssouveränität zu stärken
- in Ländern mit einer hohen oder schnell wachsenden Konzentration von Landbesitz grundsätzlich keine Finanzierungen im Agrarbereich tätigen, die diese Entwicklung verfestigen oder verschärfen
- die „FAO Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests“, als die zum jetzigen Zeitpunkt international anerkanntesten und weitreichendsten Standards, um Landgrabbing zu verlangsamen, verbindlich und öffentlich nachvollziehbar umsetzen.

## PALMÖLPLANTAGEN VON OKOMU OIL, NIGERIA

Informationen aus einem Interview von Jutta Kill, World Rainforest Movement<sup>121</sup>



Palmölplantage in Kamerun  
Bild: World Rainforest Movement

Sunny Ajele, Bewohner des Dorfes Makilolo in Nigeria, hat zum ersten Mal Bekanntschaft mit Okomu Oil gemacht, als das Unternehmen 1998 in seiner Nachbarschaft die Dörfer Oweike, Agbede und Ijawcamp zerstörte. Die Abrissbagger kamen ohne Ankündigung, den BewohnerInnen wurde ihre Lebensgrundlage genommen. Eine Entschädigung haben sie bis heute nicht erhalten.

Okomu Oil ist inzwischen Nigerias führender Palmölproduzent. Die Plantagen erstrecken sich auf 9.713 Hektar und das Unternehmen plant weiter zu expandieren. Das vermeintliche Erfolgsmodell von Okomu Oil geht jedoch zu Lasten der lokalen Bevölkerung, die den Plantagen weichen muss.

Auch Makilolo, das Dorf sowie die Felder von Sunny Ajele und der anderen DorfbewohnerInnen, sollen Palmölplantagen weichen. 2010 erhielt die Dorfgemeinschaft Makilolo von Okomu Oil einen Bescheid mit der Aufforderung, das Dorf innerhalb weniger Tage zu verlassen und die Bestellung der Felder einzustellen. Überbringer des Bescheids war die Militärpolizei. Der Bescheid enthielt ein Memorandum of Understanding (MoU), das die Leute unterschreiben sollten. Das MoU war ausschließlich von Okomu Oil geschrieben, ohne dass die betroffenen Menschen in den Prozess einbezogen worden waren.

Die BewohnerInnen von Makilolo verweigerten die Unterschrift, woraufhin Okomu Oil das Dorf über drei Monate fast komplett von der Außenwelt abriegeln ließ. Die BewohnerInnen konnten die Hauptstraße, die einzige direkte Verbindung zum Markt nach Benin City, nicht mehr nutzen. Der Markt war nur noch über einen Umweg über den Bundesstaat Ondo zu erreichen. Die ehemals anderthalbstündige Fahrt auf direktem Weg wurde zu einer Tagesreise.

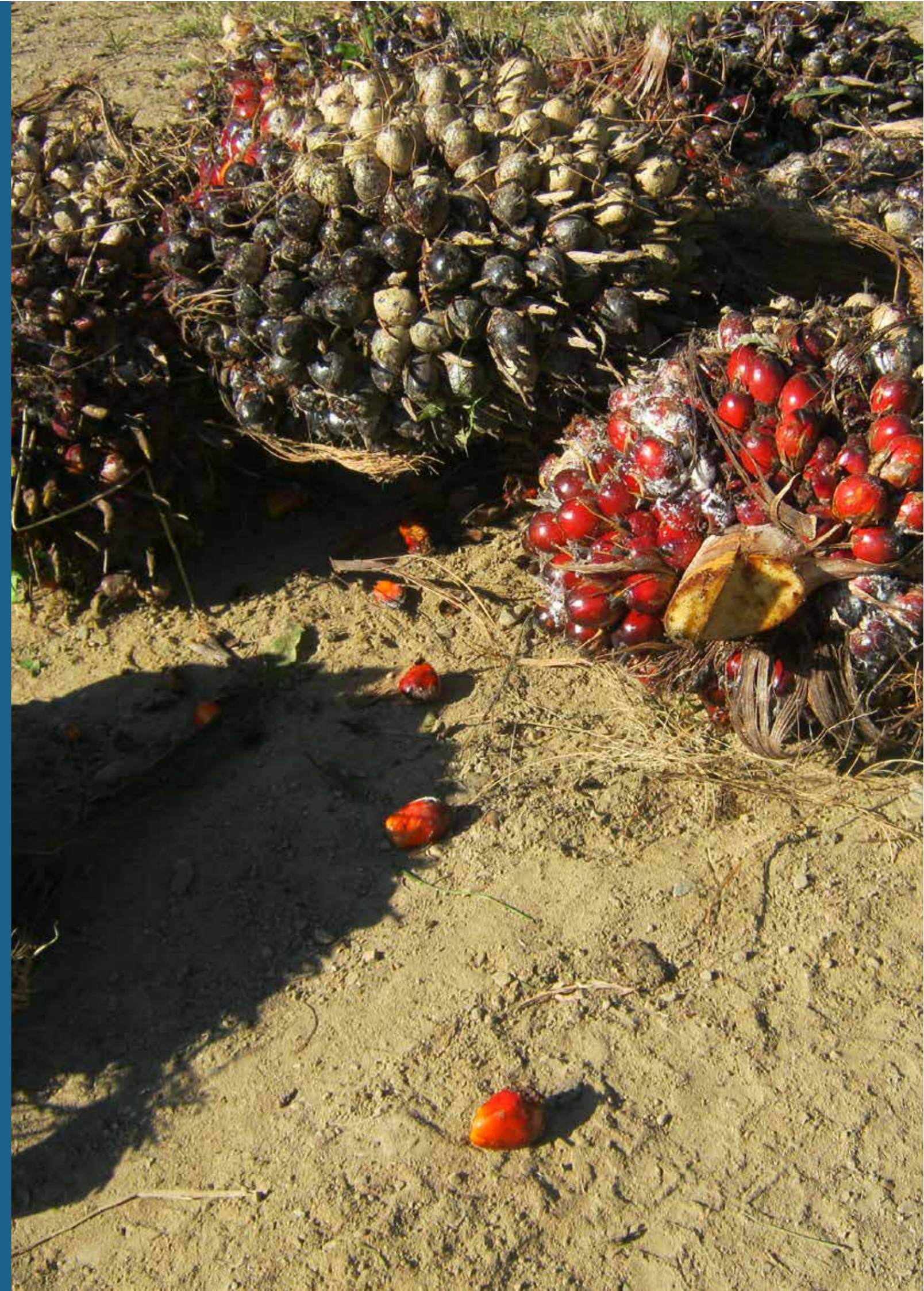
Seit diesem Zeitpunkt wurde Sunny Ajele Opfer zusätzlicher Repressionen. Mehrmals hintereinander wurde er Verbrechen beschuldigt, die er nachweislich nicht begangen hatte, für die er aber mehrere



Tage eingesperrt wurde. Er wurde unter anderem beschuldigt, just zu der Zeit, wo er selber im Gefängnis saß, einen anderen Menschen entführt zu haben. Nachdem er erfahren hatte, dass es den Befehl gab, ihn zu töten, tauchte er für mehrere Wochen unter.

Als der Konflikt mit den DorfbewohnerInnen zu eskalieren drohte, gestand Okomu Oil ihnen zu, 50 Morgen Land vorübergehend weiter nutzen zu können. Das Unternehmen knüpfte jedoch mehrere Bedingungen an diese vorübergehende Duldung. So durften die DorfbewohnerInnen keine permanenten Strukturen errichten, keine mehrjährigen Pflanzen anbauen, und sie mussten sich verpflichten, Ziegen und andere Haustiere nicht in den umliegenden Plantagen weiden zu lassen. Bei Zuwiderhandlung drohte das Unternehmen, die Duldung aufzuheben. Die Straßensperre ersetzte Okomu Oil durch eine Kontrollstation an der direkten Zufahrtsstraße zum Dorf, die DorfbewohnerInnen und BesucherInnen seither passieren müssen. Jedes Fahrzeug, das die Straße zum Dorf nutzt, muss eine Gebühr entrichten. Fahrzeuge mit Nahrung und anderen Nutzgütern zahlen mehr: „Wenn wir das Dorf verlassen oder zurück nach Hause kommen, ist es, als wenn wir eine Grenze überqueren würden. Wenn sie sehen, dass du eine Kamera dabei hast, dann wird sie beschlagnahmt“, schildert Sunny Ajele die Lage. „Sie nehmen sich auch das Recht, unsere Häuser zu durchsuchen, wenn sie wollen. Wir werden ständig verdächtigt, Palmölfrüchte aus den Plantagen zu klauen. Über 20 DorfbewohnerInnen wurden schon verhaftet. Wir sind Sklaven auf unserem eigenen Land“, so Ajele.

Von 2003 bis 2013 war die DEG mit 6,94 Prozent an Okomu Oil Palm Plc beteiligt.<sup>122</sup> Okomu Oil befindet sich zu 66 Prozent im Besitz der Firma SOCFINAF. Diese wiederum gehört zu 63 Prozent der Holdinggesellschaft SOCFIN. SOCFIN ist eine global mit Palmöl, Kautschuk, Kaffee und Tropenblumen handelnde Unternehmensgruppe mit Sitz in Luxemburg.





## IV.5. VERDAMMTE DÄMME: KfW UND WASSERKRAFT

Wasserkraft ist ein traditionelles Geschäftsfeld der KfW, besonders der KfW Entwicklungsbank. Begründet wird das Engagement damit, dass Wasserkraft eine günstige und zugleich saubere Energiequelle sei. Doch oft gehen Wasserkraftwerke, vor allem große Staudammprojekte, mit gravierenden negativen sozialen und ökologischen Folgen wie Zwangsumsiedlungen und Verlust von Biodiversität einher.

Zahlreiche Kontroversen im Zusammenhang mit dem Neubau von Wasserkraftwerken machen deutlich, dass nicht die Technik alleine über die Nachhaltigkeit eines Projektes entscheidet. Mindestens genauso wichtig sind der Planungsprozess und die Antwort auf Fragen, wie und wer von dem Projekt profitiert, wer das Projekt kontrolliert (Privatunternehmen, Staat, Genossenschaft etc.), wer den Strom bekommt, welche Bedeutung das Projekt für die Ernährungssicherheit hat, wie transparent die Informationen sind und wie die von dem Projekt negativ Betroffenen in die Entscheidungsfindung und Planung einbezogen werden.

Projektnamen und Informationen zu den aktuellen Beteiligungen und Finanzierungen der KfW im Bereich Wasserkraft liegen nur für die KfW Entwicklungsbank vor. Sie ist momentan an rund 33 Wasserkraftprojekten mit Beratung oder Finanzierung beteiligt. Nach Angaben der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Bundestag ist die KfW IPEX-Bank an fünf Staudamm-Projekten in der Türkei, Mosambik, Südafrika und Chile beteiligt. Die DEG hat im Zeitraum 2009- 2013 sechs große<sup>123</sup> und 19 kleine Wasserkraftprojekte mitfinanziert. Neun Vorhaben befinden sich momentan im Vorbereitungs- und Genehmigungsverfahren.<sup>124</sup>

Kleinere Laufwasserkraftwerke haben im Vergleich zu Staudamm-Vorhaben in der Regel geringere Auswirkungen auf ihr Umfeld. Jedoch werden teilweise auch für sie Reservoirs gebaut. Beim Bau mehrerer Kraftwerke hintereinander an einem Fluss oder bei Missachtung der

traditionellen Nutzung der Wasserläufe können auch kleinere Laufwasserkraftwerke zu großen ökologischen und sozialen Problemen führen, wie die unten aufgeführten Beispiele zeigen. Aktuelles Beispiel dafür ist das Wasserkraftprojekt Santa Rita in Guatemala, an dem DEG Gelder beteiligt sind (siehe S.62).

Aufgrund von wachsenden Konflikten um Großstaudämme mit katastrophalen Auswirkungen wurde 1998 die Weltstaudammkommission (WCD) gegründet. Die von der WCD im Jahr 2000 veröffentlichten Empfehlungen sollen vermeiden, dass Wasserkraft auf Kosten von Mensch und Umwelt vor Ort gewonnen wird. Die WCD-Empfehlungen gelten als die weitreichendsten Richtlinien für den Bau von Wasserkraftwerken. Dadurch, dass sowohl Zivilgesellschaft als auch IndustrievertreterInnen an der Erarbeitung beteiligt waren, sind sie zudem breit legitimiert. Bei der KfW sind die WCD-Empfehlungen verpflichtend für Finanzierungen der KfW Entwicklungsbank und der DEG, sofern Bundeshaushaltsmittel verwendet werden (ca. 2 Prozent der DEG-Projekte). Für alle anderen Finanzierungen sowie für den Geschäftsbereich der KfW IPEX-Bank haben die WCD-Empfehlungen keine bindende Wirkung und dienen lediglich als „Orientierung“.

Ob und wie umfassend die WCD-Empfehlungen bei konkreten Projekten eingehalten werden, ist für die Betroffenen aufgrund mangelnder Transparenz selten nachvollziehbar. So bezweifeln die Menschen vor Ort bei dem von der KfW Entwicklungsbank mitfinanzierten Wasserkraftwerk Shongtong Karcham in Indien, dass die WCD-Empfehlungen bei der Projektplanung eine große Rolle gespielt haben. Der Sutlej Fluss, an dem das Kraftwerk gebaut wird, ist in seinem Flusslauf bereits mehrfach aufgestaut. Insgesamt sind am Sutlej-Fluss und seinen Nebenflüssen 53 Wasserkraftwerke geplant oder im Bau. Das Netzwerk South Asia Network on Dams, Rivers and People kritisiert, dass umfassende Umwelt- und Sozialstudien zu den kumulativen Folgen des Gesamtprojekts fehlen. Sie müssten den Verlust des Flusses und der Wälder als Lebensgrund-

lage für viele Familien in die Folgenabschätzung einbeziehen. Auch beim Shongtong Karcham-Vorhaben wurde keine Studie zu den kumulativen Folgen vorgelegt, obwohl die WCD-Empfehlungen eine solche Prüfung vorsehen. Hinzu kommt, dass die betroffenen Menschen in der Planung nicht ausreichend informiert und beteiligt wurden, eine weitere wichtige WCD-Forderung. Ein Bericht zur Überprüfung der Einhaltung der WCD-Empfehlungen im Auftrag der KfW Entwicklungsbank bestätigt, dass die Konsultationen zu Projektbeginn nicht den Empfehlungen der WCD entsprachen. Zu späteren Zeitpunkten seien die Konsultationen aber „im Geiste“ der WCD-Empfehlungen durchgeführt worden.<sup>125</sup> Zu spät als dass der Prozess zu diesem Zeitpunkt noch ergebnisoffen gewesen wäre, um im Zweifelsfall das Wasserkraftwerk nicht zu bauen.



Insgesamt sind am Sutlej-Fluss und seinen Nebenflüssen 53 Wasserkraftwerke geplant oder im Bau. Bild: Manshi Asher

### DIE EMPFEHLUNGEN DER WELTSTAUDAMM-KOMMISSION<sup>126</sup>

Als Reaktion auf die massiven Proteste gegen Großstaudämme in zahlreichen Ländern – von Indien über Brasilien bis zu afrikanischen Staaten – entstand auf Initiative der Weltbank und der International Union for the Conservation of Nature (IUCN) 1998 die Weltstaudammkommission (World Commission on Dams, WCD). Sie setzte sich aus VertreterInnen von Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Umwelt- und Betroffenenorganisationen zusammen, führte umfangreiche Konsultationen durch und erstellte Fall- und Länderstudien. Mit Hilfe eines 68-köpfigen Beratungsgremiums machte sie die erste unabhängige, weltweite Untersuchung über die Auswirkungen von Großstaudämmen sowie vorhandene Alternativen zur Entwicklung von Wasser- und Energieressourcen. In ihrem im Jahr 2000 vorgestellten Abschlussbericht schlägt sie einen ‚Rechte und Risiken‘-Ansatz sowie sieben strategische Prioritäten vor:

- Gewinnung öffentlicher Akzeptanz
- Umfassende Prüfung von Optionen
- Überprüfung bestehender Staudämme
- Erhalt von Flüssen und Existenzgrundlagen
- Anerkennung von Ansprüchen und gerechte Teilung des Nutzens
- Einhaltung von Verpflichtungen und Vereinbarungen
- Gemeinsamer Nutzen von Flüssen zur Förderung von Frieden, Entwicklung und Sicherheit.

Wenn dieser Ansatz befolgt würde, wäre nach Ansicht der Weltstaudammkommission gewährleistet, dass soziale, umweltrelevante und wirtschaftliche Dimensionen der Entwicklung integriert wären. Ebenso bestünde Transparenz und Gewissheit für alle Beteiligten und das Vertrauen in die Fähigkeiten von Nationen und Gemeinschaften würde gestärkt, dass sie ihren künftigen Wasser- und Energiebedarf decken können. Da an der Erarbeitung des Berichts sowohl StaudammbefürworterInnen aus der Industrie als auch StaudammgegnerInnen beteiligt waren, stellen die WCD-Empfehlungen den zentralen Bewertungsstandard für den Bau neuer Staudämme dar. Ihre Einhaltung sollte für alle Projektbetreiber und am Bau beteiligten Unternehmen und Finanzdienstleister selbstverständlich sein. Die Einhaltung der Empfehlungen verlangt aber ein sehr ernsthaftes Engagement, die Prüfung kumulativer Effekte und umfassende Konsultationen, die diesen Namen verdienen.



## Der Verlust eines wilden Flusses: Das Wasserkraftprojekt Pando-Monte Lirio

Die kumulativen Folgen wurden bei der Konzeption der Wasserkraftwerke Pando-Monte Lirio in Panama nicht ausreichend berücksichtigt: Am 128 Kilometer langen Chiriqui Viejo Fluss im Westen des Landes sollen 21 neue Kraftwerke entstehen.<sup>127</sup> Zwei davon sind die hintereinandergeschalteten Wasserkraftwerke Pando und Monte Lirio mit einer Gesamtkapazität von 84 Megawatt. Auf einer Länge von 26 Kilometern werden die beiden Kraftwerke

Das Leben der Menschen in der Region ist eng mit dem Fluss verknüpft. Sie leben von der Landwirtschaft, der Fischerei und dem Tourismus. Rund 80 Prozent der landwirtschaftlichen Produkte, die in Panama produziert werden, stammen von den fruchtbaren und gut bewässerten Feldern am Chiriqui Viejo-Fluss.<sup>129</sup> Die AnwohnerInnen befürchten, dass die Kraftwerke zusammen mit den anderen geplanten Kraftwerken den ehemals wilden Fluss in eine Perlenkette isolierter Pools verwandeln werden, mit



Bauarbeiten zu Pando-Monte Lirio im Oktober 2010  
Bild: Alianza Ambiental Pro Desarrollo Integral Unidos por Panamá (AAPRODIUPA) Y FUNDICCEP

90 Prozent des Chiriqui Viejo-Wassers zu Generatoren umleiten. 10 Prozent des ursprünglichen Wassers sollen ausreichen, um den Fluss ökologisch zu erhalten.

Den größten Teil der Finanzierung von Pando-Monte Lirio, insgesamt auf 293 Millionen US-Dollar veranschlagt, stellen Entwicklungsbanken zur Verfügung. Neben der DEG sind die International Finance Corporation (IFC), die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) und die lateinamerikanische Entwicklungsbank CAF beteiligt. Die DEG gewährte einen Kredit in Höhe von 25 Millionen US-Dollar.<sup>128</sup>

negativen Folgen für die Umwelt und ihre eigene Existenz. Ihre Befürchtungen konnten nicht widerlegt werden, der Bau schritt dennoch weiter voran. Deshalb reichten die BewohnerInnen im Namen einer Reihe von Landwirtschafts-, Umwelt-, Produzentenvereinen und sozialen Gruppen 2010 Beschwerde bei den unabhängigen Beschwerdestellen der mitfinanzierenden Banken (IFC und IDB) gegen Pando-Monte Lirio ein. Die DEG besaß zu diesem Zeitpunkt noch keine solche Beschwerdestelle.

## Finanzierung trotz unvollständiger Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie

Die Beschwerdestelle der IDB (ICIM, Independent Consultation and Investigation Mechanism) bestätigte nach einer zweijährigen Prüfung, dass zum Zeitpunkt der Finanzierungsentscheidung für das Projekt durch die Banken die ökologischen und sozialen Konsequenzen nicht ausreichend untersucht worden waren. Es lag weder eine Studie zu den ökologischen Konsequenzen der Wasserrückführung vor noch eine zu den kumulativen Auswirkungen der Wasserkraftwerke in Kombination mit den anderen Wasserkraftwerken. Zudem wurde bestätigt, dass die Betroffenen unzureichend informiert und angehört worden waren.<sup>133</sup>

Die genannten Punkte verstoßen auch gegen die IFC Performance Standards, die die DEG ihren Finanzierungen zu Grunde legt. Der Bau ging, während die Beschwerde bearbeitet wurde, ohne Einschränkungen weiter. Laut Aussage der Bundesregierung wurden die fehlenden Studien inzwi-

schen nachgereicht.<sup>134</sup> Doch die Menschen vor Ort bleiben skeptisch: an die ökologischen und sozialen Konsequenzen wurde viel zu spät gedacht, als dass sie noch angemessen ins Projektdesign hätten einfließen können. Außerdem zu spät, um das Projekt Pando-Monte Lirio noch zu stoppen, was möglicherweise notwendig gewesen wäre.

---

**„Mit einer zentralen Planung [...] wäre es möglich gewesen, die Kraftwerke aufeinander abzustimmen und dadurch sowohl die Effizienz zu steigern, als auch den Fluss ökologisch zu erhalten [...]. Das, was momentan am Chiriqui Fluss geschieht, ist genau das Gegenteil: Projekte werden nach Interessen- und Investitionsmöglichkeiten geplant und realisiert, was bis auf wenige Ausnahmen negative kumulative Auswirkungen auf die Wasserressourcen in der ganzen Region hat.“**

---

Marcelo Antinori, ehemaliger Ländermanager der IDB<sup>132</sup>

127) ICIM, Independent Consultation and Investigation Mechanism (2012): Compliance Review Report "The Pando – Monte Lirio Hydroelectric Power Project": <http://idbdocs.iadb.org/wsdocs/getdocument.aspx?docnum=38789790> (Okt. 14)

128) Deutscher Bundestag (14.11.2014) Drucksache 18/3211: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/032/1803211.pdf> (Dez. 14)

129) ICIM, Independent Consultation and Investigation Mechanism (2012): Compliance Review Report "The Pando – Monte Lirio Hydroelectric Power Project": <http://idbdocs.iadb.org/wsdocs/getdocument.aspx?docnum=38789790> (Okt. 14)

130) ICIM, Independent Consultation and Investigation Mechanism (2012): Compliance Review Report "The Pando – Monte Lirio Hydroelectric Power Project": <http://idbdocs.iadb.org/wsdocs/getdocument.aspx?docnum=38789790> (Okt. 14)

131) Deutscher Bundestag (14.11.2014) Drucksache 18/3211: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/032/1803211.pdf> (Dez. 14)

132) Übersetzt nach Marcelo Antinori (2012): El problema del sector eléctrico está en su diseño: <http://www.prensa.com/impreso/opinion/el-problema-del-sector-electrico-esta-en-su-diseno-marcelo-antinori/74653> (Okt. 14)



## Der Kampf um indigenes Land: Der Staudamm Barro Blanco

Besonders betroffen von den Auswirkungen von Wasserkraftwerken sind indigene Völker, deren Leben traditionell eng mit dem Fluss verknüpft ist. Etwa beim Staudammprojekt Barro Blanco am Tabasara Fluss, ebenfalls im Westen Panamas. Die DEG ist zusammen mit der niederländischen Entwicklungsbank FMO an der Finanzierung des

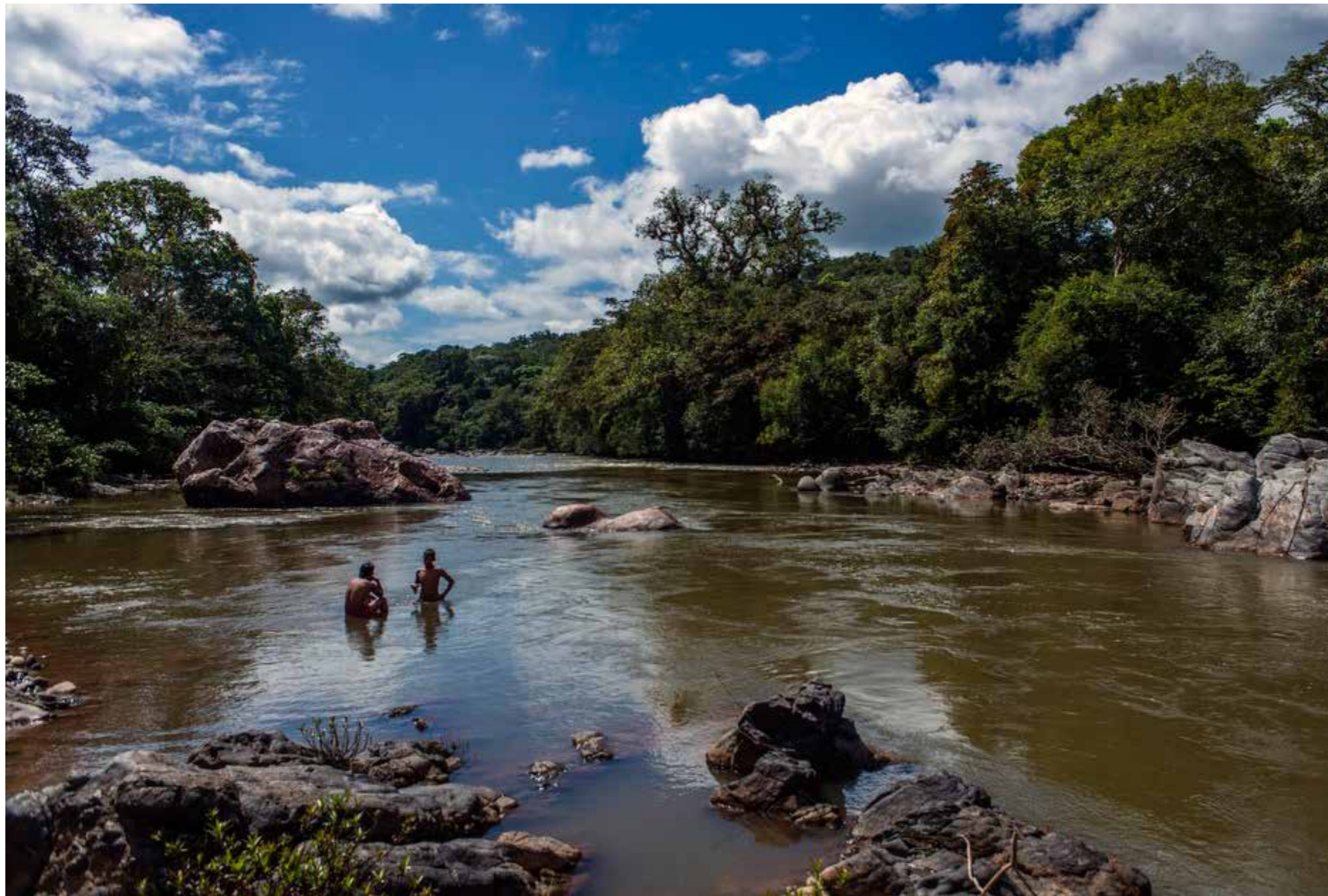
Damms beteiligt.

Oberhalb des geplanten Staudamms liegt das Gebiet der indigenen Gemeinschaft Ngäbe-Buglé. Seit Jahren kämpft das Volk darum, ihr Land vor Minen- und Wasserkraftprojekten zu schützen. Ihr Territorium wurde von der

Regierung in Panama als Gemein(schafts)eigentum des indigenen Volkes gesetzlich anerkannt, dennoch hat die Regierung Bergbau- und Wasserkraft-Lizenzen vergeben, die auch das Gebiet der Ngäbe-Buglé betreffen. Etwa die Lizenz für den Staudamm Barro Blanco. Das Wasserkraftwerk selbst liegt außerhalb des indigenen Gebiets, doch

der Stausee und die Veränderung des natürlichen Flusses reichen weit in das Land und Leben der Ngäbe hinein. Die Aufstauung des Flusses wird unmittelbare Konsequenzen auf die Biodiversität und damit auf die Ernährung der traditionell von Subsistenzwirtschaft lebenden Ngäbe haben. Zusätzlich wird der Stausee ungefähr sieben Hektar Land innerhalb des Territoriums der Ngäbe-Buglé überfluten, darunter sechs Häuser, eine Schule und eine spirituelle Stätte mit Felsenzeichnungen.

Barro Blanco ist nur eines von vielen geplanten und im Bau befindlichen Wasserkraftwerken in der Region. An anderer Stelle mussten bereits Dutzende Ngäbe-Siedlungen einem Stausee weichen. In der Region leben etwa 2.000 Ngäbe-Buglé, die für Trinkwasser, Landwirtschaft und Fischerei auf den Fluss angewiesen sind.



Der Stausee und die Veränderung des natürlichen Flusslauf durch das Staudammprojekt Barro Blanco werden weit in das Land und Leben der Ngäbe Indigenen hineinreichen, die am Ufer des Flusses wohnen, Bild: Rio Tabasara

---

**„Unser Land und unsere natürlichen Ressourcen sind die wichtigsten Aspekte unserer Kultur. Jeden Tag haben wir Angst davor, gezwungen zu werden, unser Land verlassen zu müssen.“**

---

Weni Begama, eine der betroffenen Ngäbe- Indigenen

Vor diesem Hintergrund stieß Barro Blanco von Anfang an auf großen Widerstand bei den Ngäbe-Indigenen. Sie kritisieren vor allem, dass sie nicht ausreichend informiert wurden, geschweige denn ihre Genehmigung eingeholt wurde, wie es sowohl panamaisches Recht, internationales Recht als auch die IFC Performance Standards verlangen (Recht auf Free Prior and Informed Consent, FPIC). In der ersten Fassung der Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung (USVP) wurde der Einfluss des Barro Blanco-Projekts auf die Ngäbe mit keinem Wort erwähnt.<sup>133</sup> Die für die USVP vorgeschriebene Information der Öffentlichkeit fand demnach ohne Einbeziehung der betroffenen Ngäbe-Indigenen statt.

<sup>133</sup>) Brief im Juni 2013 von diversen Umwelt- und Menschenrechtsverbände an den UN Sonderberichterstatter James Anaya: <http://carbonmarketwatch.org/wp-content/uploads/2013/06/ANAYA-FINAL-FINAL-FINAL-LA2.pdf> (Dez. 14)



Bei Protesten gegen Barro Blanco und andere Projekte kam es immer wieder zu heftigen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Indigenen, mit vielen Verletzten und mehreren Toten.<sup>134</sup> Diverse Vermittlungsversuche blieben erfolglos. Bis heute gibt es keine Einigung zwischen den Indigenen, der Regierung und dem Betreiber GENISA. Der Barro Blanco Staudamm ist jedoch zu 95 Prozent fertiggestellt.

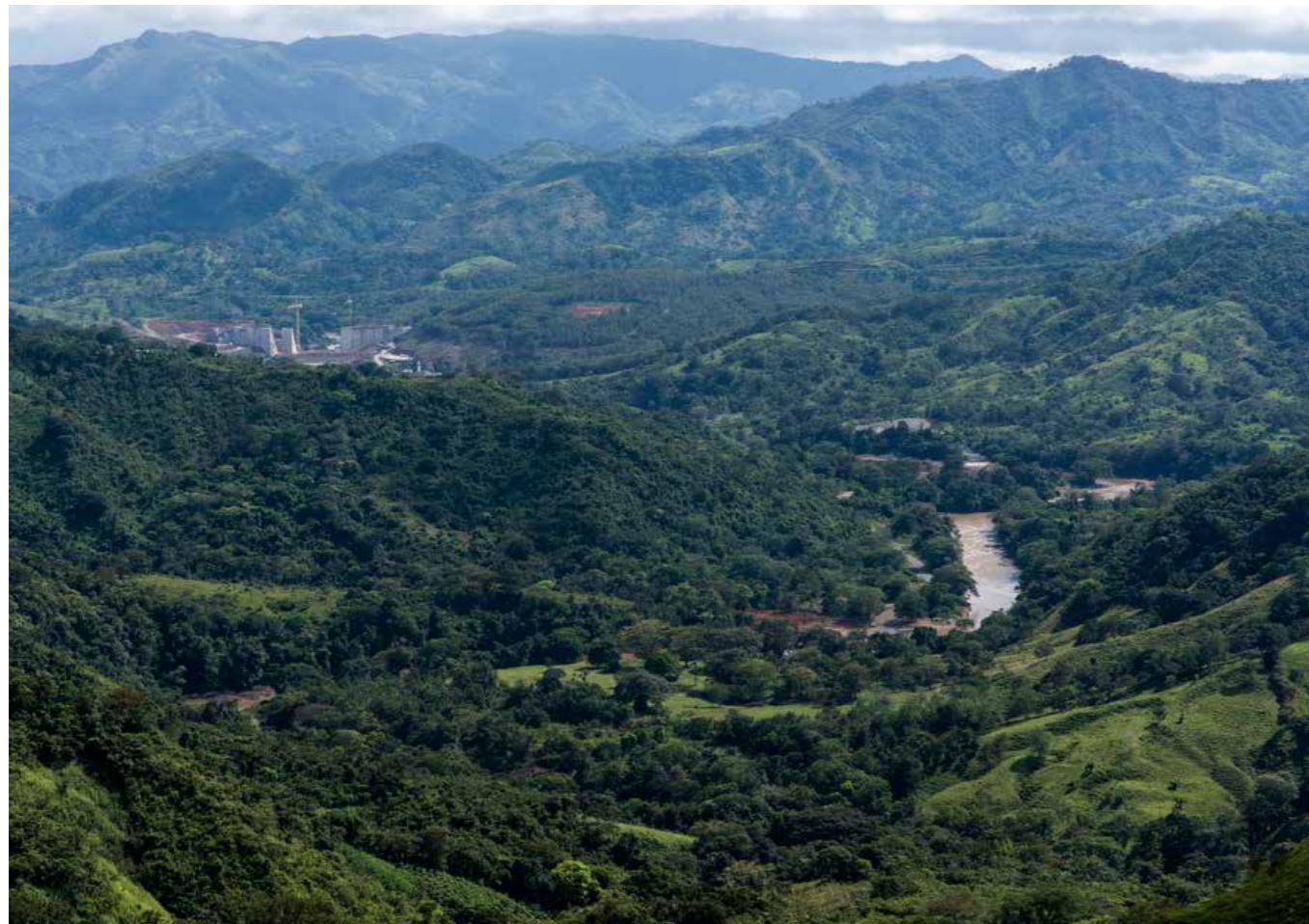
oder aber von entsprechenden Projekten abzusehen. Zum Zeitpunkt der Kreditunterzeichnung galt zwar noch die schwächere Version der Free Prior and Informed Consultation, aber selbst deren Anforderungen an umfassende Information und Konsultationen wurden nicht erfüllt.

Im Februar 2014 wandten sich die Ngäbe erneut an den UN-Sonderberichterstatter. Sie fordern seither die Auf-

deren niederländisches Pendant FMO unverzüglich zu stoppen, bis der Staudamm internationalem Recht genüge. Im Mai 2014 haben die Betroffenen über den neuen gemeinsamen Beschwerdemechanismus der DEG und FMO Beschwerde gegen Barro Blanco eingereicht. Der Bericht wird im Frühjahr 2015 erwartet.

Als die DEG 2009 die Finanzierung für Barro Blanco zusagte, beantragte die Betreiberfirma GENISA zeitgleich bei

**Die DEG muss sich dafür einsetzen, dass die Arbeiten nicht wieder aufgenommen werden, bevor alle Mängel behoben sind und es eine Einigung mit den Betroffenen vor Ort gibt.**



Der Stausee und die Veränderung des natürlichen Flusslauf durch das Staudammprojekt Barro Blanco werden weit in das Land und Leben der Ngäbe Indigenen hineinreichen, die am Ufer des Flusses wohnen. Bild: Rio Tabasara

Sowohl UNDP als auch der UN-Sonderberichterstatter James Anaya, die zur Vermittlung eingeschaltet wurden, bestätigen, dass die Betroffenen nicht ausreichend konsultiert worden seien und dem Bau des Wasserkraftwerks Barro Blanco nicht zugestimmt hätten.<sup>135,136</sup> Damit verstößt die Finanzierung des Vorhabens gegen die Umwelt- und Sozialstandards der DEG. Die Vorgaben der IFC Performance Standards, auf die sich die DEG bezieht, sehen für Projekte, die indigenes Land betreffen, einen Prozess nach dem Free Prior and Informed Consent (FPIC) vor. Dieser sieht vor, die betroffene Bevölkerung in einem frühen Stadium der Projektplanung einzubeziehen, um so eine auf umfassender Information basierende Zustimmung zu erreichen



Der Stausee wird sieben Hektar Land der indigenen Gemeinschaft Ngäbe-Buglé überfluten, darunter auch eine Schule. Bild: Rio Tabasara

hebung der Zwangsumsiedlungen und einen Baustopp. Außerdem verlangen sie die Finanzierung über DEG und



Don Luis zeigt die Stelle bis wohin das Wasser des Stausees die Felder am Flussufer überfluten wird. Die Gemeinschaft der Ngäbe-Buglé lebt traditionell in Subsistenzwirtschaft. Bild: Rio Tabasara

der Europäischen Investitionsbank (EIB) Gelder. Als die EIB jedoch ankündigte, aufgrund der Proteste vor einer Zusage eine Erkundungsmission vor Ort durchführen zu wollen, zog GENISA die Finanzierungsanfrage wieder zurück.<sup>137</sup>

### Aktuelle Entwicklungen:

Am Montag den 09.02.15 hat die panamaische Umweltbehörde ANAM die Bauarbeiten für den Staudamm Barro Blanco vorläufig gestoppt. Die Begründung: Der Damm verstoße gegen nationales Recht aufgrund von Mängeln bei der Umweltprüfung, inklusive Defizite im Konsultationsprozess und bei den Vereinbarungen mit den betroffenen indigenen Gemeinschaften. Es fehle zudem ein archäologischer Schutzplan.

134) CDMWatch Pressemitteilung 16.März 2012: Das UN-Klimakompensationsprojekt Barro Blanco erschwert die Friedensverhandlungen in Panama.  
 135) UNDP Independent Expert Assessment Report Seite 11-12  
 136) Verification Mission im September 2012 Bericht Dezember 2012) und der Peritaje Independiente (Independent Expert Assessment) Juni 2013 (Bericht September 2013).  
 137) International Rivers (2013): Chronology of Events for Barro Blanco Dam (Panama): <http://www.internationalrivers.org/chronology-of-events-for-barro-blanco-dam-panama> (Jan. 15)





Trotz Bemühungen AES Geners die Proteste zu delegitimieren, hat sich eine breite Protestbewegung „No Alto Maipo“ aus Gewerkschaften, Bauern und Anwohnern gegen das Projekt formiert, Bild: Nati Lafuente (Creative Commons)

Ein weiteres, diesmal von der KfW IPEX-Bank finanziertes, Wasserkraftwerk befindet sich momentan vor Gericht in Chile. Wegen des Verdachtes auf Korruption bei der Lizenzvergabe. Bereits 2007 hat der Betreiber AES Gener versucht, eine Genehmigung für das Projekt Alto Maipo zu erhalten. Wegen zu großer negativer Auswirkungen auf das Ökosystem und Gefahren für die Trinkwasserversorgung Santiagos wurde dies damals abgelehnt. Daraufhin startete das Unternehmen eine erfolgreiche Lobbykampagne, so dass dem Unternehmen von höherrangiger Stelle und sogar mit Zustimmung der Präsidentin Michelle Bachelet die Lizenz gewährt wurde. Diese ungewöhnliche Praxis führte zur Gründung eines Untersuchungsausschusses im chilenischen Parlament. Dieser kam einstimmig zu dem Ergebnis, dass bei der Lizenzvergabe Korruption im Spiel war. Der Fall wird momentan vor Gericht verhandelt.<sup>138,139</sup>

Trotz Korruptionsverdachtes und zahlreicher Proteste vor Ort begannen im Dezember 2013 die Bauarbeiten. Die lokale Bevölkerung steht dem Projekt gespalten gegenüber: Einige hoffen auf Arbeit und Beschäftigung durch das Projekt. Die Gegner befürchten eine langsame Verstepfung der Region und einen Rückgang der landwirtschaft-

lichen Erträge und des Tourismus. Hinzu kommen die negativen Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung. Das Gebiet ist eines der wichtigsten Trinkwasserreservoirs für die Hauptstadt Santiago: Es versorgt mehr als sechs Millionen Menschen mit Wasser. Am 13. Dezember 2014 demonstrierten in Santiago 25.000 Menschen gegen das Projekt Alto Maipo.

Profitieren wird von dem Kraftwerk vor allem die Kupfermine Minera Los Pelambres, die vom chilenischen Bergbaukonzern Antofagasta betrieben wird. Es ist bereits vertraglich eine Abnahme von 780 GWh Strom pro Jahr vereinbart.<sup>140</sup> Damit geht der Großteil des gewonnenen Stroms direkt in den Bergbau, denn es ist bereits erwiesen, dass Alto Maipo die vorhergesagte Kapazität von 530 Megawatt nicht erreichen wird, da der Fluss zu wenig Wasser führt.

Im Januar 2014 hat die KfW IPEX-Bank ihre Beteiligung an der Finanzierung des Alto Maipo-Projektes bekannt gegeben.<sup>141</sup> Auch an der Finanzierung der Kupfermine Los Pelambres ist die KfW IPEX-Bank mit einem Kredit aus dem Jahr 2009 beteiligt.

## FORDERUNGEN ZU WASSERKRAFT

Um massive soziale und ökologische Problemen im Bereich Wasserkraft zu vermeiden, muss die KfW Bankengruppe bei ihren Finanzierungen:

- die Einhaltung der WCD-Empfehlungen für die gesamte KfW Bankengruppe verbindlich machen und effektiv umsetzen. Die KfW sollte hier dem Beispiel von Privatbanken wie der britischen HSBC folgen, die mittlerweile keine finanzielle Unterstützung von Dämmen mehr gewähren, die nicht mit dem WCD-Regelwerk übereinstimmen.
- die Mitbestimmungsrechten indigener Gemeinschaften einhalten und umsetzen
- Großstaudämme, die die Umsiedlung von Tausenden von Menschen erfordern, grundsätzlich von einer Finanzierung ausschließen. Die US-amerikanischen OPIC, die im Auftrag der US-Regierung Kredite und Risikobürgschaften für Privatinvestitionen von US-Firmen vergibt, hat als Obergrenze eine Umsiedlung von 5000 Menschen festgelegt<sup>142</sup>
- keine Wasserkraftprojekte in Konfliktgebieten finanzieren, die aus Konkurrenz um Wasserressourcen zwischenstaatliche Konflikte schüren oder befördern.

138) Ortiz, Marcela Mella 2013: Alto Maipo endangers Santiago water supply. Call for IFC to reject funding: <http://www.brettonwoodsproject.org/2013/09/art-573402/> (Dez. 14)

139) Juan Pablo Orrego (2014): Saving Santiago's Watershed from Business as Usual: <http://www.internationalrivers.org/blogs/331-5> (Okt. 14)

140) Wallis, Shani 2013: Alto Maipo Chile granted notice to proceed: <http://tunneltalk.com/Alto-Maipo-Chile-18Dec2013-Notice-to-proceed.php> (Dez. 14)

141) Pressenews 08.01.14: KfW IPEX-Bank finanziert Wasserkraftwerk in Chile: [https://www.kfw-ipex-bank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-IPEX-Bank/Presse/News/Newsdetails\\_182336.html](https://www.kfw-ipex-bank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-IPEX-Bank/Presse/News/Newsdetails_182336.html) (Dez. 14)

142) OPIC Environmental & Social Review— Dam Projects: [http://www.opic.gov/sites/default/files/docs/dam\\_review\\_procedures.pdf](http://www.opic.gov/sites/default/files/docs/dam_review_procedures.pdf) (Jan. 15)



## SANTA RITA: WER SICH WEHRT, LEBT VERKEHRT?



Die Menschen die sich gegen den geplanten Staudamm Santa Rita wehren sind massiven Repressionen ausgesetzt. Sieben Tote, 70 Verletzte, 30 illegal eingesperrte Personen und 30 abgebrannte Häuser sind die traurige Bilanz für die Indigenen Völker, die für ihre verbotenen Rechte kämpfen, Bild: Asociación de Jóvenes para el Desarrollo y Rescate Social (AJODER)

Im August 2014 stürmten 1.500 Polizisten auf Befehl des guatemaltekischen Innenministeriums das Gebiet der Q'eqchi' Gemeinschaften Cobán, Chisec und Raxruhá. Dies ist der bisherige Höhepunkt der Repressionen gegen die indigenen Gemeinschaften, die sich gegen den Bau des Staudamms Santa Rita auf ihrem Gebiet wehren. Die Polizisten lösten dabei eine friedliche Blockade auf, an der 200 Fa-

milien teilgenommen hatten, provozierten die EinwohnerInnen und nahmen willkürlich Menschen fest. Auch gegen Kinder und alte Menschen wurde dabei Tränengas eingesetzt. Über einen Tag lang blieben die Polizisten in der Region, während sich die meisten Familien aus Angst in die Berge flüchteten. Sicherheitskräfte drangen unterdessen gewaltsam in ihre Häuser ein, stahlen Geld, Essen und Tiere. Drei Menschen wurden an dem Tag getötet, 50 verletzt und 30 festgenommen.

Santa Rita ist einer von drei im Bau befindlichen Staudämmen am Icbolay Fluss in der Region Alta Verapaz in Guatemala. Geplant ist ein Laufwasserkraftwerk mit einem Reservoir und einer Kapazität von 24,2 Megawatt. Der Betreiber ist die guatemaltekische Gesellschaft Hidroeléctrica Santa Rita S.A.. Seit Juni 2014 ist Santa Rita als Clean Development Mechanismus (CDM)- Projekt registriert und erhält damit die Möglichkeit, über den Verkauf von Emissionszertifikaten, zusätzliche Gewinne zu erwirtschaften und die gewonnene Energie als ‚sauber‘ und ‚nachhaltig‘ zu vermarkten.

Seit 2010 wehren sich die indigenen Gemeinschaften gegen die Pläne für den Staudamm auf ihrem Land. Viele der Betroffenen wurden niemals konsultiert. Zu den Gesprächen im Jahr 2009, die der Betreiber als Konsultationen ausgibt, wurden nur ausgewählte Personen eingeladen, Diejenigen, die nicht gegen den Bau waren. Die Gemeinschaft der Q'eqchi' reichte daraufhin eine Beschwerde bei der regionalen Regierung ein. Diese wurde jedoch niemals bearbeitet.

Ohne Anhörung, geschweige denn Zustimmung der gesamten betroffenen Gemeinschaften, begannen 2012 die Bauarbeiten. Das Fehlen der Konsultationen verstößt nicht nur gegen guatemaltekisches Recht (Guatemalan Agreement on Identity and Rights of Indigenous Peoples), sondern auch gegen die Richtlinien der finanzierenden Banken. Neben der niederländischen Entwicklungsbank FMO und dem Privatsektorarm der Weltbank, IFC, ist auch die DEG über einen Private-Equity Fonds an der Finanzierung beteiligt.<sup>143</sup>

Die Berichterstatterin für die Rechte der Indigenen der Inter-Amerikanischen Kommission für Menschenrechte (IACHR) bestätigte bei einem Besuch vor Ort, dass der Staat den Bau genehmigt hat, ohne dass ein Konsultations-Verfahren nach FPIC stattgefunden hat.

---

**“It is also of concern that the current licenses for mining and hydroelectric plants were granted without the State having implemented prior, free, and informed consultation with affected indigenous communities, as it is obligated to do under international treaties signed by Guatemala,”**

---

Dinah Shelton, IACHR Berichterstatterin für das Recht von Indigenen, 2013 bei einem Besuch in Guatemala<sup>144</sup>

143) Enfoque (2013): Hidroeléctrica Santa Rita: <http://www.albedrio.org/htm/otrosdocs/comunicados/EnfoqueNo31HidroelectricaSantaRitaDiciembre2013.pdf> (Nov. 14)  
144) Inter-American Commission on Human Rights (IACHR) Presseerklärung (Sept. 2013): Office of the Rapporteur on the Rights of Indigenous Peoples Conducted Working Visit to Guatemala: [http://www.oas.org/en/iachr/media\\_center/PReleases/2013/066.asp](http://www.oas.org/en/iachr/media_center/PReleases/2013/066.asp) (Nov. 14)



Im August 2013 eskalierten die Auseinandersetzungen, als die Polizei versuchte, einen der Organisatoren illegal einzusperren. Im gleichen Monat wurden zwei Kinder der Gemeinschaft Monte Olivo von einem Unbekannten erschossen. Doch statt nach diesen tragischen Ereignissen die Situation zu deeskalieren, reagierte die Regierung mit einer Verschärfung der Repressionen. Auch die Gewalt hat seitdem zugenommen. Sieben Tote, darunter zwei Kinder, 70 Verletzte, 30 illegal eingesperrte Personen und 30 abgebrannte Häuser sind die traurige Bilanz für die Indigenen Völker, die für ihre verbrieften Rechte kämpfen.

Ende Oktober 2014 haben die Betroffenen mit einer Reihe von internationalen NGOs Beschwerde beim CAO Ombudsman, dem unabhängigen Beschwerdemechanismus der IFC, gegen Santa Rita eingeleitet. Das Verfahren läuft.

Die Beteiligung der DEG an der Finanzierung von Santa Rita läuft über den Private Equity Fond „Real Infrastructure Capital Partners LLC“, der auf Investitionen in ‚erneuerbare‘ Energien in Lateinamerika spezialisiert ist. Es handelt sich dabei um eine Finanzierung der DEG über Finanzintermediäre (siehe S.10), wobei die DEG Geld nicht direkt der ausführenden Firma zur Verfügung stellt, sondern einer Vermittlungsinstanz, die das Geld weiter verteilt. Rund 33 Prozent der DEG-Finanzierungen laufen über solche Finanzintermediäre, bei denen die Bank weniger Kontrolle über Projekte sowie deren sozialen und ökologischen Konsequenzen hat. Auch ist unklar, welche Bedingungen die DEG an Finanzintermediäre stellt und ob den Finanzierungen, wie bei der DEG selber, die IFC Performance Standards zu Grunde gelegt werden müssen. Diese schreiben für Projekte, die indigenes Land betreffen, einen Prozess nach dem Free Prior and Informed Consent (FPIC) vor, welcher im Fall von Santa Rita nicht stattgefunden hat.

Vorliegenden Informationen zufolge hatte die DEG zuvor eine Direktfinanzierung des Santa Rita- Staudamms abgelehnt. Wahrscheinlich aus gutem Grund – wie die aktuellen Entwicklungen zeigen.

**Die DEG muss sich dafür einsetzen, dass die Bauarbeiten eingestellt werden, bis der Ausgang der Beschwerde vorliegt. Darüber hinaus muss sie dafür sorgen, dass mögliche Zahlungen aus dem Real Infrastructure Capital Partners LLC-Fonds mit sofortiger Wirkung eingefroren werden, bis eine Klärung der Situation vor Ort stattgefunden hat.**





## IV.6. FALSCH FREUNDE: KfW UND RÜSTUNG



Bild: ICAN Deutschland

Rüstung spiele keine so große Rolle bei der KfW, heißt es immer wieder. Das Reputationsrisiko, das diese Geschäfte mit sich bringen, ist dafür umso größer. Zumal für eine Bankengruppe, die nicht nur Exportfinanzierer, sondern zugleich auch noch Entwicklungsfinanzierer ist. Gerne verweist die KfW-Bankengruppe darauf, dass sie derartige Geschäfte oft im staatlichen Interesse und mit Auftrag durch den Bund tätigt. Vor kurzem erst sicherte Wirtschaftsminister Gabriel mittelständischen Unternehmen, deren Zahlungsfähigkeit aufgrund einer geplant restriktiveren Rüstungsexportpolitik bedroht sei, die Hilfestellung durch die bundeseigene KfW-Bank zu.<sup>145</sup>

Auffälligstes Beispiel in diesem Kontext ist die KfW-Beteiligung an dem Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern Airbus (früher EADS). Die Bundesregierung hat die KfW 2012 beauftragt, Airbus-Anteile zu erwerben.<sup>146</sup> Aktuell hält sie knapp 10 Prozent der Stimmrechtsanteile des Konzerns<sup>147</sup>, der gut 20 Prozent seines Umsatzes mit Rüstungsgütern macht.

Ganz ohne Weisung von „oben“ gewährte die KfW IPEX-Bank dem Konzern 2011 zusätzlich einen Kredit im Umfang von geschätzten 76 Mio. US-Dollar.<sup>148</sup> Die KfW verteidigt dieses Geschäft damit, nur konkrete Einzelprojekte und Einzelexporte von Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie zu finanzieren, wie z.B. Flugzeuge oder Flugzeugeteile wie Triebwerke.<sup>149</sup> Das hält sie für un-

problematisch. Tatsächlich ist jedoch Airbus einer der größten Rüstungskonzerne weltweit (Platz 7) mit verkauften Rüstungsgütern im Wert von 15,7 Mrd. US-Dollar im Jahr 2013<sup>150</sup> und immer wieder in die Finanzierung höchst problematischer Rüstungsgüter und -geschäfte verstrickt.

So setzt der Airbus-Konzern zunehmend auf den Export seiner Militärtechnologie. Saudi-Arabien bestellte 2010 bei EADS ein komplettes System zur Sicherung seiner Außengrenzen im Wert von mehreren Milliarden Euro, das 2016 übergeben werden soll. Kritiker wie Amnesty International befürchten, dass die Überwachungstechnologie auch dazu genutzt werden könnte, die Meinungs- und



Bild: Uwe Hiks, Naturfreunde Deutschland

Versammlungsfreiheit zu unterdrücken. Die Menschenrechtslage in dem Königreich gilt als besorgniserregend. Abgesehen davon ermittelt aktuell die Staatsanwaltschaft München I gegen die Rüstungssparte des Airbus-Konzerns wegen Korruptionsverdachts bei diesem Deal.<sup>151</sup>

Nicht weniger heikel ist, dass die Airbus Group zusammen mit BAE Systems und Finmeccanica Anteilseigner am MBDA-Rüstungsunternehmen ist. MBDA fertigt u.a. die neuen M-51-Atomraketen für die französische U-Bootflotte<sup>152</sup> sowie die ASMPA-Atomraketen für die französische Luftwaffe.<sup>153</sup>

Für die KfW ist das alles kein Problem, solange ihre ei-

genen Finanzierungen konkret nur die zivile Sparte der Luft- und Raumfahrtkonzerne betreffen oder es sich um allgemeine Unternehmensfinanzierungen handelt. Hier ist die deutsche Politik gefordert, „ihrer“ Förder- und Exportbank im Rüstungsbereich klare und vor allem einheitliche Richtlinien zu geben. Die Bundesregierung macht sich unglaubwürdig, wenn sie zwar einerseits Atomwaffen ächtet und sich für deren Abschaffung einsetzt, andererseits aber nicht konsequent gegen deren Finanzierung vorgeht. Und außerdem ihre Hausbank mit Finanzierungen von und Beteiligungen an Mischkonzernen wie der Airbus Group zum Beispiel dazu beiträgt, dass diese ihr Atomwaffengeschäft weiter am Leben halten können.

### Zweifelhafte Exportschlager: „Alles was schwimmt, geht“

Neben der Airbus Gruppe gehört auch der Thyssen-Krupp-Konzern zum Kundenkreis der KfW IPEX-Bank. Das Tochterunternehmen ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) hat sich auf den Marineschiffbau spezialisiert. Aktuell steht das Unternehmen in der Kritik, weil es U-Boote für die israelische Armee baut, die nach Expertenmeinung von Israel mit nuklear bestückten Marschflugkörpern ausgestattet werden könnten. Auch die Lieferung von U-Booten und Fregatten an Singapur oder Algerien werden von Menschenrechtsorganisationen vehement kritisiert. So äußert sich der „Amnesty International Report 2013“ besorgt zur Lage der Menschenrechte in Singapur und die Rüstungsgeschäfte mit Algerien kritisiert die Gesellschaft für Bedrohte Völker vehement: „Statt sich für Demokratie in Algerien einzusetzen, verkauft Deutschland lieber Fregatten an das marode Regime in Algerien.“<sup>154</sup> Gerade als öffentliche Bankengruppe, die gleichzeitig als Entwicklungsfinanzierer agiert, sollte die KfW keine Unternehmen fördern, die mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht werden können.

Auch ganz konkret praktiziert die KfW das vom damaligen Außenminister Genscher in den 80er Jahren ausgegebene

Prinzip „alles, was schwimmt, geht“ noch immer. Aktuell hat sie einige wenige derartige Projekte mit militärischem Hintergrund im Portfolio. Bei Schiffen führt sie keine eigenen Prüfungen durch, sondern folgt den Vorgaben der Bundesregierung sowie den entsprechenden Bestimmungen aus dem Kriegswaffenkontroll- und dem Außenwirtschaftsgesetz. Doch es bleibt die Frage, ob Geschäfte, die kein Waffengesetz brechen, auch noch zusätzlich durch gute Finanzierungsbedingungen gefördert werden sollten. Aus Kohärenzgründen und um der eigenen Glaubwürdigkeit willen sollte sich die KfW aus Rüstungsgeschäften aller Art und von derartigen Kunden und Mischkonzernen komplett verabschieden.

- 145) Deutsche Welle 05.09.14: Gabriel verspricht ein neues Rüstungskonzept: <http://www.dw.de/gabriel-verspricht-ein-neues-r%C3%BCstungskonzept/a-17904243> (Dez. 14)
- 146) Per Zuweisungsschreiben gem. § 2 Abs. 4 KfW-Gesetz
- 147) KfW 30.01.13: Zuweisung einer Beteiligung der KfW an der EADS N.V.: [https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/News/News-Details\\_19980.html](https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/News/News-Details_19980.html) (Dez. 14)
- 148) Pax, ICAN (2014): Don't bank on the bomb: [http://www.dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2014/11/2014\\_DBOTB\\_full-web.pdf](http://www.dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2014/11/2014_DBOTB_full-web.pdf) (Dez. 14)
- 149) KfW 18.11.14: KfW finanziert keine Atomwaffen: [https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/News/News-Details\\_237376.html](https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/News/News-Details_237376.html) (Dez. 14)
- 150) <http://www.sipri.org/research/armaments/production/recent-trends-in-arms-industry> (Dez. 14)
- 151) Ott, K. Süddeutsche 03.12.14: Schmiergeld-Razzia bei Airbus: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ruestungsgeschaeft-schmiergeld-razzia-bei-airbus-1.2248478> (Dez. 14)
- 152) Hauptauftragnehmer des M-51-Programms ist die Airbus Group. Der Auftragswert beläuft sich auf ca. 3 Mrd. Euro bei einer geplanten Produktionslaufzeit von 10 Jahren. Wegen der Verstrickung des Konzerns in die Produktion von Atomwaffen steht der Konzern auf der Ausschlussliste des weltweit größten Staatsfonds, dem Norwegischen Pensionsfonds.
- 153) Pax, ICAN (2014): Don't bank on the bomb: [http://www.dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2014/11/2014\\_DBOTB\\_full-web.pdf](http://www.dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2014/11/2014_DBOTB_full-web.pdf) (Dez. 14)
- 154) zit.n.: Friedrichs, H., Süddeutsche 23.04.13: Milliarden mit Kriegsschiffen: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-04/ruestungsexporte-marine-waffen-algerien> (Dez. 14)



---

# FORDERUNGEN KfW UND RÜSTUNG

---

**Finanzierungen im Rüstungssektor und für Rüstungsunternehmen sind nicht mit dem Auftrag der KfW Bankengruppe, die Umsetzung internationaler Menschenrechte aktiv zu unterstützen, vereinbar.**

**Die KfW verpflichtet sich selbst dazu, Vorhaben von einer Finanzierung auszuschließen, die nicht akzeptable soziale Auswirkungen haben. Rüstungsexportgeschäfte erfüllen diesen Tatbestand.**

**Die KfW sollte daher umgehend:**

- aus der Finanzierung von Projekten und Exportgeschäften (Flugzeuge, Schiffe etc.) mit militärischem Hintergrund aussteigen**
  
  - aus der Finanzierung von (Misch-)Konzernen aussteigen, die Rüstungsgüter in menschenrechtlich sensible Regionen exportieren, gegen den Waffenhandelsvertrag ATT (Arms Trade Treaty) oder Embargos verstoßen sowie besonders zerstörerische und völkerrechtswidrige Waffensysteme wie z.B. Atomwaffen u.ä. entwickeln, herstellen oder warten.**
- 

---

# V. ZUSAMMENFASSUNG UND FORDERUNGEN

---

Die nachfolgenden Forderungen richten sich primär an die KfW Bankengruppe. Doch als Inhaber der Bank stehen ebenso die Bundesregierung und die Landesregierungen in der Verantwortung.

Sie müssen sicherstellen, dass ihre Bank den Nachhaltigkeitszielen der Bundesrepublik nachkommt und keine Finanzierungen eingetht, die Menschenrechte bedrohen oder die Umwelt schädigen.

## I. TRANSPARENZ

Transparenz ist ein zentraler Dreh- und Angelpunkt, um ökologische und soziale Risiken von Projekten frühzeitig zu erkennen und so effektiv vor Fehlinvestitionen zu schützen. Sie ist zudem eine wichtige Voraussetzung für den Dialog mit Projektbetroffenen und für ihre aktive Teilnahme.

Doch gerade bei der Transparenz hinkt die KfW Bankengruppe anderen internationalen öffentlichen (Entwicklungs-) Banken, wie zum Beispiel IFC, EIB oder IDB deutlich hinterher. Denn im Gegensatz zur KfW besitzen diese Banken bereits Richtlinien zur Veröffentlichung von Projektdokumentationen, um der Öffentlichkeit frühzeitig Basisinformationen zu geplanten Projekten bereitzustellen.

Die KfW Bankengruppe hat sich lange kategorisch Zeit geweigert, systematisch über die von ihr finanzierten Projekte zu informieren und tut dies teilweise nach wie vor. Einen ersten zaghaften Schritt in Richtung Transparenz ist die KfW Entwicklungsbank 2013 gegangen: seitdem legt sie offen, welche Projekte sie finanziert. Allerdings erst im Nachhinein und ohne Prüfberichte bereitzustellen, wie dies die internationale Konkurrenz seit langem tut. Die DEG hat im Frühjahr 2015 angekündigt nachzuziehen und Daten zu Investitionen zu veröffentlichen, die sie ab 2015 tätigt. Die KfW IPEX-Bank, versteckt sich weiter hinter dem Geschäfts- und Bankgeheimnis und verweigert Informationen über die von ihr getätigten Finanzierungen. Dabei sind auf kostenpflichtigen Finanzdatenbanken Teile der Informationen ohnehin schon bekannt, nur eben nicht der Allgemeinheit öffentlich zugänglich.

**KfW Entwicklungsbank, DEG und KfW IPEX-Bank müssen sich dem internationalen Standard öffentlicher (Entwicklungs-) Banken anpassen und:**

- vor der Finanzierungszusage eine Zusammenfassung des Investitionsvorhabens, einschließlich des Ausmaßes der Umwelt- und Sozialauswirkungen öffentlich machen und den Betroffenen in einer kommunikativ und kulturell angepassten Weise zugänglich machen. Ebenso alle Prüfberichte (einschließlich menschenrechtlicher und anderer erforderlicher Prüfungen), so dass Betroffene noch ausreichend Zeit haben, ihre Bedenken vor der Kreditzusage zu äußern. Hier sollte sie den Vorgaben der Weltbank-Tochter IFC folgen, auf deren Umwelt- und Sozialstandards die KfW ansonsten immer gerne als Referenz verweist. Die IFC veröffentlicht bei Projekten mit erheblichen negativen Auswirkungen min-



destens 60 Tage vor Bewilligung der Finanzierung, bei allen anderen Projekten mindestens 30 Tage vorher, grundlegende Informationen

- den Verlauf des Mitsprache- und Konsultationsprozesses mit Betroffenen transparent machen, insbesondere bei Projekten, die indigenes Land betreffen
- nach Bewilligung der Finanzierung alle weiteren erforderlichen Dokumente veröffentlichen, wie zum Beispiel den Umwelt- und Sozialmanagementplan
- bei Finanzierungen über Finanzintermediäre Informationen über die von diesen finanzierten Projekte nach den oben genannten Kriterien veröffentlichen
- das Verfahren und die oben genannten Prüfberichte von einer unabhängigen und partizipativen Stelle prüfen lassen.

## 2. UNABHÄNGIGER BESCHWERDEMECHANISMUS

Für die Wahrung grundlegender Umwelt- und Sozialstandards ist die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle von elementarer Bedeutung.

Vorreiter und Pionier auf diesem Gebiet sind die multilateralen Entwicklungsbanken, allen voran die Weltbank, die bereits Anfang der 90er Jahre einen Beschwerdemechanismus eingeführt haben. Seither können dort Betroffene ihre Einwände vorbringen, wenn zum Beispiel ihre Landrechte missachtet, Kompensationen nicht gezahlt oder Gewässer verseucht werden.

Die unabhängig agierenden Beschwerdestellen sollen überprüfen, inwieweit ein Verstoß vorliegt und ggf. Maßnahmen vorschlagen, um die Schäden für die Betroffenen zumindest zu minimieren.

In der KfW Bankengruppe verfügt bisher - und auch das erst seit kurzem - nur die DEG über einen solchen Beschwerdemechanismus.

Die KfW IPEX-Bank schiebt bisher die Verantwortung für eine Beschwerdestelle auf ihre Kunden, die Projektbetreiber; ab.<sup>156</sup> Ein solcher Beschwerdemechanismus greift jedoch zu kurz, da aus Angst vor Repressalien Beschwerden teilweise nicht eingereicht werden.

Die KfW Entwicklungsbank nennt in ihrer Nachhaltigkeitsrichtlinie keinen Beschwerdemechanismus, verfügt wohl aber über ein internes Verfahren, mit dem Beschwerden aufgegriffen werden.<sup>157</sup>

---

**„Im Rahmen ihrer Verpflichtung verantwortungsvoll und transparent zu handeln, hat die DEG ein Beschwerdeverfahren entwickelt.“**

---

DEG<sup>155</sup>

---

155) Zitiert nach: <https://www.deginvest.de/Internationale-Finanzierung/DEG/Die-DEG/Verantwortung/Beschwerdemanagement/> (Dez.14)  
156) KfW IPEX-Bank (2013): Richtlinie der KfW IPEX-Bank GmbH für ein umwelt- und sozialgerechtes Finanzieren  
157) Kämpf, Andrea (2013): Mehr Menschenrechte durch Rechenschaftslegung. Deutsches Institut für Menschenrechte

---

## **„Ein Beschwerdemechanismus gibt denjenigen eine Stimme, die die Auswirkungen von Entwicklungszusammenarbeit erfahren: den Betroffenen“.**

---

Andrea Kämpf, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Menschenrechte<sup>158</sup>

**Mit Bereitstellung der Finanzierung trägt die KfW dazu bei, dass Projekte realisiert werden. Damit trägt sie auch Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen. Aus diesem Grund müssen die KfW Entwicklungsbank und die KfW IPEX-Bank:**

- eine unabhängige Beschwerdestelle einrichten, die für Menschen in den Ländern, in denen die jeweiligen KfW-Banken aktiv sind, in der jeweiligen Landessprache leicht zugänglich ist. Die Arbeit der Beschwerdestelle muss ebenso proaktiv bekannt gemacht werden wie die finanzierten Projekte.

## 3. BMZ MENSCHENRECHTSKONZEPT

Im Mai 2011 stellte das BMZ sein neues Menschenrechtskonzept für die deutsche Entwicklungspolitik vor. Seither ist eine menschenrechtliche Risikoabschätzung für alle bilateralen Projekte, die mit BMZ-Mitteln realisiert werden, verbindlich vorgeschrieben. Diese Maxime gilt somit auch für die KfW Entwicklungsbank und die DEG. Allerdings tut sich hier bei genauerer Analyse ein großes Schlupfloch auf: für Projekte, die die Banken aus Eigenmitteln realisieren – und das sind bei der DEG rund 98 Prozent bei KfW Entwicklungsbank rund 41 Prozent der Finanzierungen<sup>159</sup> – gilt die Menschenrechts-Prüfung lediglich als Richtschnur.

Auf Nachfrage verweist die DEG darauf, auch beim Thema Menschenrechte die IFC Performance Standards einzuhalten. Diese integrieren zwar einzelne Menschenrechtsaspekte wie z.B. die Kernarbeitsnormen und die Beteiligungsrechte von Indigenen (FPIC), fordern aber keine umfassende menschenrechtliche Prüfung, selbst bei Projekten mit hohen menschenrechtlichen Risiken nicht.

**Der Schutz der Menschenrechte gehört zu den Staatenpflichten. Für eine öffentliche Bank darf deshalb die Berücksichtigung menschenrechtlicher Mindeststandards nicht nur für die Entwicklungszusammenarbeit verbindlich sein. Sie muss im Rahmen einer glaubwürdigen und kohärenten Geschäftspolitik Aufgabe aller internationalen Geschäftssparten der KfW Bankengruppe sein. Gerade weil sie teilweise in Ländern agieren, in denen Menschenrechte oftmals verletzt werden. Deswegen muss die KfW Bankengruppe:**

- innerhalb des gesamten Geschäftsbereichs der KfW Entwicklungsbank, der DEG und der KfW IPEX-Bank eine menschenrechtliche Risikoabschätzung vor Finanzierungszusagen durchführen (unabhängig der Kategorisierung des Projekts). Diese muss der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

---

158) Kämpf, Andrea (2013): Mehr Menschenrechte durch Rechenschaftslegung. Deutsches Institut für Menschenrechte  
159) Anteil an Neuzusagen 2013



#### 4. AUSSCHLÜSSE UND SEKTORSPEZIFISCHE RICHTLINIEN

Die KfW Bankengruppe will mit ihren Finanzierungen „den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben und zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen“.

Dieses Ziel konsequent weitergedacht, erfordert, sich von bestimmten Geschäftssparten und -kunden zu verabschieden, da sie einem zukunftsweisenden gesellschaftlichen Wandel im Wege stehen oder die Lebensqualität von Menschen massiv schädigen.

Es ist öffentlich nicht vermittelbar, Unternehmen zu finanzieren, die sich an Rüstungsexporten in Krisenregionen beteiligen oder die bei ihren Rohstoffprojekten Umwelt und Menschenrechte massiv schädigen und das Klima weiter schädigen. Die KfW sollte dem Vorbild anderer Finanzdienstleister folgen und Unternehmen, die immer wieder als Umweltsünder oder Menschenrechtsverletzer auffallen, von ihrer Kundenliste streichen (vgl. *Glencore bei der EIB oder Streumunitions-, Landminen- und Atomwaffenhersteller beim Norwegischen Pensionsfonds*).

Um ein Mindestmaß an Kohärenz zwischen den unterschiedlichen Aufgaben der KfW-Bankenarme zu gewährleisten, ist es unerlässlich, aus sensiblen Sektoren wie der Rüstungs- und Kohlefinanzierung komplett auszusteigen. Rüstung, weil die hiesigen Rüstungsexporte auf Kosten der Entwicklungsfinanzierung gehen und Finanzmittel binden, die besser in öffentliche Infrastruktur wie Bildung oder Gesundheit investiert werden sollten. Kohle, weil die CO<sub>2</sub>-intensive Verbrennung der Kohle weder zukunftsweisend noch mit dem von der Bundesregierung ausgegebenem Ziel vereinbar ist, die globale Klimaerwärmung auf maximal 2°C zu begrenzen. Schon eine Erwärmung von 2°C geht mit katastrophalen Auswirkungen für Menschen in zahlreichen Entwicklungsländern einher. Vorbilder bei Kohle sind die Weltbank, die EBRD und die EIB, die Kohle nicht mehr oder nur noch stark eingeschränkt finanzieren. Insgesamt sollte die KfW einen Ausstiegsplan für fossile Energieträger entwickeln.

Ausschlusskriterien sind das eine – stärker aufeinander abgestimmte Sektorstandards für sensible Sektoren das andere, um zu einem halbwegs glaubwürdigen Risikomanagement bei der KfW Bankengruppe zu kommen. Die IFC-Richtlinien bleiben hier in vielen Bereichen recht vage. Sektorstandards hingegen können sehr viel genauer die spezifischen Probleme einer jeden Branche berücksichtigen. Insgesamt steht die KfW Bankengruppe dem Thema Sektorstandards skeptisch gegenüber, lediglich im Bereich der Wasserkraft hat sich die KfW Entwicklungsbank über die IFC Standards hinaus verpflichtet, die Empfehlungen der Weltstaudammkommission (WCD) zu beachten<sup>160</sup> (vgl. Kapitel IV.5).

Auch die im Auftrag der Weltbank durchgeführte Extractive Industries Review benennt klare Empfehlungen für Aktivitäten im Rohstoffbereich. Im Bereich Landwirtschaft sind die „FAO Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests“, die weitreichendsten internationalen Richtlinien, beim Versuch Landgrabbing vorzubeugen.

Gerade eine öffentliche Bank wie die KfW Bankengruppe sollte als Gesamtgruppe solche konsultativen Prozesse und Empfehlungen begleiten und folgen, zumindest, wenn sie sich glaubhaft als Umwelt- und Klimabank präsentieren möchte.

**Die KfW Bankengruppe ist in ihrem internationalen Geschäftsfeld in einer Vielzahl von Sektoren aktiv, von denen einige besonders anfällig für Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung sind. Die allgemeinen Umwelt- und Sozialstandards reichen nicht aus, um den spezifischen Sektorproblemen zu begegnen. Vor diesem Hintergrund muss die KfW Bankengruppe:**

- für jeden Sektor die von Zivilgesellschaft und Industrie legitimiertesten Standards anwenden und breitangelegte Prozesse aus Zivilgesellschaft und Industrie zur Erarbeitung solcher Richtlinien unterstützen
- Sektoren, die große Schäden für Mensch und Umwelt zur Folge haben, gänzlich von der Finanzierung ausschließen, zum Beispiel den gesamten Rüstungssektor oder den Kohle- und Atomsektor<sup>161</sup> sowie Firmen, die in einem der genannten Sektoren bedeutende Geschäfte machen
- dem Vorbild des Norwegischen Pensionsfonds folgen und Unternehmen von der Finanzierung ausschließen, die aufgrund von ernsthaften oder regelmäßigen Menschenrechtsverletzungen oder schwerwiegenden Umweltschäden auffallen
- Unternehmen und deren Projekte von der Finanzierung ausschließen, die Befreiungen von geltenden Steuer-, Umwelt- und/oder sozialen Gesetzen verlangen sowie sich in Investitionsschutzabkommen (wie Host Government Agreements) weitreichende Klagemöglichkeiten und hohe Gewinne sichern oder die aggressive Strategien der Steueroptimierung verfolgen, z.B. durch Konzernsitze in Steueroasen oder durch konzerninterne Gewinnverlagerungen.

#### 5. KOHÄRENZ ZWISCHEN DEN BANKENARMEN

Die KfW steht vor der Aufgabe, sehr unterschiedliche und sich teilweise widersprechende Aufgaben unter einen Hut zu bringen. Die Palette reicht von Armutsbekämpfung und Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern bis hin zur Förderung der deutschen und europäischen Exportinteressen sowie der Rohstoffsicherung für die heimische Industrie. Zielkonflikte sind vorprogrammiert, insbesondere in ökologisch sensiblen Sektoren wie dem Bergbau oder menschenrechtlich problematischen Bereichen wie der Rüstung. Teilweise hätten diese Konflikte begrenzt werden können, wenn das Parlament vor 10 Jahren bei der Neustrukturierung der Bankengruppe sämtliche Aktivitäten der staatlichen Förderbank mit einem verbindlichen Nachhaltigkeitsauftrag ausgestattet bzw. unter Nachhaltigkeitsvorbehalt gestellt hätte.

Die Bankengruppe löst dieses Dilemma zwischen Entwicklungsmandat und Gewinnorientierung für sich, indem sie für jeden Bankenarm spezifische Umwelt- und Menschenrechtsanforderungen formuliert und das auf einem jeweils moderaten Niveau. Dabei gilt: je stärker die Wirtschaftsförderung im Vordergrund steht, umso weniger Umwelt- und Menschenrechtsschutz ist nötig. Bei der KfW IPEX-Bank beschränkt sich Umwelt- und Klimaschutz darauf, möglichst viele Geschäfte zu

<sup>160)</sup> Wie gut die KfW-Entwicklungsbank die WCD-Empfehlungen tatsächlich umsetzt, ist aufgrund der begrenzten Transparenz schwer zu beurteilen, einzelne Fälle legen nahe, dass es dabei noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt.

<sup>161)</sup> An der Finanzierung von Atomkraftwerken bzw. Sicherheitstechnik für Atomkraftwerke hat sich die KfW seit über 10 Jahren nicht beteiligt, schließt sie aber formal nicht von der Finanzierung aus.



ermöglichen und absehbare Umweltschäden zu begrenzen sowie bei der Finanzierung klimaschädigender Projekte auf den Einsatz von moderner Technik zu achten.

DEG und Entwicklungsbank gehen über diesen „Umweltschutz light“-Ansatz hinaus und wenden aufgrund ihres Entwicklungsmandates striktere Prüfungen an. Aber auch diese beiden Bankenarme gehören im internationalen Vergleich nicht zu den Vorreitern bei den Themen Umwelt- und Menschenrechtsschutz. Gerade bei den Themen Transparenz und Ausschlusskriterien hinken sie anderen öffentlichen Banken hinterher. So verfügen DEG und KfW-Entwicklungsbank über keine öffentlichen Ausschlusslisten von Projekten/Sektoren (außer seit kurzem Kohlekraftwerke), die sie prinzipiell für nicht förderungswürdig halten

## FAZIT

Um sich glaubwürdig als die Umwelt- und Klimabank Deutschlands zu profilieren, muss sich die KfW-Bankengruppe neu ausrichten. Dafür muss die kommerziell ausgerichtete KfW IPEX-Bank ihr Geschäftsmodell begrenzen, um effektiver als bisher zu gewährleisten, dass die von ihr finanzierten Projekte die Arbeit der anderen mit Entwicklungsmandat ausgestatteten Bankenarme nicht konterkarieren. Auch DEG und Entwicklungsbank sollten sich neu aufstellen und das Entwicklungsmandat aktiv „leben“, indem sie transparenter werden, die eigenen Richtlinien schärfen (v.a. beim Thema Menschenrechte), insbesondere bei den aus Eigenmitteln finanzierten Geschäften. Zudem müssen sie auch bei Geschäften mit Finanzintermediären sicherstellen, dass die eigenen Richtlinien eingehalten werden.

## FOLLOW THE MONEY WER DAS GELD GIBT, TRÄGT VERANTWORTUNG FÜR DAS GESCHÄFT



Was macht meine Bank oder meine Versicherung eigentlich mit meinem Geld? Guthaben von Giro-, Festgeld- und Tagesgeldkonten sowie Milliarden von Versicherungsbeiträgen verschwinden in der „Black Box“ der Finanzwirtschaft. So finanzieren Sie, ohne es zu wissen, eine Kohlemine in Indien, sind an einem Atomkraftwerk beteiligt oder erwirtschaften Ihre Rente mit der Beteiligung an Rüstungskonzernen.

Urgewald ist eine Umwelt- und Menschenrechtsorganisation, die Banken und Konzernen auf die Finger schaut, wenn deren Aktivitäten Mensch und Umwelt schaden. Mit der Kombination von sorgfältiger Recherche, unkonventionellen Ideen und mutigem Engagement hat urgewald schon oft die Finanzierung zerstörerischer Großprojekte vereiteln können. Mit Protest- und Verbraucherkampagnen motivieren wir Bürgerinnen und Bürger, aktiv zu wer-

den und ihre Konsumentenmacht einzusetzen und selbst aktiv zu werden.

Unabhängige Arbeit braucht unabhängiges Geld. Damit wir Kampagnen initiieren und Forderungen durchsetzen können, bauen wir auf engagierte Menschen. Wir freuen uns auch über Ihre Unterstützung. urgewald ist gemeinnützig, Spenden an uns sind steuerabzugsfähig.

GLS-Bank  
urgewald e.V.  
Konto: 403 529 5900  
BLZ: 430 609 67  
BIC-Code: GENODEM1GLS  
IBAN: DE85 4306 0967 4035 2959 00



urgewald

